

Im Auftrag der Demokratie: Was kann und soll politische Bildung im Umgang mit Fake News und Hate Speech leisten?

Maximilian KRETER/Sabrina KIRSCHNER/Tomke LASK/Jessica MARON

Die Ausgangssituation

Als wir¹ im vergangenen Herbst 2021 im ostbelgischen Eupen bei der Speak Up! Tagung² im Dachgeschoß eines ehemaligen Klosters an dem Tisch zusammensaßen, an dem sich die Tagungsteilnehmer*innen während Weltcafés³ trafen, um sich über Fake News und Hate Speech im Kontext von politischer Bildung auszutauschen, stellte sich unserer Arbeitsgruppe die Aufgabe, auf Basis unserer Erfahrungen aus Beruf und Ehrenamt einen handlungsorientierten Leitfaden zu den Themenkomplexen Fake News und Hate Speech aus der Perspektive der politischen Bildung bzw. Demokratiepädagogik zu verfassen.

Der Handlungsleitfaden – so die Idee – soll im beruflichen und ehrenamtlichen Kontext in Ostbelgien und darüber hinaus Impulse für den Umgang mit diesen Phänomenen setzen. Er basiert auf wissenschaftlichen Erkenntnissen und Erfahrungen aus der Praxis. Wichtig war uns, dass wir dabei einen Teil des Inputs berücksichtigen, den die Teilnehmer*innen im Rahmen des Weltcafés auf die Tischdecke geschrieben hatten, auszugsweise hier in Abbildung 17 zu sehen.⁴

Wir haben uns in Eupen der Aufgabe gestellt, die Frage zu beantworten, welchen Beitrag die politische Bildung zum Umgang mit Fake News und Hate Speech leisten kann und dabei unsere Erfahrungen zusammengetragen. Außerdem haben wir Handlungsempfehlungen erarbeitet und dabei benannt, welche Bedingungen gegeben sein müssten, um diese in der Praxis umzusetzen.

Nach der Tagung haben wir die Arbeit aufgeteilt und unsere zwischenzeitlichen Treffen hybrid organisiert, d.h. die Mitglieder der Arbeitsgruppen haben sich teils in Präsenz, teils über Videokonferenztools und Messenger-Dienste über ihre Arbeit, Textbausteine und Ideen ausgetauscht.

Abbildung 17: Tischdecke der Arbeitsgruppe (historisch-)politische Bildung und Demokratiepädagogik aus dem Weltcafé

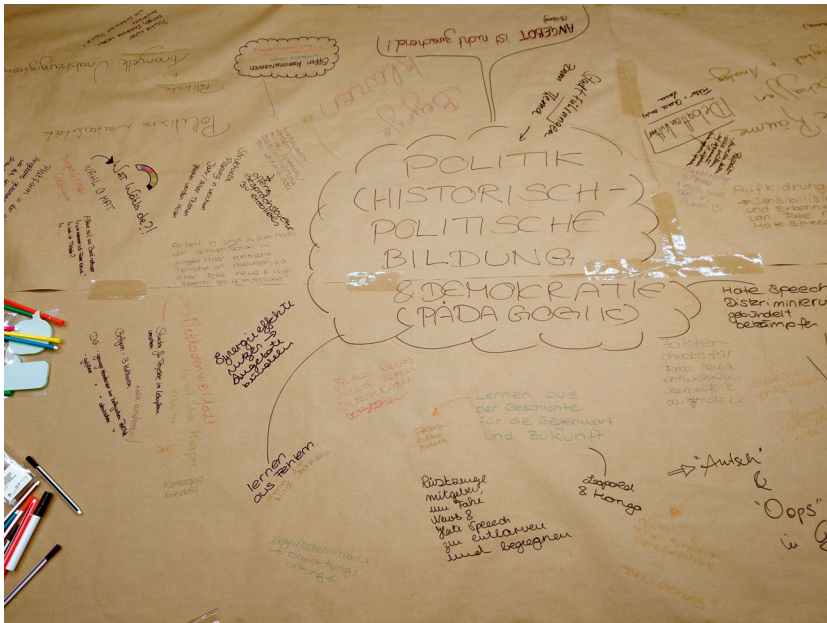


Foto: Andreas EDER

Der entstandene Text spiegelt die verschiedenen fachlichen, sprachlichen und kulturellen Hintergründe der Arbeitsgruppenmitglieder wider. In unserer Gruppe sind eine Kommunikationsanthropologin (Tomke LASK), eine Historikerin (Sabrina KIRSCHNER) und eine Germanistin (Jessica MARON) vertreten, die im Bereich politische Bildung arbeiten, und ein Politikwissenschaftler (Maximilian KRETER) – die im beruflichen und privaten Alltag – verschiedene Sprachen sprechen, die von Deutsch und Französisch über Englisch bis hin zu Portugiesisch reichen. Zudem liest sich unser Text nicht wie aus einem Guss, da er verschiedene Erfahrungen mit Schreibprozessen bzw. im Schreibstil widerspiegelt.

Unseren Beitrag haben wir folgendermaßen strukturiert: Im nächsten Abschnitt zeigen wir auf, warum es für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und das demokratische Miteinander zentral ist, sich mit den Themenkomplexen Fake News und Hate Speech zu beschäftigen. Nachdem wir die Zielgruppe unseres Beitrags transparent gemacht haben, führen wir Arbeitsdefinitionen für zentrale Begriffe ein.

Da der Beitrag eine länder- und disziplinenübergreifende Perspektive aufzeigt, verflochten wir die inhaltliche Ebene auch mit Fallbeispielen aus

unserer beruflichen Praxis. Dies betrifft insbesondere den langfristigen Umgang mit Rechtsextremismus in Sachsen, die Skizzierung einer funktionierenden Infrastruktur aus politischer Bildung, Extremismusprävention und Bürgerbeteiligung in einem europäischen Zukunftslabor mit Modellcharakter (Ostbelgien)⁵ und nicht zuletzt den spezifischen anwendungsbezogenen *best practices* aus dem Umgang mit der Fake News- und Hate Speech-Thematik (Luxemburg, Rheinland-Pfalz und Ostbelgien). Aus der Verknüpfung dieser Perspektiven leiten wir möglichst umfassende, allgemeingültige, aber auch flexibel anpassbare Handlungsempfehlungen für die Praxis ab.

Zunächst begleiten wir das Fallbeispiel *Mit Nazis reden?* Dabei geht es um Sachsen und den dortigen Umgang mit Rechtsextremismus in den letzten 30 Jahren. Der Text zeigt auf, dass es bei Weitem nicht reicht, nur akuten Fällen von Hate Speech und Fake News etwas entgegenzusetzen. Fake News und Hate Speech müssen in größeren gesellschaftlichen und historischen Zusammenhängen als solche erkannt, analysiert und in der politischen Bildung angesprochen werden, um erfolgreich ein demokratisches Gemeinwesen aufzubauen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt nachhaltig zu stärken. Die Analyse dieses Negativbeispiels ist sehr wertvoll, um im eigenen Kontext Vorgehensweisen reflektieren und aus den dortigen Fehlern lernen zu können.

Anschließend werfen wir einen Blick auf die Rolle der *neuen Medien*: Warum verbreiten sich Fake News, Verschwörungserzählungen⁶ und Hate Speech nicht nur im analogen Raum, sondern auch im Internet so rasant? Wir zeigen, dass die sozialen Medien allein durch ihre ‚Bauweise‘ eine Verbreitung begünstigen und es daher wichtig ist, die Funktionsweisen zu kennen. Aus diesem Grund erscheint eine politische Medienbildung im digitalen Zeitalter als eine Schlüsselkompetenz, um sich souverän und selbstbewusst im Netz bewegen zu können.

Danach wenden wir uns der Frage zu: ‚Was kann politische Bildung in Ostbelgien?‘. Um sie zu beantworten, schauen wir in den Arbeitsalltag der ostbelgischen Arbeitsgruppenmitglieder und stellen *best practices* vor. Im Anschluss betrachten wir die Rolle der Vermittler*innen von politischer Bildung, wobei insbesondere die Schule und Lehrpersonen ins Visier genommen werden.

Im darauffolgenden Teil geht es um Angebote zur politischen Bildung in Ostbelgien. Es wird vorgestellt, was das Institut für Demokratiepädagogik, der Besucherdienste des Parlamentes der Deutschsprachigen Gemeinschaft und die Fachberatung Medien an der Autonomen Hochschule Ostbelgien jeweils anbieten und dargelegt, wer derzeit projektbezogen miteinander kooperiert. Außerdem beschäftigt sich dieser Abschnitt mit institutioneller Qualitätskontrolle der Umsetzung von demokratischer Kultur an Schulen durch die Externe Evaluation. Nicht zuletzt wird analysiert, wo das Angebot verbessert werden kann und die Bedingungen dafür beschrieben.

Auch aus Luxemburg stellen wir *best practices* vor, in diesem Falle zwei Tools, die die verschiedene Multiplikator*innen bereits in der Praxis erprobt haben und die dabei helfen, eine kritische Medien- und Informationskompetenz zu fördern: *propaganda.guide* und *filterbubble.lu*. Diese beiden Tools waren auch Gegenstand eines Vortrags auf der *Speak Up! Tagung*.⁷

Aus Rheinland-Pfalz stellen wir drei Projekte der dortigen Landeszentrale für politische Bildung vor. Neben den Argumentations- und Kompetenztrainings, die bereits seit vielen Jahren stattfinden und gegen Stammtischparolen starkmachen, werfen wir einen Blick auf zwei Projekte, die die politische Medienbildung der rheinland-pfälzischen Bürger*innen fördern: die Workshops zur Digitalen Zivilcourage und das Planspiel *Die Fake Hunter*, das auch während der zweiten *Speak Up! Tagung* eine wichtige Rolle spielte und ausprobiert werden konnte.⁸

(Warum) Fake News und Hate Speech entgegentreten

Wie viel Meinung kann beziehungsweise muss eine demokratisch verfasste Gesellschaft aushalten? Wo werden die Grenzen zum Strafrecht überschritten? Wo nehmen Einzelpersonen und in letzter Konsequenz das Gemeinwesen einen unwiderruflichen Schaden?

„Die Demokratie ist nicht nur die komplizierteste, sie ist auch die gefährdetste aller Regierungsmethoden. [...] [Sie setzt] die Einsicht in das Funktionieren der Bewegungsgesetze des demokratischen Willensbildungsprozesses [voraus], damit nicht an einer Todesursache zugrunde geht, die sie mehr als jede andere Regierungsmethode bedroht: dem Selbstmord.“⁹

Die Demokratie ist eine Gesellschaftsform, die erlernt und immer wieder eingeübt werden muss, von der es Schaden permanent abzuwenden gilt und für deren Erhalt permanente Anstrengungen notwendig sind. Im Übergang von der analogen in die digitale Kommunikation wurde sichtbar(er), was bisher nur an Stammtischen und den politischen Rändern verortet wurde: Die Breitenwirkung von Fake News und Hate Speech wurden immer deutlicher und konnten von Politik und Gesellschaft nicht mehr ignoriert oder als Randphänomen abgestempelt werden.

Dies zeigte sich eindrucklich am Beispiel der Coronapandemie, während der viele Bürger*innen erstmals bewusst mit Fake News und Hate Speech konfrontiert waren. Zu Beginn der Pandemie gab es nur sehr wenige Informationen über das neuartige Virus, das bald den Alltag vieler Menschen verändern sollte. Wissenschaftler*innen, die zum Virus forschten, veröffentlichten fast wöchentlich ihre neuen, sich teils widersprechenden Erkenntnisse, was bei denjenigen Menschen, die nicht mit der Funktionsweise der Wissenschaft vertraut sind, für Irritation sorgte. Denn sie hatten den Eindruck, dass Forschungsergebnisse

als Begründung für politische und wirtschaftliche Maßnahmen ideologisch missbraucht wurden und die Wissenschaftler*innen nur die Marionetten von Politik und Wirtschaft waren. Dies machten sich auch Parteien und Bewegungen – in Ostbelgien bspw. *Vivant*,¹⁰ *Ostbelgien steht auf*,¹¹ in Deutschland die *Querdenken-Bewegung*¹² – zu eigen, die die Forschungsergebnisse renommierter Forscher*innen anzweifeln und sie gar der Lüge bezichtigten. Spätestens als im Dezember 2020 erste Impfungen für die Bevölkerung verfügbar waren, florierten in den sozialen Medien, insbesondere aber bei Telegram Fake News und krudeste Verschwörungsmymen von der ‚Vermutung, dass Masken ‚Lungen und Hirnentzündungen‘ auslösen, und darüber, dass Belgien die Maskenpflicht abgeschafft habe‘¹³ bis zum Tod eines 13 Jahre alten Kindes – es sei, so die Beschreibung eines kurzen Videos von Bodo SCHIFFMANN, HNO-Arzt aus Sinsheim, ‚mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit erstickt, weil es eine Maske getragen hat‘, ebenso wie ein zweites Kind, das ‚an der Maske gestorben‘ sei‘¹⁴ reichten.

Für viele Bürger*innen wurde es zunehmend schwieriger, die Informationen aus den verschiedenen Nachrichtenkanälen auf ihren Wahrheitsgehalt hin zu prüfen. Denn es fehlte bisweilen an kritischer Medien- und Informationskompetenz bzw. Tools, mit deren Hilfe man Informationen auf ihren Wahrheitsgehalt prüfen konnte. Vielerorts wandten sich daher Menschen an Institutionen der politischen Bildung, um Hinweise zu erhalten, wie eine kritische Medien- und Informationskompetenz zu erwerben und zu vermitteln ist.

Es zeigt sich deutlich, dass im digitalen Zeitalter Medienkompetenz zu einer Schlüsselfunktion geworden ist, um sich eine eigenständige Meinung bilden zu können und um am gesellschaftlichen und politischen Leben zu partizipieren. Dieser Notwendigkeit trägt das Konzept der *politischen Medienbildung* Rechnung, das von einer Verknüpfung der politischen Bildung und der Medienbildung ausgeht und im April 2022 in einem Positionspapier der deutschen Landeszentralen für politische Bildung und der Bundeszentrale festgehalten wurde.¹⁵ Darin heißt es: „Wer digitale Medien als politische Informationsquelle nutzt, braucht weitaus mehr Kompetenzen als früher: Sind Menschen in der Lage, (digitale) Medieninhalte und die vermittelten politischen Botschaften zu hinterfragen, sind sie bei der Meinungsbildung weniger anfällig für Manipulationsversuche, können sich sachkundiger an politischen Debatten beteiligen, aktiv gesellschaftlich wie politisch partizipieren und sich dabei als selbstwirksam erleben.“¹⁶

Auch wenn es für einige Menschen auf den ersten Blick nicht den Anschein hat, Fake News und Verschwörungsmymen sind ein Thema, mit denen sich Menschen, die im Bereich politische Bildung arbeiten, zwangsläufig auseinandersetzen müssen. Denn Demokratie lebt vom zivilisierten Streit,¹⁷ der bestimmten demokratischen Regeln folgt, die unter anderem der deutsche Soziologe Jürgen HABERMAS in seiner *Theorie des kommunikativen Handelns*¹⁸ formuliert hat.¹⁹

Dies gilt auch für den Bereich der Hate Speech, Deutsch: Hassrede. Auch hier war es die Coronapandemie, die der Zivilgesellschaft aufzeigte, wie relevant die Thematik ist. In Ostbelgien trat so zu Beginn der Pandemie, im Spätsommer 2020, der damalige Bildungsminister zurück, auch weil er aufgrund seiner Amtsausübung selbst mit Anfeindungen gegen seine Person und Familie konfrontiert war, was er in seiner Rücktrittserklärung thematisierte.²⁰ Ein weiterer Tiefpunkt des öffentlichen Diskurses war der Fall der Vivant-Politikerin Pascale BAUDIMONT, die auf ihrer Facebook-Seite einen gelben Stern, gemeinhin bekannt als ‚Judenstern‘, postete, um ihre Ablehnung gegenüber der Corona-Impfung kundzutun, womit sie den Holocaust und das Leid der Jüdinnen und Juden relativierte.²¹

Die Liste der Politiker*innen, die mit Hassrede und Gewalt(androhungen) konfrontiert waren und sind, weil sie z. B. in der Coronapandemie Entscheidungen treffen mussten, die einige Bevölkerungsgruppen als zu weitreichend wahrnahmen, lässt sich beliebig verlängern. So zogen im Januar 2021 ‚Querdenker‘, die sich dazu via Telegram verabredet hatten, vor das Haus des sächsischen Ministerpräsidenten Michael KRETSCHMER, um vorgeblich mit ihm über die Coronamaßnahmen zu diskutieren, wobei sie lediglich ihre verfestigten Ansichten in extrem aggressiver Weise vortrugen, was bei einem Personenverhältnis von circa 30 zu 1 als bedrohliche Situation für den Ministerpräsidenten KRETSCHMER einzustufen ist.²² In ähnlicher, jedoch noch aggressiverer Weise zogen ‚Querdenker‘ im Dezember 2021 mit Fackeln vor das Privathaus der sächsischen Gesundheitsministerin Petra KÖPPING, die diesen Aufzug auch nicht wie KRETSCHMER als Dialogangebot bewertete, sondern als Einschüchterungsversuche von Rechtsextremen.²³

Als weitere Beispiele aus Ostbelgien seien hier beispielsweise der ostbelgische Ministerpräsident, Oliver PAASCH, genannt, der im November 2021 an der Wand des St. Vither Kulturzentrum seinen Nachnamen, gemeinsam mit dem auffordernden Verb *verrecke* lesen musste, wobei vielen Menschen die Anspielung auf das in Zeiten des Nationalsozialismus an Häuserfassaden geschmierte *Jude verrecke* nicht klar war. Wenige Tage später musste das ostbelgische Europaparlamentsmitglied Pascal ARIMONT einen Brandanschlag auf seine Familie miterleben.²⁴ Aus Deutschland gehören der Mord am Kasseler Regierungspräsidenten Walter LÜBCKE im Juni 2019 bzw. die vereitelte Entführung von Gesundheitsminister LAUTERBACH oder Umsturzversuche durch sogenannte Reichsbürger im Dezember 2022 zu den Beispielen, wo Hate Speech und Fake News entsprechenden Taten wie der Blitz dem Donner vorausgegangen sind.²⁵

In Rheinland-Pfalz erschoss 2021 ein Maskenverweigerer einen Tankstellen-Kassierer, nachdem dieser ihn auf die Maskenpflicht hingewiesen hatte. Der Täter wurde wegen Mordes zu lebenslanger Haft verurteilt. Sein Motiv: Hass auf das etablierte politische System. Eine grausame Tat, die einen Höhepunkt in der Gewalt der deutschen Corona-Protestbewegungen darstellt und in Kanälen von Coronalügner*innen und Verschwörungsideolog*innen Zustimmung erfuhr.²⁶

Politische Bildungsarbeit kann einen Beitrag dazu leisten, zu verstehen, wie Hassrede entsteht, erklären, dass sie systemisch funktioniert und sich ihre Diskriminierung oft nicht nur gegen eine Person oder Gruppe wendet, sondern mehrere Aspekte einschließt. Diese Intersektionalität macht es manchmal schwierig, angemessen auf die Diskriminierungen zu reagieren. Ein gutes Beispiel dafür ist Andrew TATES Hassattacke auf Greta THUNBERG in ihrer Rolle als Klimaschützerin, die gleichzeitig aber auch frauenfeindlich gemeint war.²⁷

Die zuvor benannten Beispiele zeigen, dass Fake News und Hate Speech (tages)aktuelle gesellschaftliche Themen sind – Themen, mit denen sich auch Fachleute, seien es Wissenschaftler*innen an Forschungseinrichtungen, politische Bildner*innen im Rahmen ihrer Sensibilisierungsarbeit, Nachrichtendienste oder Strafverfolgungsbehörden befassen müss(t)en. Einige von ihnen haben bereits erste Fach- und Forschungsliteratur herausgegeben, in der sie die Thematik aus verschiedenen Blickwinkeln beleuchten, dabei helfen, Deutungsmuster zu verstehen und erste Ansätze für den gesellschaftlichen Umgang mit den Herausforderungen aufzeigen.

Zu den in der Öffentlichkeit bekannteren Publikationen gehören sicherlich die des Amerikanisten Michael BUTTER, der Publizistin Katharina NOCUN und der Psychologin Pia LAMBERTY.²⁸ Da wir zuvor auch gesehen haben, dass Fake News und Hate Speech ein Problem sind, mit denen sich Institutionen der politischen Bildung auseinandersetzen müssen, ist es begrüßenswert, dass die deutsche Bundeszentrale für politische Bildung (bpb)²⁹ bzw. die entsprechenden Landeszentralen verschiedene Publikationen in ihre Schriftenreihen aufgenommen haben, die sich mit Fake News bzw. Hate Speech befassen.³⁰

Aus dem deutschsprachigen Raum sind hier zudem die Angebote des luxemburgischen *Zentrums für politesch Bildung* zu nennen, das unter anderem ein Dossier zur Desinformation des *Service National de la Jeunesse* (SNJ) bereitstellt.³¹

Begriffsbestimmungen

Im folgenden Abschnitt werden die verwendeten Begriffe definiert und deren Gebrauch erläutert. Hier verzichten wir auf eine eigene weitere Definition, sondern bauen auf sparsame, häufig verwendete und leicht verständliche Konzepte.

Fake News und Hate Speech

Dies sind insbesondere Fake News und Hate Speech. Für diejenigen Leser*innen, die sich bis dato noch nicht mit der Thematik vertraut gemacht haben, verweisen wir auf zwei Minimal-Definitionen der deutschen Bundeszentrale für politische Bildung, die bereits im einleitenden Beitrag des Buches eingeführt worden sind.³²

Der Begriff Fake News bestehe demnach aus zwei Bestandteilen: „Fake“ heißt ‚gefälscht‘ und ‚news‘ heißt ‚Nachrichten‘. Es sind also gefälschte Nachrichten. Mit reißerischen Schlagzeilen, gefälschten Bildern und Behauptungen werden so Lügen und Propaganda verbreitet. Fake News erwecken den Eindruck, dass es sich um echte Nachrichten handelt.“³³

Hate Speech bzw. zu Deutsch Hassrede wird verstanden als „Ausdruck von Hass gegen Personen oder soziale Gruppen, der zur Diskriminierung dieser dient. Hassrede ist somit ein Teil verbaler Aggression, die offline und online ihre gewaltsame Realisierung findet. Sie bezieht sich konkret auf ‚ethnische Zugehörigkeit, nationale Herkunft, sexuelle Orientierung, Geschlecht, religiöse Zugehörigkeit, Alter, Behinderung oder Krankheit“.“³⁴

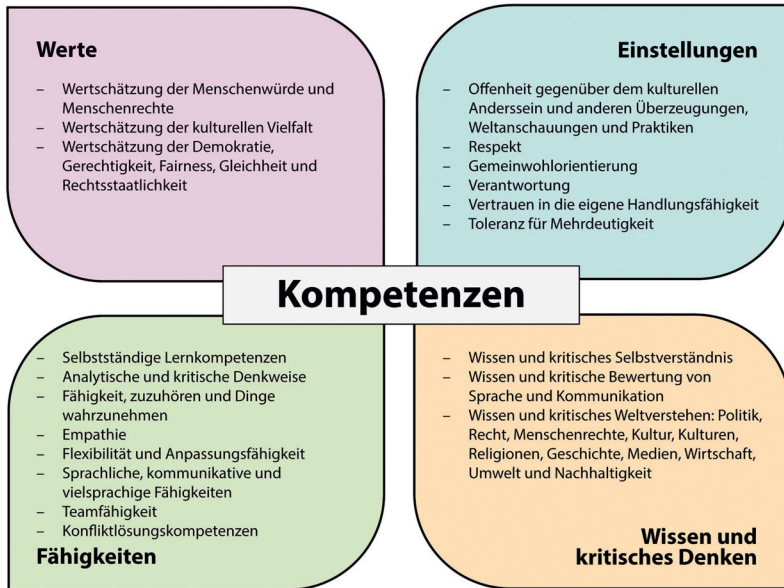
Politische Bildung und Demokratiepädagogik

Während den in Deutschland arbeitenden bzw. sozialisierten Mitgliedern der Arbeitsgruppe der Begriff der politischen Bildung geläufig ist, der oftmals auch mit der Bundeszentrale für politische Bildung oder den entsprechenden für die 16 Bundesländer zuständigen Landeszentralen für politische Bildung assoziiert wird, war den in Ostbelgien arbeitenden Mitgliedern der Arbeitsgruppe der Begriff Demokratiepädagogik geläufig(er). Schließlich ist die ostbelgische Institution, die sich um Fragen der politischen Bildung kümmert, das zur Autonomen Hochschule Ostbelgien gehörende Institut für Demokratiepädagogik.

Fest stand also, dass wir auch hier eine Minimaldefinition zu den Grundbegriffen, mit denen wir uns verständigen, benötigten. In Anlehnung an die deutsche Bundeszentrale für Politische Bildung einigten wir uns darauf, politische Bildung als Prozesse zu verstehen, „die auf jeden Menschen als Mitglied einer sozialen und politischen Ordnung über unterschiedliche Gruppen, Organisationen, Institutionen und Medien politisch prägend einwirken, [...] um Jugendliche und Erwachsene mit den zur Teilnahme am politischen und gesellschaftlichen Leben notwendigen Voraussetzungen auszustatten.“³⁵

Der Europarat erweitert diese Definition um weitere Aspekte und definiert politische Bildung über Kompetenzen in demokratischer Kultur, die dazu befähigen, in kulturell unterschiedlichen demokratischen Gesellschaften gleichberechtigt zusammenzuleben. Dabei beschränkt der *Europäischen Kompetenzrahmen für demokratische Kultur* Kompetenzen nicht auf Wissen und kritisches Denken, sondern bezieht auch Fähigkeiten, Werte und Einstellungen mit ein. Dargestellt in Form eines Schmetterlings – hier in Abbildung 18 – zeigt dieses Modell auf jedem Flügel die konkreten Elemente auf, die unter der jeweiligen Kompetenz zu verstehen sind.³⁶

Abbildung 18: Kompetenzen im Bereich demokratische Kultur

Abbildung: EUOPARAT³⁷

Das Verständnis von Demokratiepädagogik, das vom Institut für Demokratiepädagogik vertreten wird, schließt neben formaler Bildung auch handlungsorientierte Ansätze und Praktiken ein, die auf eine Verbesserung demokratischen Engagements und eine Minderung von Unverständnis für andere Kulturen und dadurch indirekt³⁸ eine Prävention von Radikalisierung und Extremismus zielen.

In unserer Arbeitsgruppe einigten wir uns darauf, die Begriffe politische Bildung und Demokratiepädagogik synonym zu nutzen.

Zielsetzung und Zielgruppe des vorliegenden Beitrags

Zielsetzung

Nach der Abklärung der Definitionen stand fest: Wir möchten keine allgemein-theoretische Abhandlung über Fake News und Hate Speech schreiben, sondern vielmehr Ideen und Erfahrungen zusammengetragen sowie Prozesse, die uns in unserem Arbeitsalltag begleiten, transparent machen, um so aus Perspektive der Demokratiepädagogik bzw. politischen Bildung einen Beitrag zum Umgang mit Fake News und Hate Speech zu liefern. Wichtig ist uns dabei auch, eine positive

Fehlerkultur zu etablieren. Wir möchten nicht nur *best practices* schildern, sondern auch Formate und Handlungsoptionen reflektieren, die in der Vergangenheit schiefgelaufen sind, sodass die Leser*innen aus Fehlern lernen können.

Folgt man dabei dem Ansatz des österreichisch-britischen Philosophen Karl POPPER, dem kritischem Realismus,³⁹ so muss man die Maxime, dass man selbst unrecht, der andere aber recht haben und nur gemeinsam ein Weg in Richtung Wahrheit gefunden werden kann, bei der Problemlösung im Alltag umsetzen.⁴⁰ Die Akzeptanz der eigenen Fehlbarkeit oder *Fallibilität*, wie POPPER es nennt, ist dabei ein wichtiges Element. Sie erlaubt nicht nur in den Wissenschaften eine positive Fehlerkultur, sondern auch bei gesellschaftspolitischen Fragen. Positive Fehlerkultur soll hier heißen: eigene Fehler einräumen und aus seinen Fehlern lernen zu können. Dadurch werden Ängste abgebaut, dass man sich durch die Anerkennung von eigenen Fehlern blamiert. Das kann eine wichtige Erfahrung sein, wenn man Fake News aufgesessen ist. Diese dann zu hinterfragen bzw. auf die Fachkenntnisse von anderen (Wissenschaftler*innen) zurückzugreifen, um den Wahrheitsgehalt zu prüfen, ist eine wichtige Kompetenz positiver Fehlerkultur.

Diese Fehlerkultur wird von POPPER kritischer Realismus genannt und bezeichnet eine Grundhaltung des ständigen kritischen Hinterfragens von Annahmen und Überzeugungen, auf die man im Alltag trifft. Kritisches Hinterfragen erfolgt nach methodischem Vorgehen. So entwickelt man konstruktive Prozesse im Alltag mit dem Ziel, Probleme im Sinne des Gemeinwohls zu lösen. Der sozial-politische Kontext jedes Einzelnen spielt dabei eine große Rolle. Denn er interpretiert die Realität in einer ihm eigenen Weise. Daraus entsteht eine Vielfalt der Betrachtungen ein und desselben Problems. Dies wird als gesellschaftliche Bereicherung verstanden. Denn je mehr Aspekte und Blickwinkel bei der Bewertung eines Problems genutzt werden können, desto nachhaltiger ist die Lösung. Daher wird heute auch Interdisziplinarität in der Wissenschaft so geschätzt. Die Offenheit für andere Sichtweisen wird in diesem gemeinschaftlichen Denkprozess geschult und führt zu wachsendem Wissen über die gesellschaftlichen Realitäten.⁴¹

Das gilt auch für die Analyse von Fake News. Nimmt man gegenüber ‚Informationen‘ eine permanent kritische Haltung ein, wird ihr Wahrheitsgehalt methodisch überprüft. Kritischer Realismus sucht nach den Schwachstellen von akzeptierten Tatsachen (Theorien) und trägt durch diese analytische Haltung zur Verbesserung dessen, was im Moment der kritischen Hinterfragung als letzter Wissenstand besteht, bei. Es werden keine absoluten Wahrheiten gesammelt, sondern Fehler identifiziert, für die dann Lösungen gefunden werden müssen.⁴² Dafür muss man Offenheit für andere und deren Sicht auf eventuelle Fehler mitbringen. Es gibt keinen Rückzug hinter dogmatische Mauern oder Ideologien. Auch diese Fähigkeiten (analytische und kritische Denkweise, Empathie und Konfliktlösungskompetenzen) sowie Wertschätzung und eine offene Einstellung

gegenüber kultureller Vielfalt sind wichtige Kompetenzen für eine demokratische Kultur, wie sie im schon zuvor zitierten Schmetterling des europäischen Rahmenplans für demokratische Kompetenzen des Europarates auftauchen. So gewappnet und ausgestattet mit Wissen und der Fähigkeit, kritisch zu denken, ist ein Dialog auch zu gesellschafts-politischen Problemen möglich.

Kritisches Denken soll auch dazu führen, dass Systeme und Strukturen erkannt und hinterfragt werden. Wer versteht, dass Fake News und Hate Speech ein Diskriminierungsprinzip darstellen und systematisch zum Ausschluss bestimmten abgrenzbaren Personengruppen führen sollen, wird erkennen, dass Diskriminierung immer negativ zu bewerten ist und daher allgemein bekämpft werden muss.⁴³

Die Vielschichtigkeit der Probleme unserer Gesellschaft hat zu einer Aufspaltung bei der Bekämpfung von Diskriminierung geführt. Der Blick auf die verschiedenen Aspekte von Diskriminierung wurde so zwar geschärft, aber die Kräfte zur Bekämpfung von Diskriminierung als Grundprinzip von Ausgrenzung an sich wurden geschwächt. Denn jede diskriminierte gesellschaftliche Gruppe hat ihre Verteidiger*innen, was zu einer Spaltung der Kräfte bei der Bekämpfung von Diskriminierung führt und gesellschaftlichen Zusammenhalt schwächt. Im schlimmsten Fall können diskriminierte Gruppen gegeneinander ausgespielt werde.⁴⁴

Als Personen, die im weitesten Sinne mit oder über Politik bzw. in der politischen Bildung arbeiten, möchten wir uns insbesondere auf die Prävention von Fake News und Hate Speech fokussieren und die kurative Arbeit anderen Fachleuten überlassen.

Deshalb konzentrieren wir uns im Folgenden auch auf Ostbelgien, eine Region, mit der sich einige der Gruppenmitglieder auskennen. Ergänzt werden unsere Ausführungen zu Ostbelgien durch Vergleiche mit bzw. Beispiele aus den Herkunftsregionen der anderen Arbeitsgruppenmitglieder. Für Aspekte, mit denen wir in unserem beruflichen und ehrenamtlichen Alltag eher weniger Berührungspunkte haben, haben wir uns Unterstützung bei Kolleg*innen geholt. Ihnen danken wir an dieser Stelle herzlich.⁴⁵

Zielgruppe

Im Zuge unserer Vorüberlegungen stellte sich auch die Frage nach der Zielgruppe unserer Ausführungen. Schreiben wir unseren Beitrag exklusiv für Wissenschaftler*innen, die sich theoretisch mit Fake News und Hate Speech auseinandersetzen? Oder sind es die Praktiker*innen in Bildungsinstitutionen, Erwachsenenbildung und in der Jugendarbeit, die den Leitfaden zukünftig nutzen sollen? Oder vielleicht doch alle Gesellschaftsmitglieder, die im Familienkreis beim Frühstück über Fake News diskutieren, Sportler*innen, die bei Wettkämpfen mit

Hate Speech konfrontiert sind, Politiker*innen, die im Parlament debattieren, oder Jugendliche, die sich mit Mobbing in ihrem Freundeskreis auseinandersetzen wollen oder müssen?

Vor dem Hintergrund, dass sich die Speak Up! Tagung die internationale Vernetzung verschiedenster Personengruppen und Fachdisziplinen zum Ziel gesetzt hatte,⁴⁶ war uns klar, dass wir eine möglichst große Zielgruppe erreichen wollten. Nämlich alle Menschen in deutschsprachigen Gebieten, die beruflich, ehrenamtlich oder im Privatleben mit Fake News und Hate Speech konfrontiert sind bzw. sich interessehalber mit der Thematik befassen. Wenn die Zielgruppe so umfassend ist, muss man sich auch überlegen, über welche Bildungsangebote man einen Großteil der Bevölkerung erreichen kann. Was können politische Bildung und Demokratiepädagogik bei Fake News und Hate Speech leisten, und was können sie nicht leisten? Das Ziel der politischen Bildung bzw. der Demokratiepädagogik ist in diesem Zusammenhang die Befähigung der Bürger*innen, sich selbstbewusst und in Kenntnis der Wege und Mittel gegen gezielte Manipulationen im Netz zu schützen.

Zielgruppenorientierung in der politischen Bildung

Die Zielgruppenorientierung beziehungsweise die Abstimmung der Bildungsangebote auf die Bedarfe spezieller Gruppen anzupassen, ist ein grundlegendes Prinzip der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung, das sowohl in Theorie (Handbüchern zur politischen Bildung)⁴⁷ als auch in der entsprechenden (Förder)Praxis⁴⁸ von zentraler Bedeutung ist. Als Grundlage eignet sich dieses Prinzip als Herangehensweise zur Konzeption, allerdings gilt es dabei einen kritischen, differenzierten Blick auf die konkrete Ausformung dieses Prinzips zu werfen. Im Kern sollte der Anspruch stehen, dass politische Bildung kein Elitenprojekt ist, das sich lediglich den Zielgruppen zuwendet, die durch ihren sozio-ökonomischen Status und sozio-kulturellen Hintergrund eine hohe Affinität zu dem Thema aufweisen, sondern sich als inklusiver Auftrag versteht, der die „Ausbildung politischer Urteils- und Handlungskompetenzen aller Bürgerinnen und Bürger“⁴⁹ fördert.

Konkret bedeutet das, dass keine Spezialdidaktiken oder pädagogische Insellösungen für bestimmte Gruppen konzipiert werden, die sich im Kern häufig an zugeschriebenen Defiziten aufgrund bestimmter schwer- oder unveränderlicher Merkmale orientieren, wie beispielsweise dem Geschlecht, der ethnischen Abstammung, dem Glauben sowie geistigen und körperlichen Einschränkungen.⁵⁰ Damit soll keineswegs die Notwendigkeit der Passgenauigkeit von Angeboten in der politischen Bildung infrage gestellt werden. Der Differenzperspektive folgend soll diese Passgenauigkeit nun nicht (mehr) anhand zugeschriebener Defizite,

sondern anhand möglicher Anschlussfähigkeiten (Anschlusslinien) ausgerichtet werden. Das heißt, dass auf veränderbare Merkmale wie Sprache oder kulturelle Unterschiede aufgebaut wird, diese aber nicht als Defizit, sondern als erweiterbare Grundlage von einem anderen Startpunkt aus bei der Konzeption berücksichtigt werden. Gleiches kann für Menschen mit Behinderungen gelten, bei denen der andere Startpunkt beispielsweise durch bauliche Änderungen im Fall von körperlichen Einschränkungen angepasst werden kann.⁵¹ Politische Bildung soll also nicht mehr (nur) top down organisiert und vermittelt sein, sondern sich vor allem am Ideal der Koproduktion mit Multiplikator*innen aus den entsprechenden Statusgruppen der Anschlusslinien orientieren, da diese damit bedarfsgerecht, diskriminierungsfrei und vor allem inklusiv gewährleistet werden kann. Zudem – und das ist das entscheidende Kriterium – können auch ‚schwer erreichbare‘ Zielgruppen spezifisch adressiert, aber allgemein mit Angeboten der politischen Bildung angesprochen werden.⁵² Beispiele hierfür können – gerade vor dem Hintergrund des Digitalisierungsschubs durch die Coronapandemie – digitale Veranstaltungen in der Schulzeit, aber auch Abendveranstaltungen im Rahmen der Schulausbildung sein, die sowohl Erziehungsberechtigte als auch Kinder ansprechen, bei denen es weniger Zugangshürden im Sinne von materiellen und ideellen Kosten gibt, die bestimmte Zielgruppen von einer Teilnahme abhalten könnten.

Entscheidend dabei ist, dass diese fest in das Rahmenangebot der jeweiligen Institution eingebunden sind und als reine Extra- oder Sonderveranstaltung gelabelt werden, um mögliche Exklusionsmechanismen weitgehend auszuhebeln.⁵³

„Mit Nazis reden?“ How not to... Sachsen und der Umgang mit Rechtsextremismus oder: Was politische Bildung und ganzheitliche Extremismusprävention leisten könn(t)en

Wo und wie sollten politische Bildung und (Extremismus-)Prävention gegen Fake News und Hate Speech ansetzen? Die Literatur zu dieser Frage füllt unzählige Regalmeter in Bibliotheken und Programme passen sich neuen Herausforderungen wie beispielsweise der Coronapandemie an.⁵⁴ Doch so sehr sich Spezialist*innen in allen Bereichen um Konzepte und die Entwicklung entsprechender Programme kümmern, so sehr sind die Politik(er*innen) und die Gesellschaft, die diese wählt und trägt, in der Umsetzung auf die Unterstützung angewiesen.⁵⁵ Wie das Beispiel Sachsen zeigt, gibt es in diesem notwendigerweise kooperativen Verhältnis zahlreiche Fallstricke, woran und warum ein solches Zusammenspiel von Demokratiebildung, Extremismusprävention⁵⁶ und Deradikalisierungsmaßnahmen⁵⁷ auf Akteursebene (Wissenschaft/Zivilgesellschaft, Politik und Medien)⁵⁸ scheitern kann.

30 Jahre Rechtsextremismus im Freistaat: Ein Blick zurück zwischen Verharmlosung, Täter-Opfer-Umkehr und Schuldabwehr

Nicht nur zivilgesellschaftliche Organisationen können davon berichten, dass es eine Kontinuität und Anziehungskraft recht(sextrem)er Strukturen im Freistaat gibt, die von den Medien mal als ‚Jugendprotest‘⁵⁹ oder als konservativer Aufstand bürgerlicher Intellektueller⁶⁰ beschrieben bzw. verharmlost werden. Diese Kontinuitätslinien lassen sich dabei nicht nur bis zur deutsch-deutschen Wiedervereinigung im Jahr 1990 und zu den Pogromen⁶¹ in Hoyerswerda im September 1991⁶² zurückverfolgen, sondern sind bereits in der DDR zu erkennen.⁶³ Das (keineswegs vollständige) Bündel der Ursachen⁶⁴ reicht dabei vom doktrinären Antifaschismus, der eine Aufarbeitung des Nationalsozialismus nur sehr bedingt ermöglichte und eine Art ‚Persilschein‘⁶⁵ für die Bürger*innen der DDR bedeutete⁶⁶, wodurch tatsächliche Probleme wie Rassismus und rechte Gewalt von Politik und Justiz kaschiert (‚Rowdymum‘ statt ‚Rechtsextremismus‘) und unzureichend problematisiert⁶⁷ wurden; über die doppelte Diktaturerfahrung,⁶⁸ autoritäre Sozialisation, Entwertung der Berufs- und Lebensleistung nach der Wiedervereinigung,⁶⁹ bis hin zu gewachsenem Misstrauen gegenüber staatlichen Institutionen sowie der relativen ethnischen Homogenität, die mit der im Vergleich stark multikulturell und multiethnisch geprägten Gesellschaft der Bundesrepublik konfrontiert wurden.⁷⁰ Diese Ursachen sowie darin wurzelnde Ablehnungs- und Abwertungsmechanismen trafen in Sachsen auf „die Überhöhung des Eigenen, Sächsischen, Ostdeutschen, Deutschen [...] einen sächsischen Exzeptionalismus, der das Eigene auch gegenüber anderen ostdeutschen Regionen überhöht.“⁷¹

Beispiele für die unter anderem daraus resultierenden Mechanismen der Problemzuschreibung und -lösung sind dabei auch (!) in der Unterbringung von Gastarbeiter*innen in der DDR zu beobachten, die stets getrennt von den Einheimischen erfolgte. Und wenn es Konflikte beispielsweise am Arbeitsplatz oder in den Freizeiteinrichtungen gab, so wurden in den meisten Fällen – oftmals ohne formale Klärung der Angelegenheit – die Gastarbeiter*innen in ihr Heimatland zurückgeschickt, um weitere Unruhen zu vermeiden.⁷² Diese Umdeutung von Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten sowie Täter-Opfer-Umkehr fand sich auch in der Medienberichterstattung zu den Pogromen in Hoyerswerda 1991 wieder:

„In Hoyerswerda und anderswo gaben Rechtsradikale Kraftproben gegen Ausländer ab. Manch braver Bürger klatscht Beifall. Die Polizei schlägt zu. [...] Nur die, die wirklich eingreifen können oder müssten, halten sich raus oder zurück: Die Politiker haben noch immer kein gültiges Konzept für die Lösung des Asylantenproblems.“⁷³

Diese Modi der Durchsetzung von politischen und gesellschaftlichen Entscheidungen und deren mediale Begleitung verstetigten sich dann in nicht

unerheblichen Teilen der sächsischen Politik- und Medienlandschaft. An dieser Stelle sollen zwei Beispiele dies verdeutlichen:

Als sich in den frühen 1990er-Jahren Angriffe von recht(sextrem)en Jugendlichen gegen Ausländer*innen, Angehörige anderer Subkulturen und als ‚störend‘ empfundene Gruppen stetig häuften, wurden diese Jugendlichen dennoch weiter in Jugendzentren und anderen staatlichen Einrichtungen geduldet und in vielen Fällen sogar betreut – und zwar in Form der akzeptierenden Jugendarbeit. Dies war ein fatales Signal an die Opfer und noch viel mehr an die Täter*innen,⁷⁴ wie auch die im thüringischen Jena-Winzerla betreuten ZSCHÄPE, MUNDLOS und BÖHNHARDT, zeigen, die später den NSU⁷⁵ bilden und sich in Sachsen (Chemnitz und Zwickau) niederlassen sollten.⁷⁶

Das zweite Beispiel ist die PEGIDA-Bewegung insbesondere in Dresden, wo seit Ende 2014 sogenannte Spaziergänge der Patriotischen Europäern gegen die Islamisierung des Abendlandes stattfinden. Trotz der von Beginn an teils offen rassistischen und demokratiefeindlichen Parolen auf Plakaten sowie von den Rednern bei den Abschlusskundgebungen mahnten vor allem Mitglieder der CDU-geführten sächsischen Staatsregierung,⁷⁷ man müsse den Demonstrant*innen zuhören und dürfe sie nicht pauschal verurteilen. Hat man solche Töne von gleicher Stelle schon einmal nach einer eskalierten linken Demonstration, nach Durchsuchungen von sogenannten Shisha-Bars oder Ausschreitungen im Umfeld von Fußballspielen gehört? So wurde bewegungsförmiger rechtsextremer Straßenprotest – der sich gezielt gegen bestimmte Menschengruppen und die verfassungsmäßige Ordnung richtet – durch mehrere Dialogveranstaltungen seitens der Politik die Einladung der führenden Köpfe in Talkshows zur besten Sendezeit sowie die Aufnahme der dort vorgebrachten Positionen in den öffentlichen Diskurs geholt, legitimiert und gesellschaftsfähig gemacht.⁷⁸

Diese sichtbarste Diskursverschiebung nach rechts und die damit einhergehende Legitimierung und Aufwertung durch Volksvertreter*innen und Medien reiht sich ein in eine lange Liste ähnlicher Akteurskonstellationen sowie Diskurs- und Verhaltensmuster in Sachsen. Diese lassen sich folgendermaßen beschreiben: Recht(sextrem)e Akteure einer lauten Minderheit finden bei den politischen und medialen Akteuren Gehör, ihre Anliegen werden öffentlich diskutiert, oftmals gegen belegbare Vorwürfe des Rechtsextremismus verteidigt und dadurch auch gelegentlich vom Ministerpräsidenten legitimiert und somit zum Teil des öffentlichen Diskurses, Teil des Sagbaren.⁷⁹ Die Ursachen hierfür sind vielfältig, allerdings lassen sich wenige zentrale Punkte ausmachen: Der ehemalige sächsische Ministerpräsident Kurt BIEDENKOPF hatte, trotz der damals gerade zurückliegenden „Baseballschlägerjahre“,⁸⁰ der „Generation Hoyerswerda“⁸¹ verkündet: „Die Sachsen sind immun gegen Rechtsextremismus.“⁸² So konnten in mehr als 30 Jahren Regierungsverantwortung der CDU in Sachsen zwei rechtsextreme Parteien, namentlich die NPD und AfD,⁸³ ihre

ersten (Wieder-)Einzüge in Parlamente feiern; auch weil die Grenzziehung zu den rechtsextremen Akteur*innen – mit Ausnahme der NPD im sächsischen Landtag – nicht immer konsequent vollzogen wurde.⁸⁴ Lange hatte die sächsische Landesregierung die Augen vor dem sich ausbreitenden Rechtsextremismus vom Parlament über die Zivilgesellschaft beispielsweise in Vereinen oder freiwilligen Feuerwehren, zum Straßenprotest wie PEGIDA, zu offener rassistischer Gewalt bis hin zum Terrorismus verschlossen.⁸⁵ Den Feinden der Demokratie wurden Dialogangebote gemacht, während Opfern nur selten adäquate Hilfe zukam und diejenigen, die darauf hinwiesen und sich für eine demokratische (Zivil-)Gesellschaft einsetzten, oft Verachtung entgegenschlug. Und so verfestigten sich diese Haltungen auch mitten in der Gesellschaft: Die rechtsterroristischen Taten der Gruppe Freital wurden beispielsweise zunächst gar nicht als solche von der sächsischen Justiz verfolgt, sondern erst, als der Generalbundesanwalt das Verfahren an sich gezogen hatte.⁸⁶ In einer Fernsehreportage wurden der Bürgermeister sowie Einwohner*innen der Stadt Freital zur Gruppe Freital – rechtskräftig verurteilte Rechtsterroristen – und ihrer Haltung zu dem Thema befragt: Der Bürgermeister wollte von einem Problem mit Rechtsextremismus in seiner Stadt nichts wissen, während ein Besucher eines Volksfestes die Taten der Gruppe als „Lausbubenstreiche“⁸⁷ bezeichnete. Wenn sich dennoch Vertreter*innen der Landesregierung, insbesondere der CDU, zum Rechtsextremismus äußerten, so ging dies nicht selten mit einem (zumeist unsinnigen) Verweis auf den gewalttätigen Linksextremismus als vermeintlich gleichrangiges Problem im Freistaat einher.⁸⁸ Dass diese Konstruktion nur mit einer sehr spezifischen Lesart der Statistiken zur Politisch Motivierten Kriminalität (PMK) zu begründen war, spielte dabei oft keine Rolle. Hier reiht sich auch der damalige sächsische Justizminister Sebastian Gemkow ein, der auf einer Bürgerveranstaltung die neue Linie zur Verfolgung insbesondere auch von Bagatelldelikten unter seiner Führung betonte: „Das wird nicht mehr eingestellt.“⁸⁹ „In Sachsen wird hart durchgegriffen. Kein Delikt bleibt ungestraft. Alles wird verfolgt. So ist das Selbstverständnis der CDU in Sachsen.“⁹⁰ Dass das nicht unbedingt für Rechtsextremisten gilt, zeigen der jahrelang nicht bearbeitete Fall der rechtsextremen Dresdner Hooligangruppe ‚Faust des Ostens‘ oder die eher milden Urteile gegen die am Überfall auf den Leipziger Stadtteil Connewitz beteiligten Rechtsextremisten im Januar 2016.⁹¹

Demokratisches Gemeinwesen zwischen ‚Mit Nazis reden?‘ und ‚Aber der Linksextremismus...‘

Ein ähnliches Muster wie bei der Beurteilung der politisch motivierten Kriminalität und der Gefahr der Extremismen zeigt sich auch bei der Bewilligung von Programmen zur Demokratiebildung und Extremismusprävention: Hier sollten Programme zum Linksextremismus aufgelegt werden und nicht nur

zum Rechtsextremismus und Islamismus – trotz des Scheiterns beziehungsweise mangelnden Erfolgs in der Vergangenheit. Statt also zielgerichtet Probleme anzugehen und eine entsprechende Bildungs- und Präventionslandschaft dauerhaft zu etablieren, wurden Akteure, die sich genau darum in den letzten 20 bis 30 Jahren verdient gemacht haben, oft als „Nestbeschmutzer“⁹² verunglimpft, denen stets mit Entzug der Förderung gedroht wurde.⁹³ Erst die jetzige Landesregierung hat ein – im Vergleich zu anderen Bundesländern zaghaftes – Programm zur Bekämpfung des Rechtsextremismus und zur Förderung demokratischer Strukturen⁹⁴ aufgelegt. Allerdings erst, nachdem als Spitze des Eisbergs unter anderem die AfD in Sachsen zum zweiten Mal stärkste Partei bei einer bundesweiten Wahl geworden war. Dieses Programm kann jedoch nur einen ersten Schritt auf dem langen Weg eines Aufbaus einer entsprechend dauerhaften Präventions- und Förderlandschaft bedeuten, in der sich viele Akteure, die bereits jahrelange Erfahrung haben, etablieren und abgesichert arbeiten können.⁹⁵ Denn wie der Göttinger Demokratieforscher Michael Lühmann bezüglich des Status quo der (politischen) Bildung im Freistaat konstatierte: „Sachsen ist in Naturwissenschaften ganz vorne, bei der politischen Bildung ganz hinten.“⁹⁶

Vor dem Hintergrund der Rolle der politischen Bildung in Sachsen und der bisherigen Erfolge des Dialogs mit Rechtsextremisten und solchen, die sich mit ihnen gemein machen, erscheint es notwendig und sinnvoll, bei weiteren Diskursangeboten folgende Strategie zu verfolgen:

„[An] alle, die meinen, mit Rechten reden zu wollen. Natürlich muss man zuhören, wenn es um ein Gespräch geht. Aber das ist hier nicht der Fall. Diese Leute wollen nur recht haben und werden solange wie bockige Kinder auf den Boden stampfen. Und lässt man sie damit durchkommen, ist das wie eine Anerkennung. Rechten Milieus kommt man aber nicht mit Umarmung, sondern Zurückweisung bei. Sonst normalisiert man sie.“⁹⁷

Auch aus einer rein rationalen Perspektive, mit dem Ziel, möglichst viele Bürger*innen für die Werte und Verfahrensweisen der Demokratie zu gewinnen, ist der Dialog mit Rechtsextremisten keine sinnvolle Vorgehensweise: Denn wiegt man auf, wie viele Personen sich mit einem mehr oder weniger geschlossen rechtsextremen Weltbild im Dialog unter Einsatz von umfangreichen finanziellen, personellen und ideellen Ressourcen ‚zurückholen‘ lassen,⁹⁸ so ist in jedem Fall einer präventiv ausgerichteten Strategie aus Demokratiebildung, Extremismusprävention und Gemeinwesensförderung der Vorzug zu geben. Zudem verspüren diejenigen, die sich nicht zu dieser lauten demokratiefeindlichen Minderheit zählen, ein starkes Ungerechtigkeitsgefühl, da sie trotz verantwortungsbewusstem, staatsbürgerlichem Verhalten weniger Aufmerksamkeit als diese Gruppe bekommen.

Lehren aus dem Umgang mit Rechtsextremismus für die politische Bildung

Welche Lehren können aus diesem Fall also einerseits für den Umgang mit extremistischen Bestrebungen, die sich in unterschiedlichem Ausmaß der Verwendung von Hate Speech und Fake News bedienen und andererseits für die Rolle der politischen Bildung und der Extremismusprävention gezogen werden?

Im Umgang mit extremistischen Bestrebungen befindet sich die Landesregierung mit ihrem „Gesamtkonzept gegen Rechtsextremismus“⁹⁹ auf einem guten Weg. Allerdings müssen diese Pläne auch im politischen Handeln ihre Umsetzung finden: Das heißt, dass es eine klare Positionierung und Haltung im Umgang mit extrem rechten Akteuren auf allen Ebenen bedarf, der nicht nur auf der obersten politischen Ebene kommuniziert, sondern bis zur untersten Ebene auch umgesetzt wird. Konkret darf es weder eine inhaltliche Annäherung noch pragmatische Kooperationen geben, die den Akteuren der extremen Rechten Vorschub leisten und Legitimation verleihen und sie so normalisieren. Die Zivilgesellschaft und die Akteure der politischen Bildung müssen gerade im ländlichen Raum ideell unterstützt und finanziell gut ausgestattet werden, damit ihre Arbeit dauerhaft Früchte tragen kann: den Ausbau und Erhalt demokratischer Strukturen sichern. Dabei geht es vor allem darum, dass diese Akteure als integraler Bestandteil der demokratischen Infrastruktur begriffen werden, nicht nur als ‚Feuerwehr‘, die die politischen Brände löschen, sondern als Brandschutz agieren. Trotz der erkennbaren Fortschritte „gilt es die starke Fokussierung auf (politikwissenschaftliche) Wissensvermittlung zu überwinden und Erfahrungen in der Gestaltung kompetenzorientierter Bildungsprozesse zu sammeln“.¹⁰⁰ Dazu ist laut Grith HANNEFORTH und Michael NATTKE vom Kulturbüro Sachsen e. V. Folgendes notwendig:

„Eine lebendige, demokratische und menschenrechtsorientierte Kultur ist ein grundlegender gesellschaftspolitischer Gegenentwurf für die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und andere Ungleichwertigkeitsvorstellungen. Die Notwendigkeit, belastungsfähige demokratische Strukturen [...] zu schaffen und zu unterstützen ist Leitgedanke [...]. Der zugrunde liegende Demokratiebegriff ist prozess- und partizipationsorientiert. Nach diesem Verständnis ist Demokratie ein Entwicklungsprozess, in dem ständig ausgehandelt wird, in welcher Gesellschaft wir leben wollen, an dem möglichst viele Menschen teilhaben können und in dem Bürger auch ihre Freiheitsrechte gegenüber dem Staat wahrnehmen. Als Prozess ist gelebte Demokratie also nie ‚erreicht‘ – vielmehr geht es darum, immer wieder darauf hinzuarbeiten und aktuelle Rahmenbedingungen kritisch zu hinterfragen. Dabei müssen reale Demokratiedefizite in der politischen Kultur in den Kommunen und Regionen sowie Probleme im Zusammenleben ebenso in den

Blick genommen werden wie demokratiefeindliche und menschenverachtende Einstellungen in der Mehrheitsgesellschaft.¹⁰¹

Über die Rolle der sozialen Medien und warum wir politische Medienbildung brauchen

Extremismusprävention sollte jedoch nicht nur im analogen, sondern auch im digitalen Raum stattfinden. Denn zu dem „beispiellosen Exzess“ von Hate Speech und Fake News, wie wir ihn heute kennen, konnte es erst durch die Digitalisierung und die sozialen Medien kommen.¹⁰²

Für die politische Bildung ist es daher wichtig, die Besonderheiten des Internets und die Funktionsweisen der sozialen Netzwerke wie Facebook, Twitter, Instagram oder YouTube zu verstehen. Denn dann lassen sich in einem zweiten Schritt mögliche Maßnahmen im digitalen Raum ableiten.

Wie das Internet unsere Kommunikation verändert hat

Zu Beginn des Internetzeitalters setzten viele Menschen ihre Hoffnung auf das Netz als einen Ort frei von Vorurteilen. Man glaubte, dass sich die Digitalisierung positiv auf die Debattenkultur auswirken würde. So schilderte beispielsweise der amerikanische Sozialwissenschaftler und Netzpionier Howard RHEINGOLD im Jahr 1993 die Hoffnung:

„Da wir einander nicht sehen können, können wir auch keine Vorurteile über andere bilden, bevor wir gelesen haben, was sie mitteilen wollen: Ethnische Zugehörigkeit, Geschlecht, Alter, nationale Abstammung und die äußere Erscheinung werden nur bekannt, wenn jemand diese Merkmale angeben will.“¹⁰³

Das Netz als Ort, an dem alle gleich sind? Leider zu schön, um wahr zu sein. Schnell zeigten sich die Schattenseiten des World Wide Web. Zwar ermöglichen die sozialen Netzwerke wie beispielsweise Facebook oder Twitter einen Austausch von Wissen, wie man ihn vorher nie für möglich gehalten hätte. Denn jede und jeder kann zur Senderin oder zum Sender werden und Informationen schnell und unkompliziert veröffentlichen.¹⁰⁴ Gleichzeitig führt jedoch die *Unsichtbarkeit*, also das Fehlen jeglicher nonverbalen Signale, dazu, dass Menschen enthemmter reagieren und Diskussionen schneller eskalieren. So fallen Beleidigungen leichter, wenn man seinem Gegenüber nicht dabei in die Augen schauen muss und durch die *Anonymität* im Netz kann dies sogar noch verstärkt werden. Denn wer nicht unter seinem Klarnamen kommuniziert, fühlt sich unverwundbarer und geschützter vor möglichen strafrechtlichen Konsequenzen.¹⁰⁵

Doch nicht nur die Diskussionskultur wird durch die Möglichkeiten des Internets verändert. Hinzu kommt, dass User*innen durch das Internet mit einer schier unüberschaubaren Flut an Nachrichten konfrontiert werden, sodass sie auf Filtermechanismen zurückgreifen *müssen*.

Während in den klassischen Massenmedien Journalist*innen die sogenannte *Gatekeeper-Funktion*¹⁰⁶ übernehmen und Nachrichten auswählen und filtern, nehmen bei Suchmaschinen oder sozialen Netzwerken Algorithmen¹⁰⁷ eine Auswahl vor. Sie sorgen dafür, dass primär Beiträge oben im Feed landen, die den eigenen Interessen entsprechen. Das ist auf der einen Seite bequem, da Menschen die Informationen serviert bekommen, die sie interessieren. Auf der anderen Seite besteht so die Gefahr, dass sie sich nur noch in der eigenen *Filterblase* bewegen, sie also durch das Kuratieren der Plattformen nicht mehr mit konträren Meinungen, Sichtweisen und Informationen konfrontiert werden.¹⁰⁸

Und auch wenn die These der Filterblasen und ihr Einfluss auf die Meinungsbildung sich bisher empirisch nicht eindeutig belegen lässt,¹⁰⁹ ist zumindest nicht von der Hand zu weisen, dass sich die öffentliche Debatte durch die Möglichkeiten des Internets und die Algorithmen verändert hat. Statt *einer* Öffentlichkeit gibt es durch die zunehmende Personalisierung in den sozialen Netzwerken nun viele kleinere Teilöffentlichkeiten, in denen sich Gleichgesinnte austauschen und bestätigen können.¹¹⁰

Für die deutschen Philosoph*innen Romy JASTER und David LANIUS sind es nicht die Filterblasen, die Menschen von anderen Meinungen abschirmen und für Fake News empfänglich machen. Vielmehr liegt es ihrer Meinung nach daran, dass „unsere psychischen Mechanismen auf ungünstige Weise mit der Bauweise der sozialen Medien zusammenspielen“¹¹¹. In Zeiten der Nachrichtenfülle buhlen Informationen permanent um unsere Aufmerksamkeit. Doch es gibt bestimmte Faktoren, die unsere Aufmerksamkeit binden. Negativität ist beispielsweise ein wahrer Aufmerksamkeitsmagnet. In der Psychologie spricht man auch vom Negativitäts-Bias. Negative Gedanken oder Ereignisse nehmen Menschen stärker wahr als positive: ein Relikt aus der Evolutionsgeschichte. Schließlich waren die Überlebenschancen höher, wenn man stets gefasst auf das Raubtier war. Heute wirkt dies fort, indem sich negative Nachrichten wie beispielsweise Katastrophen stärker einprägen als gute Nachrichten – es kommt also zu einer verzerrten Wahrnehmung. Ähnlich wirkt Einfachheit, denn auch einfache Botschaften, ohne viel Wenn und Aber, werden stärker wahrgenommen.¹¹² Beide Faktoren machen sich beispielsweise die Macher*innen von Fake News sehr stark zunutze, um mit plakativen Texten Aufmerksamkeit zu generieren.

Zugleich haben die Plattformen natürlich ein wirtschaftliches Interesse daran, Menschen so lange wie möglich in ihren Netzwerken zu halten. Die Whistleblowerin und ehemalige Facebook-Mitarbeiterin Frances HAUGEN warf Facebook 2021 in

einem Interview im amerikanischen Fernsehen vor, den Algorithmus gezielt auf die Emotion Wut auszurichten, da Nutzer*innen so länger im Netzwerk blieben.¹¹³

Und tatsächlich ist Wut eine sehr aktivierende Emotion, wie die Journalistin und Autorin BRODNIG in ihrem Buch *Einspruch!* zu Verschwörungsmythen und Fake News ausführt. Zwar lasse sich ohne genauere Forschung nicht sicher nachweisen, dass der Algorithmus der Plattformen tatsächlich wütende Posts, und damit beispielsweise Hasskommentare, bevorzugt.¹¹⁴ Dennoch gibt es laut BRODNIG, durchaus „Grund zur Annahme, dass Menschen auf wütend machende oder besorgniserregende Inhalte stärker reagieren, diese vielfach kommentieren und liken, also zur ‚Interaktion‘ beitragen.“¹¹⁵

Und das Fatale ist, dass in der Logik der Algorithmen viele Likes und Kommentare für einen *guten* Content sprechen. Sie werden in den sozialen Netzwerken also vermehrt ausgespielt und so auch noch mit erhöhter Reichweite belohnt.¹¹⁶

Doch nicht nur durch die Algorithmen kann es zu einer veränderten Wahrnehmung des tatsächlichen Meinungsbildes kommen. Denn wer sich regelmäßig in den sozialen Netzwerken bewegt, kann schnell den Eindruck gewinnen, dass der Hass gegen bestimmte gesellschaftliche Gruppen sehr verbreitet ist und sogar die Mehrheitsmeinung widerspiegelt.¹¹⁷ Tatsächlich weisen jedoch Studien darauf hin, dass das Mitteilungsbedürfnis in den sozialen Netzwerken alles andere als gleich verteilt ist. So zeigte eine Analyse des *Digitalreports*¹¹⁸ aus Österreich, dass 73 Prozent der erfassten politischen Kommentare auf Facebook von nur einem Fünftel der User*innen verfasst wurden. Es gibt also eine ‚laute Minderheit‘, die deutlich aktiver ist als die zurückhaltende Mehrheit.¹¹⁹

Debatten in den sozialen Medien stellen also einen Zerrspiegel der Gesellschaft dar. Das hat wiederum direkte Auswirkungen auf den Meinungsbildungsprozess. Denn Menschen tendieren zum einen dazu, sich in kontroversen Fragen der wahrgenommenen Mehrheitsposition anzuschließen.¹²⁰ Zum anderen führt dies dazu, dass Nutzer*innen aufgrund der Beleidigungen, Bedrohungen und Diskriminierungen zunehmend davor zurückschrecken, ihre (politische) Meinung online zu vertreten. So stimmten beispielsweise in der repräsentativen Studie *#Hass im Netz*, herausgegeben vom Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ) in Jena, 47 Prozent der Befragten der Aussage zu: „Ich selbst beteilige mich wegen Hassrede seltener an Diskussionen im Netz.“¹²¹

Für eine pluralistische Demokratie ist *Silencing*, d.h. das Verstummen bestimmter Gruppen im Netz, natürlich ein erhebliches Problem, da die Meinungsvielfalt eingeschränkt und die öffentliche Debatte verzerrt wird.

Abgesehen davon hat die Konfrontation mit Hasskommentaren massive gesundheitliche und berufliche Folgen für Betroffene.¹²² So berichten Teilnehmende der *#Hass im Netz*-Studie von psychischen Problemen, wie z. B. emotionalem Stress (33 Prozent), Angst und Unruhe (27 Prozent) sowie Depressionen (19 Prozent).¹²³

Doch nicht nur die Funktionsweise der sozialen Medien trägt zu der enormen Verbreitung von Hassrede, Fake News und Verschwörungserzählungen im Netz bei. Es stehen auch oft politische Akteur*innen dahinter, die diese als Mittel ganz gezielt für die eigenen Zwecke einsetzen. Eine*r der bekanntesten Vertreter*innen war hier sicherlich der ehemalige US-amerikanische Präsident Donald TRUMP.¹²⁴ Doch auch Russland setzt nicht erst seit dem Ukraine-Krieg auf gezielte Desinformationskampagnen, um das Vertrauen in Medien und Politik zu unterlaufen.¹²⁵ Denn „[w]er es schafft, Chaos anzurichten, der schwächt damit seinen Gegner. Fake News werden gezielt eingesetzt, um Politik zu machen.“¹²⁶

Auch die extreme Rechte nutzt Online-Hassrede und Fake News als Werkzeug, um auf die öffentliche Meinung einzuwirken.

Die deutschen Radikalisierungsexperten Maik FIELTIZ und Holger MARCKS zeigen in ihrem Buch *Digitaler Faschismus* das gefährliche Zusammenspiel mit den sozialen Medien auf:

„Dank der beschleunigten Verbreitung spektakulärer Inhalte können daher auch Akteure mit extremen und bizarren Weltanschauungen ihre Inhalte viral gehen lassen, indem sie diese nur hartnäckig genug wiederholen. Was zuvor aus der medial vermittelten Öffentlichkeit ausgegrenzt wurde, weil es journalistischen und wissenschaftlichen Standards nicht genügte, findet somit nun doch ein größeres Publikum.“¹²⁷

Die extreme Rechte koordiniert gezielte Attacken im Netz, um Menschen zu bedrohen und einzuschüchtern. Hierbei kommen zum einen sogenannte *Social Bots* zum Einsatz. Das sind computergesteuerte Fake-Profilen, die angelegt werden, um massenhaft Fake News und Hasskommentare zu verbreiten. Zum anderen organisieren Rechtsextreme Troll¹²⁸-Angriffe im Netz, beispielsweise durch die deutsche Gruppe *Reconquista Germanica*. Zu den Mitgliedern dieser Troll-Armee gehören unter anderem Vertreter*innen der rechtsextremen *Identitären Bewegung* und der *Jungen Alternative*, dem Jugendverband der rechtspopulistischen deutschen Partei AfD (Alternative für Deutschland). Sie verstehen sich als Netzkämpfer*innen und organisieren sich militärisch. Dabei geben die Rangoberen Befehle für die koordinierten Online-Attacken, wann und wo die Troll-Armee mit ihren Fake-Profilen, Hasskommentaren und manipulierten Fotos zuschlagen soll.¹²⁹

Dass Fake News, Hassrede und Verschwörungserzählungen in den sozialen Medien kursieren, hat also zahlreiche Ursachen. Gemeinsam haben sie, dass sie Menschen nicht nur ein verzerrtes oder falsches Bild der Wirklichkeit vermitteln, sondern sie untergraben auch das Vertrauen in Medien und Institutionen und lassen Menschen nach und nach im digitalen Raum verstummen.¹³⁰

Diese Seite des Netzes hat wenig mit der Vision des Internets Anfang der 1990er-Jahre zu tun. Und sie ist alles andere als förderlich für eine pluralistische Demokratie. Doch sind sich die Menschen der Gefahren bewusst? Sind wir der Informationsflut gewachsen?

Politische (Medien)Bildung als Schlüsselqualifikation im digitalen Zeitalter

Die *Stiftung neue Verantwortung* aus Berlin untersuchte im Jahr 2021 die digitale Nachrichten- und Informationskompetenz der deutschen Bevölkerung in einer repräsentativen Stichprobe.¹³¹ Die Ergebnisse sind bedenklich: Denn zwar verfügten Nutzer*innen über grundlegende Kenntnisse, schlossen aber insgesamt in fast allen Kompetenzbereichen eher mittelmäßig bis schlecht ab. So bereite te beispielsweise eine Falschmeldung auf Facebook vielen Probleme: Sie wurde nur von 43 Prozent als solche erkannt. Zudem wurde ein handfester Vertrauensverlust in Medien und Politik deutlich: Ein Viertel der Befragten stimmte der Aussage zu, dass beide Hand in Hand arbeiteten, um die Bevölkerung zu manipulieren. Und schließlich wurde auch deutlich, dass die Nachrichtenkompetenz sowohl vom Alter als auch von der Schulbildung beeinflusst wird. Jüngere Menschen waren kompetenter als Ältere, allerdings galt dies in erster Linie für jene mit hoher Schulbildung. Zudem hing die Nachrichtenkompetenz auch eng mit der demokratischen Grundhaltung zusammen. Menschen, die Politik, Journalismus und Demokratie eher ablehnend gegenüberstanden, zeigten auch eine geringere Nachrichtenkompetenz.¹³²

Die Studienergebnisse offenbaren also nicht nur den dringenden Nachholbedarf in Sachen Medienkompetenz, sondern verdeutlichen zugleich die enge Verknüpfung mit der politischen Bildung: „Wie die Themen Desinformation und Hate Speech zeigen, kann digitale Bildung nicht ohne politische Bildung gedacht werden – und umgekehrt.“¹³³

Diese Feststellung deckt sich auch mit den Forderungen der deutschen Landeszentralen für politische Bildung und der Bundeszentrale, die in einem gemeinsamen Positionspapier im April 2022 festgehalten wurden. Darin wird betont, dass politische Medienkompetenz im digitalen Zeitalter zu einer Schlüsselkompetenz geworden ist.¹³⁴ Denn es reicht nicht, Medien sachkundig zu nutzen und eigene Medieninhalte produzieren zu können. „Vielmehr bedarf es einer Medienmündigkeit – eines tiefgreifenden Verständnisses der gesellschaftlichen, ökonomischen und politischen Auswirkungen von Digitalisierung, der damit einhergehenden Datafizierung¹³⁵ aller Lebensbereiche sowie des durch den Medienwandel getriebenen Strukturwandels von politischer Öffentlichkeit.“¹³⁶ Ziel ist hierbei also die Befähigung zur Mündigkeit und Teilhabe.

Was bedeutet das genau? Für Monika OBERLE, Professorin für Politikwissenschaft und Didaktik der Politik, gehören zur politischen Mündigkeit in der digitalen Welt sowohl „eine kritische-reflexive Fähigkeit als auch instrumentelle Fähigkeiten.“¹³⁷ Und das geschieht, indem die Sachkompetenz sowie die Urteils- und Handlungsfähigkeit bei der politischen Medienbildung gemeinsam in den Mittelpunkt gerückt werden.¹³⁸ Vereinfacht ausgedrückt: Es reicht nicht nur zu wissen, wie man einen Social-Media-Account einrichtet und bespielt, sondern

es ist auch wichtig, ein Verständnis für Algorithmen zu haben, Informationen kritisch hinterfragen zu können und sozialverantwortliche Kommunikation zu beherrschen.

Kritische Medienbildung und politische Bildung gehen hier also Hand in Hand – eine Verschränkung, die auch der 16. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung deutlich empfiehlt. Hier heißt es:

„Diese politische Medienbildung soll sich mit medial bedingten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Prozessen auseinandersetzen, veränderte Öffentlichkeiten durch neue Medienstrukturen reflektieren, Optionen der Selbstermächtigung eröffnen und dazu beitragen, multimediale Angebote altersgerecht hinterfragen zu können.“¹³⁹

Doch wie lassen sich diese theoretischen Überlegungen in die Praxis übertragen?

Ziel muss es sein, beide Professionen – politische Bildung und Medienpädagogik – zukünftig stärker zu verknüpfen. Ein erster Schritt in diese Richtung war die bundesweite deutsche Fachtagung *Politische Medienbildung – Perspektiven für politische Bildung und Medienbildung*, die im September 2022 in Dresden stattfand.¹⁴⁰ Organisiert wurde sie von den Landeszentralen für politische Bildung Bayern, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland und Sachsen und der Bundeszentrale für politische Bildung gemeinsam mit der Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur (GMK). Sie brachte erstmalig rund 120 Praktiker*innen aus beiden Bereichen zusammen, um in Vorträgen und Workshops zu den Themengebieten Desinformation, Medienkritik, Partizipation und Netzpolitik neue Konzepte auszuloten und zu diskutieren. Dabei wurde in den Gesprächen und Diskussionsrunden deutlich, dass es bereits viele vielversprechende Projekte und Konzepte gibt, es jedoch oft an Geld und Ressourcen mangelt, um diese dauerhaft (und nicht nur projektbezogen) umsetzen zu können. Es braucht also die notwendige Infrastruktur, um die politische Medienbildung konkret mit Leben füllen zu können.¹⁴¹

Was kann politische Bildung leisten?

Nach diesem Beispiel einer Langzeitbetrachtung, in dem die Möglichkeiten und Ressourcen der Demokratieförderung und politischen Bildung nicht im erforderlichen Maß ausgeschöpft wurden, und einem Exkurs über die Funktionsweisen der sozialen Netzwerke und der Rolle der politischen Medienbildung, wenden wir uns nun konkreten Programmen und Maßnahmen zur Adressierung der Problembereiche Fake News und Hate Speech zu, die in der Praxis erprobt sind. Hier gilt es, die grundlegenden Ziele der politischen Bildung durch maßgeschneiderte Angebote in der Praxis zu verfolgen, die unter anderem

von Mitgliedern der Arbeitsgruppe entwickelt, betreut und umgesetzt wurden und werden.

Aus unserem Arbeitsalltag in Ostbelgien, Rheinland-Pfalz und Luxemburg stellen wir daran anschließend verschiedene Akteur*innen und ihre *best practices* vor. Damit wollen wir die Potentiale der politischen Bildung aufzeigen: durch passgenaue Angebote demokratische Kultur in der Gesellschaft fördern und die Bürger*innen zur Teilhabe an gesellschafts-politischen und sozio-kulturellen Prozessen zu befähigen. Ein Beispiel dafür ist das Transparentmachen von Prozessen der politischen Entscheidungsbildung. Denn je besser sich die Zivilgesellschaft damit auskennt, desto geringer die Versuchung, auf Gerüchte und Falschmeldungen hereinzufallen bzw. seine Mitmenschen mit Hass und Hetze zu verletzen. Eine wichtige Rolle dabei spielen auch die Kompetenzen, die im in Abbildung 18 vorgestellten Schmetterling des *Europäischen Kompetenzrahmens für demokratische Kultur* aufgeführt sind.

Ganz konkret denken wir hierbei an die *Fähigkeit* zum analytischen und kritischen Denken, das *Wissen und kritische Denken*, das Achten von *Werten* wie der kulturellen Vielfalt und Menschenwürde und nicht zuletzt einer offenen *Einstellung* gegenüber anderen Kulturen, Weltanschauungen und Praktiken.

Diese sollen im Alltag von Multiplikator*innen vermittelt werden. Das sind Menschen, die schon einmal eine Weiterbildung zu Themen der politischen (Medien-)Bildung, wie z. B. auch Fake News und Hate Speech, besucht haben oder sich im Rahmen ihres Studiums damit befasst haben. Sie können im Berufsalltag als Lehrperson, als Pädagog*in, als Jugend- oder Sozialarbeitende ihr Wissen systematisch anwenden und dadurch fundierte Argumente und Kenntnisse zur Überprüfung des Wahrheitsgehaltes von Aussagen an Menschen in ihrem Umfeld weitergeben. Sich im Berufsalltag kompetent gegen Fake News zu stellen, heißt bisweilen auch Zivilcourage zeigen. Multiplikator*innen, die vermeintliche Nachrichten oder Informationen zunächst auf ihren Wahrheitsgehalt hin geprüft haben und erst dann weiterleiten, leisten der Gesellschaft einen wertvollen Dienst.

Was den Umgang mit Fake News und Hate Speech betrifft, gibt es in Ostbelgien schon einige Institutionen und Organisationen, die sich mit der Thematik in unterschiedlichen Kontexten und unterschiedlichem Publikum auseinandersetzen.

Best Practices aus dem Experimentierlabor Ostbelgien

Der Auftrag des Instituts für Demokratiepädagogik: Demokratische Kultur fördern

Auf den zuvor angesprochenen und im Abbildung 18 gezeigten Schmetterling fußt auch die Arbeit des Eupener Instituts für Demokratiepädagogik (IDP). Es versteht sich nach dem Vorbild der deutschen *Landeszentralen für politische Bildung* als ein Zentrum für politische Bildung und bietet für Bürger*innen jeden Alters Workshops

zu verschiedenen Themen der politischen Bildung (wie z. B. Teilhabe, Medien- und Informationskompetenz, Kunst und Politik, Nachhaltigkeit) an, darunter auch im Rahmen von Speak Up! zu Fake News und Hate Speech.

Im Bereich der Erwachsenenbildung reichen die Angebote im Bereich Fake News und Hate Speech von Weiterbildungen für spezifische Berufsgruppen (Lehrkräfte und Bildungspersonal) und Institutionen (Ministerium) bis hin zu offenen Formaten wie der Speak Up! Tagung, die allen in Ostbelgien lebenden bzw. arbeitenden Menschen offenstehen.¹⁴²

Das IDP ist Gründungsmitglied der Arbeitsgruppe *Politische Bildung in der Großregion* (PBGR)¹⁴³ zusammen mit dem *Zentrum für politisches Bildung* (ZpB) in Luxemburg,¹⁴⁴ dem *Centre Européen Robert Schuman*¹⁴⁵ in Scy-Chazelles, Frankreich, und den *Landeszentralen für politische Bildung* Rheinland-Pfalz¹⁴⁶ bzw. des Saarlands.¹⁴⁷ Die Arbeitsgruppe PBGR steht unter der Schirmherrschaft des *Interregionalen Parlamentarierrats* (IPR) der Großregion.

Das ist eine Anerkennung nicht nur der Arbeit dieser Arbeitsgruppe, sondern auch der Notwendigkeit, politische Bildung grenzüberschreitend zu betreiben. Die Probleme mit Fake News und Hate Speech sind auch international und durch das Internet überall präsent. Wenn dagegen gemeinsam auf europäischer Ebene vorgegangen werden soll, müssen regionale und nationale Institutionen grenzübergreifend kooperieren, damit z. B. den intersektionalen und interkulturellen Aspekten Rechnung getragen werden kann.

Über die Arbeit zum Thema Fake News und Hate Speech sowie der Rolle von Medien- und Informationskompetenz als Element für gesellschafts-politische Teilhabe hat sich das Institut für Demokratiepädagogik über Speak Up! nicht nur mit ostbelgischen Institutionen und Personen, sondern auch europaweit mit Universitäten, Forschungsinstituten und Organisationen vernetzt.¹⁴⁸

Das IDP arbeitet mit vielen Anbieter*innen von Formaten zur politischen Bildung in Ostbelgien zusammen, darunter nicht zuletzt mit dem Besucherdienst des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens. Dieser bietet in seinem Programm verschiedenste Möglichkeiten, sich mit Demokratie, Politik und gesellschafts-politischer Teilhabe auseinanderzusetzen. Menschen, die diese Angebote wahrnehmen, erfahren mehr über politische Teilhabe in der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens, aber auch in Belgien insgesamt, d.h. sie bekommen konkrete Einblicke, wie sie sich in politische Prozesse einbringen und so die Politik beeinflussen können.

Fest steht: Es gibt in Ostbelgien bereits einige Angebote im Bereich der politischen Bildung, die die Teilhabe an politischer Gestaltung erfahrbar machen, Wissen vergrößern und Engagement fördern. Ziel der ostbelgischen Kooperationen ist es, ein kontinuierliches Angebot zu gestalten, das planbar vom Zielpublikum genutzt werden kann.

Angebote zur Politischen Bildung am Institut für Demokratiepädagogik

Auf Anregung des Instituts für Demokratiepädagogik haben sich der Besucherdienst des Parlamentes der Deutschsprachigen Gemeinschaft und Jugendinfo¹⁴⁹ zusammengesetzt, um eine Übersicht zu ihren jeweiligen Angeboten für Schulen zum Thema Demokratie zusammenzutragen und grafisch so darzustellen, dass Schulleiter*innen und Lehrpersonen erkennen, wie die Angebote über die gesamte Schulzeit (Primar- und Sekundarschulen) verteilt sind und wie sie aufeinander aufbauen. Dabei sind die Angebote der Kooperationspartner*innen des Instituts für Demokratiepädagogik nach Veranstaltungsort (außerschulisch im Parlament, in der Schule durch Jugendinfo) und Zielgruppen (Schüler*innen und Lehrkräften) geordnet. Dabei gehören zum Thema Demokratie selbstverständlich auch Angebote zum Umgang mit digitalen Tools, denn durch diese wird die Demokratie heute untergraben.

Der Umgang mit Fake News und Hate Speech hat mit Medien- und Informationskompetenzen viel zu tun, also mit dem Wissen über vertrauenswürdige Wege zum Checken von Fakten oder aber auch den Kenntnissen darüber, wie man sich bei Justiz und anderen Institutionen Hilfe holt, wenn man bedroht oder beleidigt wird. Dennoch ist es bei all diesem technischen Wissen auch wesentlich, wenn man Grundlagenerfahrungen mit den verschiedenen Ebenen einer funktionierenden Demokratie hat. Deswegen gibt es in Ostbelgien Angebote, die Kindern und Jugendlichen, aber auch Erwachsenen, die Möglichkeiten geben, politische Prozesse auszuprobieren und ihre Komplexität zu verstehen.

Da politische Bildung in Ostbelgien kein eigenes Schulfach ist und schulische Angebote deshalb vom Engagement und Wissen der jeweiligen Lehrkraft abhängen, bietet das IDP verschiedene außerschulische Angebote zur Vermittlung von Kompetenzen im Bereich der politischen Bildung an. Diese Angebote, die das IDP oft auch gemeinsam mit anderen Personen und Organisationen durchführt, richten sich nicht nur an Schüler*innen, sondern an Menschen jeden Alters, die in Ostbelgien wohnen bzw. arbeiten.

Das Erasmus+ Projekt: Musik und Politik ((S)influence your World)

Kunst und Politik ist eine Kombination, die dem IDP bei politischer Bildung am Herzen liegt. Ein gleichnamiges Erasmus+ Jugendprojekt, das das IDP bis September 2023 koordiniert, ermöglichte 21 Jugendlichen, sich mit verschiedenen Kunst- und Ausdrucksformen (Tanz, Musik, Theater) auseinanderzusetzen, um zu verstehen, wie Emotionen mithilfe von Kunst manipuliert werden können. Im Laufe des Projekts entwickelten die Jugendlichen in internationalen Kleinteams gemeinsam mit Dozent*innen eine Performance – *(S)influence your World*. In dieser thematisierten die Jugendlichen Themen, die sie während des Projekts beschäftigten; die Themen Diskriminierung und Hate Speech spielten eine wichtige

Rolle und deckten Bereiche ab, die von der Diskriminierung von Menschen aus dem LGBTQIA+-Spektrum oder von Frauen über Bodyshaming bis hin zur Verhöhnung der Opfer der Shoah reichten.¹⁵⁰

Der Lernprozess und die Aufführung der Performance wurden in einem Dokumentarfilm festgehalten, der bis Mitte des Jahres 2023 fertiggestellt wird. Außerdem wurden Podcasts zum Thema für die Jugendarbeit oder den Schulunterricht erstellt. Das didaktische Material zu Film und Podcast wird zukünftig allgemein zugänglich sein.

„Konsensverschiebungen“ – Europa und Rechtsextremismus

Das IDP hat das zeitgenössische Musikstück *Konsensverschiebungen* von Wolfgang DELNUI, einem Eupener Komponisten und Musikpädagogen, verfilmt. In der Verfilmung geht es um den Kampf zwischen europäischen Werten und rechtsradikalen hasserfüllten Strömungen. Es zeigt sich, dass die Rechtsradikalen neue, in der Regel zutiefst undemokratische, Werte etablieren wollen und dabei jede*n, der nicht ihre Werte vertritt, mit Hasstiraden angreifen. Die Verfilmung spiegelt diesen Prozess und liefert Anknüpfungspunkte dafür, in der schulischen und außerschulischen Bildungsarbeit über Europa europäische Werte und den Angriff auf eben diese Werte und die damit einhergehende Demokratie zu reflektieren. Ein Arbeitsheft liefert dazu einige Impulse.¹⁵¹

Gedenkkultur

Das IDP bietet verschiedene Aktivitäten zur Förderung der Gedenkkultur an.¹⁵² Dabei geht es nicht unbedingt darum, bestimmter Daten oder geschichtlicher Fakten und ihrer Opfer zu gedenken, sondern sich vielmehr Gedanken darüber zu machen, wozu Gedenken in unserer Zeit gut ist und warum es wichtig ist, sich nicht nur punktuell, d.h. an einem bestimmten Datum, mit der Thematik auseinanderzusetzen. Gedenken verstehen wir dabei als ein wichtiges Konzept, das den Bogen zwischen Vergangenem und Aktuellem schlägt. Wer beispielsweise Diskriminierungsmuster aus der Vergangenheit heute wiedererkennt, weiß auch, wozu sie führen können und kann sich dafür einsetzen, dass es nicht zu einer Wiederholung kommt.¹⁵³ Ein Beispiel dafür ist der Antisemitismus, also der gezielte Hass auf Jüdinnen und Juden. In diesem Themenbereich, der *Holocaust Education*, hat sich beim IDP über die Jahre der Einsatz eines Dokumentarfilms *Der letzte Jolly Boy* bewährt, gerade weil er den Zuschauenden nicht mit einer Stimme aus dem Off Erklärungen und Deutungsmuster vorgibt. Begleitet wird der Film des Grimme-Preisträgers Hans-Erich VIET von didaktischen Begleitmaterialien, die Anregungen geben, wie man die Schüler*innen ermuntern kann, selbst ihre Position zur Thematik zu erarbeiten.¹⁵⁴

Im Jahr 2022 wurde die Entscheidung getroffen, verschiedene Gedenkveranstaltungen in einer sogenannten Gedenkkultur-Woche zu bündeln, um den Bürger*innen in Ostbelgien eine Gelegenheit zu bieten, sich Gedanken darüber zu machen, wie man einen Bogen zwischen dem aktuellen Sprachgebrauch, den Fake News und Hate Speech nutzen zur Zeit des Nationalsozialismus schlagen kann. Denn vielen Menschen ist es nicht klar, dass bei diskriminierenden Fake News altbekannte Schemata des Antisemitismus wiederverwendet werden.¹⁵⁵ Unter Gedenken ist daher eine aktive Kultur der Prävention zu verstehen, die in der Gegenwart verankert ist und sich nicht in Rückblicken erschöpft. Ziel ist es unter anderem durch diesen öffentlichen Austausch verstärkt mit Vereinen, die sich um die Aufarbeitung der lokalen Geschichte kümmern, zusammenzuarbeiten. Idealerweise sollen aus dieser Zusammenarbeit außerschulische Jugendprojekten entstehen.

Speak Up!

Im Spätsommer 2020 gründete sich in Ostbelgien das Bündnis Speak Up!, um innerhalb der ostbelgischen Gesellschaft mehr Bewusstsein für die Phänomene Fake News und Hate Speech und ihre gesellschaftlichen Folgen zu schaffen. Das Bündnis wurde am Institut für Demokratiepädagogik angesiedelt, an dem sich eine Referentin um den Aufbau und die Weiterentwicklung kümmerte. Nach verschiedenen Angeboten im Bereich der Prävention von Fake News und Hate Speech (v.a. Angebote zur Schulung der Medien- und Informationskompetenz), lieferte die erste Tagung im Oktober 2021 weiteren wichtigen Input. Sie trug dazu bei, weitere Potentiale des Bündnisses zu erkennen, was letztendlich dazu führte, dass das ostbelgische Bündnis zur internationalen Vernetzungsstelle wurde. Diese vernetzt sich nun mit verschiedenen anderen Institutionen im In- und Ausland, um Synergieeffekte in der politischen (Medien)Bildungsarbeit im Bereich Fake News und Hate Speech zu nutzen.¹⁵⁶

Bildung zu nachhaltiger Entwicklung (BNE)

Gemeinsam mit der ostbelgischen Verbraucherschutzzentrale (VSZ),¹⁵⁷ dem Naturzentrum Haus Ternell¹⁵⁸ und Fahr mit VoG¹⁵⁹ ist das Institut für Demokratiepädagogik Mitglied in der informellen Organisationsgruppe des BNE-Netzwerkes, das sich aus Firmen, Einzelpersonen und der Zivilgesellschaft zusammensetzt und sich konkret mit Themen der Nachhaltigkeit auseinandersetzt. Beim Fest der Nachhaltigkeit, Workshops des IDP und anderen Veranstaltungen zur Thematik erfahren die Teilnehmenden mehr über Umweltthemen und fallen so seltener Fake News in diesem Bereich zum Opfer.¹⁶⁰

Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens als Ort politischer Bildung

Ostbelgien unterhält ein eigenes Parlament, das in Eupen steht und sich – insbesondere im Gebiet der Euregio – als außerschulischer Lernort für Jung und Alt eignet. Schließlich steht der große Plenarsaal tagsüber leer, da die Abgeordneten keine Berufspolitiker*innen im klassischen Sinne sind, sondern ihre Dienstgeschäfte nach Feierabend erledigen.¹⁶¹

Der Besucherdienst des Parlamentes bietet verschiedene Formate an, die die Geschichte und die Funktion des Parlaments erklären und das Demokratieverständnis fördern. Darunter gibt es auch Angebote, die Kinder und Jugendliche für das politische Geschehen sensibilisieren. Dabei erfahren sie in altersgemäßen Formaten, wie politische Entscheidungsprozesse ablaufen und lernen mehr über eigene Teilhabemöglichkeiten. Sie verstehen, warum es wichtig ist, sich zu informieren und argumentieren zu können, wie man Konflikte sachlich austrägt und was eine Debattenkultur ist. Beispiele dafür sind Würfelspiele, Rollenspiele, wie z. B. Democracy¹⁶² – und Rallyes für Grundschulkinder. Bei Letzteren entdecken die Kinder spielerisch das Parlament als Gebäude und seine Funktion. Außerdem gibt es verschiedene Angebote, bei denen sich Kinder und Jugendliche mit Politiker*innen austauschen. Ein Beispiel dafür ist der auf Seite 205f. vorgestellte Zug der Demokratie.

Die ergänzenden Angebote für Sekundarschüler*innen fördern insbesondere die politische Teilhabe der Jugendlichen, ein Angebot dabei ist die von der belgischen König-Baudouin-Stiftung¹⁶³ erarbeitete interaktive Ausstellung *Demokratiefabrik*.¹⁶⁴ Die interaktive Ausstellung konfrontiert die Jugendlichen mit Themen aus unserem Alltag wie beispielsweise Rassismus, Demokratie, zwischenmenschliches Zusammenleben in einer vielfältigen Gesellschaft u.v.m. In Kleingruppen diskutieren die Teilnehmenden die teils provokativen Ansätze, tauschen Meinungen aus – mit dem Ziel, Vorurteile abzubauen oder besser noch: gar nicht erst aufkeimen zu lassen.

Regelmäßige außerschulische Angebote des Parlaments in Kooperation mit ostbelgischen Einrichtungen

Alle, die im Bereich politische Bildung arbeiten, müssen sich regelmäßig mit den Vorurteilen, Fake News und manchmal sogar hasserfüllten Aussagen über Politik und Politiker*innen seitens der Teilnehmenden an Workshops auseinandersetzen. Es ist daher sehr wichtig, dass gerade junge Menschen die Gelegenheit bekommen, ihre Fragen unverblümt und direkt an Vertreter*innen aus der Politik stellen zu können und darauf sachliche und selbst verifizierbare Antworten bekommen. Die direkte Auseinandersetzung mit Entscheider*innen – am besten im Kontext

der konkreten politischen Institutionen – ist der zielführendste Weg, um gegen Gerüchte und Lügen vorzubeugen.

Wie geht Politik?

Die Podiumsdiskussionsreihe *Wie geht Politik?* für Abiturient*innen und junge Erwachsene besteht schon seit vielen Jahren.¹⁶⁵ Das erste Mal wurde die Podiumsdiskussion anlässlich der Wahlen 2014 vom Rat der Deutschsprachigen Jugend (RDJ)¹⁶⁶ und Alteo¹⁶⁷ in einfacher Sprache durchgeführt.

Seit den Wahlen 2019 organisieren das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft, das Institut für Demokratiepädagogik, Jugendinfo Ostbelgien, der Rat der Deutschsprachigen Jugend (RDJ), Alteo und Ocarina¹⁶⁸ in jedem Jahr eine solche Podiumsdiskussion. Ziel ist es, jungen Wähler*innen den Austausch mit politischen Entscheidungsträger*innen zu ermöglichen. Dabei formulieren die Jugendlichen im Vorhinein eigene Fragen an die Politiker*innen zu vom Konsortium vorgegebenen gesellschaftspolitischen Themen, die in die Kompetenzen der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens fallen. Jede ins Parlament gewählte Partei entsendet eine*n Politiker*in, um mit den Jungwähler*innen zu diskutieren.

Außerhalb der Wahljahre, wenn es natürlich darum geht, das Spektrum der politischen Angebote zu diskutieren, wurden bisher die Themen Verhandlung in der Regierungsbildung, Politik in Krisenzeiten und Politikeralltag in diesem Format debattiert.

Im Jahr 2022 wurde mit dem interaktiven Theaterstück *Lokal Europa* des Brachland-Ensembles ein neues Format ausprobiert.¹⁶⁹ Dabei ging es um europäische Entscheidungsprozesse. Auch hier saßen die Politiker*innen gemischt mit den Jugendlichen im Publikum und mussten gemeinsam mit diesen auf die Anforderungen des interaktiven Theaterstücks reagieren. Die Debatten in Kommissionen und im Plenum machten Politik für die Jugendlichen greifbar. Die direkte Zusammenarbeit auf Augenhöhe mit den Politiker*innen zeigte die Schwierigkeiten bei Entscheidungsprozessen auf und führte zu mehr Verständnis für Politiker*innen und ihre Arbeit sowie zu besserem Wissen über die EU. Ziel war es auch bei diesem Format, einen direkten Draht zwischen Jugendlichen und Politiker*innen zu schaffen, den Austausch miteinander zu fördern, um mehr Einblicke in und vielleicht auch Verständnis für die jeweilige Lebenssituation zu erhalten.

Zug der Demokratie

Der Zug der Demokratie ist ein Angebot des Besucherdiensts des Parlamentes und des Instituts für Demokratiepädagogik, das sich an einem Format orientiert, das vom *Zentrum für politisches Bildung* (ZpB) in Luxemburg entworfen wurde. Das Angebot richtet sich an Schüler*innen der vierten Klasse der Primarschule. Auch dem

liegt der eingangs schon beschriebene Gedanke zugrunde, den Kindern früh die Gelegenheiten zu geben, sich mit politischen Prozessen und den Entscheider*innen direkt über gesellschafts-politische Probleme auszutauschen, um der Entstehung von Vorurteilen entgegenzuwirken und bei den Kindern Bewusstsein für die Funktionsweise von Fake News und Hate Speech zu stärken.

Wer um die genauen Entscheidungsprozesse und die Schwierigkeiten bei der Konsensfindung weiß, glaubt ungleich öfter Fake News, die behaupten, Politiker*innen wären per Definition faul und würden lügen. Die Aufgabe der Schüler*innen ist es, für ein vorgegebenes Thema, das in den Kompetenzbereich¹⁷⁰ der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens fällt, Ideen auszuarbeiten, die einerseits von den Schüler*innen im Alltag umgesetzt werden können, und andererseits den Politiker*innen Vorschläge zu unterbreiten, wie sie diese Ideen politisch unterstützen könnten. Dafür müssen die Kinder in der Schule das Thema vorbereiten, um es ‚fachgerecht‘ debattieren zu können. So kann das Interesse und Verständnis für die Arbeit der Politiker*innen frühzeitig geweckt werden. Vor der eigentlichen Debatte mit den Politiker*innen im Plenarsaal ziehen die teilnehmenden Klassen jeweils mit ihrer Holzschablonenfigur, die eine*n Politiker*in und ein Kind darstellt, auf die zu diskutierenden Vorschläge aufgeklebt wurden, ins Parlament ein. Dort werden sie von den Politiker*innen und dem Parlamentspräsidenten empfangen. Jede Klasse trägt in einer eigenen Kommission ihre Vorschläge zur Problemlösung vor, debattiert mit den Politiker*innen, um abschließend die Ergebnisse im Plenarsaal vor allen vorzustellen. So lernen die Kinder, sich im Parlament und mit kontroversen Debatten zu Hause zu fühlen und verinnerlichen positive Erfahrungen mit politischen Verhandlungsprozessen. Der erste ostbelgische Zug der Demokratie fand im März 2022 statt und setzte sich damit auseinander, wie die Schüler*innen gesünder leben könnten.¹⁷¹ Aus der Kommissionsarbeit ging ein Anschreiben der Schüler*innen an die ostbelgische Bildungsministerin hervor, das in einer der darauffolgenden Regierungsbefragungen vorgelesen und von der Ministerin beantwortet wurde.¹⁷² Im Jahr 2023 behandelt der Zug der Demokratie das durch den Krieg in der Ukraine besonders akute Thema Energiesparen.

Jugendparlament

Seit dem Jahr 2021 ist ein Jugendparlament¹⁷³ in Planung. Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft, der RDJ und das IDP führen das Pilotprojekt im Frühjahr 2023 gemeinsam durch. Es ist im Bereich der außerschulischen Bildung angesiedelt und richtet sich an Jugendliche zwischen 16 und 25 Jahren, die sich im Vorfeld um eine Teilnahme bewerben konnten. Für die Durchführung des Jugendparlaments sind ein Vorbereitungstag und ein Wochenende vorgesehen. Wie im richtigen Parlamentsbetrieb arbeiten Jugendliche in einer Kommission

ihre Vorschläge mithilfe von Expert*innen und den Ausschussbegleiter*innen des Parlaments aus. Die Empfehlungen werden am letzten Tag den Politiker*innen vorgetragen, die dann mit den Jugendlichen darüber debattieren. Es geht darum, sich korrekt mit Fachleuten und durch Recherche über ein Thema zu informieren, die eigenen Ziele zu verschriftlichen und diese im Plenarsaal den Politiker*innen vorzustellen. Zudem setzten sich die Jugendlichen damit auseinander, wozu und wie eine Pressemitteilung erstellt wird. So erfahren die Jugendlichen mehr über die unsichtbare politische Vorarbeit, die den Entscheidungsprozessen vorangehen. Denn zwischen einer guten Idee und Mehrheiten zu ihrer Umsetzung liegen oft Welten, Kompromisse und manchmal sehr viel Zeit.

Die Erfahrung zu machen, wie lange es braucht, mit anderen Beteiligten Prioritäten festzulegen, die sich nach dem Input der geladenen Expert*innen und dem Wissen der Ausschussbegleiterinnen des Parlaments richten und sich nicht an persönlichen Meinungen der Politiker*innen orientieren, ist wichtig für die Erkenntnis, dass Gerüchte und Fake News kaum Einfluss auf demokratische Entscheidungen im Parlament nehmen, da sachliche Inhalte überwiegen. Überraschend ist dann zu erkennen, dass die Presse nicht der Schoßhund der Politiker*innen ist und keine ‚firmeninterne‘ Kommunikation betreibt, sondern auf Basis ihrer eigenen Einschätzung der Prioritäten für die Bevölkerung die Presseerklärung interpretiert und die Bevölkerung informiert. Denn die sachliche Basis der erhaltenen Informationen bleibt erhalten, nur die Wertigkeiten können sich eventuell verschieben. Das heißt, dass ein Zeitungsartikel oder Fernsehbeitrag nicht eins zu eins die Presseerklärung der Politiker*innen wiedergibt. Danach macht das aggressive Geschrei vieler Demokratiegegner*innen gegen die ‚Lügenpresse‘ überhaupt keinen Sinn mehr.

Bürgerdialog

Ostbelgien ermöglicht seinen Bürger*innen auch über den Bürgerdialog¹⁷⁴ Teilhabe an der Gestaltung von Politik. Jede*r Bürger*in kann eine Frage an das ständige Sekretariat des Bürgerdialogs richten. Von dort werden die Fragen an den Bürgerrat weitergeleitet, der aus 24 Mitgliedern besteht, die per Los ausgewählt wurden. Wer in Ostbelgien wohnt, 16 Jahren alt ist und kein politisches Mandat hat, kommt in das Losverfahren für den Bürgerrat und auch die Bürgerversammlungen. Beide Instanzen diskutieren und priorisieren die Fragen der Bürger*innen und geben sie an das Parlament weiter. Letzteres muss dazu Position beziehen. Nach einem Jahr wird kontrolliert, ob die Empfehlung umgesetzt wurde.

Demokratisches Miteinander lernen und erproben: Orte und Vermittlungsinstanzen

Auf Basis dieser gesammelten *best practices* mit politischer Bildung in Ostbelgien wird im Folgenden darüber nachgedacht, was zu verbessern wäre und wer die Zielgruppen sein sollten, die durch bessere politische Bildung in der Gesellschaft als Multiplikator*innen tätig sein könnten. Einer der wichtigsten Orte dafür ist mit Sicherheit die Schule. Aber es geht bei Weitem nicht nur um die Schüler*innen, sondern auch um die Lehrkräfte, so wie die Sozial- und Jugendarbeiter*innen.

Politische Bildung in der Schule

Politische Bildung und damit verbunden die Vermittlung von z. B. Sachkenntnissen, kritischem Denken und nicht zuletzt der Medien- und Informationskompetenz spielen – das haben die vorherigen Ausführungen gezeigt – eine wichtige Rolle dabei, Menschen zur Teilhabe an gesellschaftlichen und politischen Prozessen und zum kritischen Hinterfragen zu befähigen. Auch wenn Lernen ein lebenslanger Prozess ist, spielt insbesondere die schulische Bildung bzw. Erziehung eine wichtige Rolle bei der Vermittlung von demokratischer Kultur und Kompetenzen.

Vierorts existieren dazu in den deutschsprachigen Ländern eigene Schulfächer. Im deutschen Schulsystem, das föderal organisiert ist, stehen so im Bundesland Nordrhein-Westfalen, das an Ostbelgien grenzt, den Sekundarschulen – je nach Schulform und Jahrgangsstufe – *Politik, Gesellschaftslehre, Sozialwissenschaften* oder *Geschichte/Sozialwissenschaft, Wirtschaft/Politik* oder *Sozialwissenschaften/Wirtschaft* auf dem Stundenplan.¹⁷⁵

Im ebenfalls an Ostbelgien grenzenden Rheinland-Pfalz gibt es das Pflichtfach *Gesellschaftslehre* an der Sekundarschule.¹⁷⁶ In Sachsen G/R/W (Gemeinschaftskunde/Rechtserziehung/Wirtschaft) an Gymnasien¹⁷⁷ und Gemeinschaftskunde/Rechtserziehung an Oberschulen.¹⁷⁸

In Ostbelgien selbst gibt es allerdings kein Schulfach, das sich exklusiv der Vermittlung von politischer Bildung widmet. In der Vergangenheit hat dies immer wieder für Diskussionen in Schule, Gesellschaft und Politik geführt, zuletzt u. a. in Parlamentsdebatten.

Die Lehrpläne geben vielmehr vor, dass politische Bildung als Querschnittsbereich in allen Unterrichtsfächern der Sekundarschule stattfinden soll. Für die Grundschulen sind handlungsorientierte Aktivitäten zur Demokratiestärkung vorgesehen. Dazu gehören Klassenräte und Teilhabe an der Unterrichtsgestaltung. Eine Orientierung dafür liefert der *Rahmenplanorientierte Leitfaden für die politisch-demokratische Bildung*, indem er darlegt, wie fachübergreifendes und fächerverbindendes politisch-demokratisches Lernen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens funktionieren kann.¹⁷⁹ Es gibt auch eine Suchmaske, in der man über die Fächerauswahl und den

Schuljahrgang auf potentielle Partner*innen aus anderen Fächern für bestimmte Themen der politischen Bildung stoßen kann.¹⁸⁰

Die Ausbildung von Lehrpersonen in den Bereichen politische (Medien-)Bildung

Ein wichtiger Schritt zur Bekämpfung von Fake News und Hate Speech ist eine fortschreitende Professionalisierung derjenigen Menschen, die Kenntnisse zur Thematik vermitteln. Dies sind insbesondere pädagogisch Tätige, wie z. B. Lehrpersonen in Schulen und der Erwachsenenbildung, aber auch Jugendarbeiter*innen und Ehrenamtliche. Wichtige Grundvoraussetzungen für Vermittlungsarbeit sind pädagogisch-didaktisches Wissen und Empathie. Sowohl Wissen als auch Empathie sind zwei der Kompetenzen demokratischer Kultur, wie sie der *Europäische Rahmenplan für demokratische Kultur* in seinem in Abbildung 18 gezeigten Kompetenzschmetterling beschreibt.

Dieser listet weitere wichtige Kompetenzen auf, über die in der pädagogisch-didaktischen Vermittlungsarbeit tätige Personen verfügen sollten. Dazu zählen auch die Anpassungsfähigkeit an das jeweilige Publikum sowie ein wertschätzender Umgang mit diesem.

Um diese Kompetenzen erwerben zu können, ist es zentral, dass sowohl Lehramtsstudierende als auch angehende Jugend- und Sozialarbeitende schon während ihrer Ausbildung Zugang zu Angeboten erhalten, bei denen die Vermittlung von politischer Bildung und Medien- und Informationskompetenz im Zentrum stehen, zumal die Vermittlung dieser Kompetenzen gemäß den ostbelgischen Vorgaben fächerübergreifend erfolgen soll, was bedeutet, dass selbst Kunst- oder Sportlehrer*innen in entsprechenden Bereichen geschult werden müssen. Auf diese Grundlagen kann dann, wenn die Menschen als Fachkräfte im Berufsleben stehen, durch gezielte passgenaue und verpflichtende Weiterbildungen aufgebaut werden. Gerade in Zeiten, in denen die Demokratie bedroht ist, ist es umso wichtiger, junge Menschen zu mündigen Staatsbürger*innen zu erziehen, die für die Errungenschaften der Demokratie eintreten können und wollen.

Deshalb ist es wichtig, dass ausnahmslos alle pädagogischen Fachkräfte für die zentrale Rolle der politischen Bildung und den damit verbundenen Teilkompetenzen, z. B. Medien- und Informationskompetenz geschult werden, so z. B. in verpflichtenden Fort- oder Weiterbildungen. Dies gilt auch und besonders für Lehrpersonen an Schulen, unabhängig vom Fach, das sie unterrichten. Denn alle Lehrpersonen und Schüler*innen sind heute im (Schul)alltag mit Sozialen Medien und dem Internet konfrontiert. Für das Beispiel der (kritischen) Medien- und Informationskompetenz bedeutet dies konkret, dass eine Lehrkraft in der Lage sein muss, auf die zu beachtenden Kriterien bei der Recherche von Informationen hinzuweisen. Selbst in Fächern, die auf den ersten Blick recht wenige Schnittmengen zur politischen Bildung aufzuweisen scheinen, wie Mathematik,

gibt es Anknüpfungspunkte an aktuelle gesellschafts-politische Debatten, die es durchaus wert sind, im Unterricht aufgegriffen zu werden. Dies zeigte unlängst eine deutsche Vereinigung der Mathematiklehrkräfte *Mathematik-Unterrichts-Einheiten-Datei e. V.* (kurz M.U.E.D. e. V.)¹⁸¹ mit einer entsprechenden Suchmaske auf ihrer Webseite, wo selbst die Schnelltests für Corona Anlass zu mathematischen Analysen im Pandemiekontext geben.

Demokratievermittlung ist zwar in den Aufgaben der Schulen enthalten und wird vom Gesetzgeber gewünscht,¹⁸² scheitert aber oft an fehlender Ausbildung der Lehrkräfte, die nicht wissen, wie sie über die übliche Klassen- und Schulvertretung hinaus demokratische Kultur lebendig im Schulalltag gestalten sollen. Empowerment der Schüler*innen bei Fragen der Unterrichtsgestaltung stößt oft auf Ablehnung bei Lehrkräften, weil solch ein Vorgehen scheinbar die eigene Autorität infrage stellt oder als Zeitverlust für die zu unterrichtende Materie eingestuft wird.

Dass demokratische Teilhabe auch eine wichtige Kompetenz ist, die es lohnt, in der Schule einzuüben, wird oft ignoriert, wie aus den Daten der Externen Evaluierung¹⁸³ Ostbelgiens im folgenden Teil hervorgeht. Die Fokussierung auf Wissensvermittlung, die nur einem Viertel des Flügels des in Abbildung 18 zu findenden Kompetenzschmetterlings des Europarates entspricht und dazu noch gleichberechtigt kritisches Denken benennt, ist aber für die Vermittlung von demokratischer Kultur unzureichend. Denn es fehlen die Kompetenzen, Fähigkeiten und die entsprechende Haltung (im Schmetterling: Einstellung). Dafür muss im Schulalltag Platz geschaffen werden, auch wenn dafür zwei, drei Themen des Rahmenplans aus Zeitgründen entfallen müssten.

Wie klappt es mit der Vermittlung von politischer Bildung in Ostbelgien? Die Perspektive der Externen Evaluation

Eine wichtige Rolle für die Weiterentwicklung und Verbesserung von Angeboten zur Förderung politischer Bildung an Schulen ist die Evaluierung der Umsetzung von demokratischer Kultur, egal ob es um den handlungs- oder den wissensorientierten Bereich geht. Wie Demokratieverständnis in ostbelgischen Schulen vermittelt wird, überprüft unter anderem die Externen Evaluation. Seit August 1998 sieht das Grundlagendekret der ostbelgischen Regierung eine externe Evaluation als Hilfestellung für die Schulen zu einer verbesserten Unterrichts- und Schulqualität vor. Ein Orientierungsrahmen gibt dabei vor, wie Qualität im Einzelnen zu definieren ist. Die Externe Evaluation soll mit ihrer Arbeit die Selbstverantwortlichkeit der Schulen stärken bei der Umsetzung von Schulentwicklungen.

Partizipation und Teilhabe sind in vielen Bereichen aktuell Schlüsselbegriffe, so auch im Bildungssystem. Im *Dekret über den Auftrag an die Schulträger und das Schulpersonal sowie über die allgemeinen pädagogischen und organisatorischen*

*Bestimmungen für die [Regel- und Förderschulen]*¹⁸⁴ ist dem Recht auf Mitwirkung und Mitbestimmung der Schüler*innen ein eigenes Kapitel gewidmet. In Kapitel 5 Abschnitt 3 Art. 55 wird beschrieben, dass die Schüler*innen ein Recht auf Mitbestimmung in den Bereichen haben, die sie direkt betreffen. Die Sekundarschulen sind so verpflichtet, eine gewählte Schüler*innenvertretung einzurichten. In der Primarschule besteht ebenfalls die Möglichkeit dazu, wird aber bisweilen nicht wahrgenommen. Ein Nicht-Zustandekommen dieses Gremiums hebt jedoch nicht das Recht auf Mitbestimmung auf.

Im Schulentwicklungsprojekt sollte definiert werden, wie und in welchen Bereichen Partizipationsmöglichkeiten gewährleistet werden. Nach einer gemeinsamen Erarbeitung mit dem pädagogischen Rat,¹⁸⁵ der für die Schulentwicklung durch den Schulträger (Staat oder katholische Kirche) an den Regelschulen zur Unterstützung eingesetzt wird, genehmigt der Schulträger die Mitbestimmungsmodalitäten.

Die Externe Evaluation besucht die Schulen, um dort u. a. auf Basis von Beobachtungsbögen zu evaluieren, wie es um die Partizipationsmöglichkeiten der Schüler*innen bestellt ist. Zwischen den Jahren 2016 und 2021 zeigte sich z. B., dass in manchen Klassen Klassenräte eingerichtet wurden, in Schulen Schülermitbestimmungsgremien und Schüler*innen sich in Kinderräte (Kindergemeindeparlament) ihrer Gemeinden eingebracht haben.¹⁸⁶ Der Bericht zeigte auch Potentiale auf, so bescheinigte er, dass nur in rund einem Drittel der Schulen ein Feedback von Schüler*innen angedacht ist oder systematisch eingeholt wird.

Die Evaluation zeigte großen Handlungsbedarf in Hinblick auf Schülerpartizipation und politische Bildung auf. So wurde auf die Notwendigkeit der Schulung der Debattenkompetenz im Rahmen eines integrativen und fächerübergreifenden Deutschunterrichts verwiesen und zudem dafür plädiert, systematisch Feedback von Schüler*innen einzuholen, um den Unterricht weiterzuentwickeln. Auch die Einrichtung von Klassenräten befürwortete das Team der Externen Evaluation, weil diese die Teilhabe der Schüler*innen fördert und sie dabei unterstützt, ihre eigene Meinung zu bilden bzw. zu vertreten und gesellschaftsrelevante Kompetenzen wie Kompromissbereitschaft, Zuhören können etc. einzuüben.

Interessanterweise spricht die Externe Evaluation dabei genau eben jene Kompetenzen an, die sich im Schmetterling in den Flügeln *Fähigkeiten* und *Einstellungen* finden, woraus sich ableiten lässt, dass der politischen Bildung dringend mehr Platz im Schulbetrieb eingeräumt werden muss. Überdies ergibt sich daraus die Notwendigkeit, auch die Lehrkräfte entsprechend zu schulen bzw. fortzubilden, damit sie in der Lage sind, Lernprozesse entsprechend anzulegen, durchzuführen und zu evaluieren.

Quo vadis politische Bildung im ostbelgischen Schulsystem?

Wie man an den obigen Ausführungen der Externen Evaluation erkennen kann, sind Schulen in Ostbelgien momentan noch nicht in der Lage, relevante Themen aus dem Bereich der Teilhabeförderung und der politischen (Medien)Bildung, wie z. B. Fake News und Hate Speech systematisch im Unterricht anzugehen, da an den meisten Schulen die Grundlagen der handlungsorientierten politischen Bildung noch nicht gewährleistet sind und dafür qualifizierte Lehrkräfte fehlen. So entsteht eine Zwickmühle: Denn politische Bildung muss gemäß dem Dekret fächerübergreifend vermittelt werden. Am Rahmenplan orientierte Leitfäden, wie z. B. der zu politischer Bildung oder der zu Medienkompetenzen sind aber nicht verpflichtend.¹⁸⁷ Wenn es der Lehrkraft an einer entsprechenden Ausbildung fehlt, wird sie es immer vorziehen, diese Themen auszuklammern, weil die pädagogische Freiheit es ihr erlaubt. Hier liegt auch ein zentrales Problem des ostbelgischen Schulsystems: Denn innerhalb Ostbelgiens werden an der Autonomen Hochschule Ostbelgien (AHS) nur Bachelor-Studiengänge für das Lehramt im Kindergarten und an der Primarschule angeboten. Politische Bildung spielt dort im Rahmen der grundständigen Lehramtsausbildung eine untergeordnete Rolle. Lediglich 15 Stunden der Ausbildung sind für ein mit einem ECTS Punkt bewertetes Teilmodul zum Thema *Bürgerkunde* vorgesehen.¹⁸⁸

Lehrkräfte der Sekundarschule werden in Ostbelgien nicht ausgebildet. Sie müssen ihr Studium in anderen Landesteilen (dann auf Französisch oder Niederländisch) oder im angrenzenden Ausland absolvieren. Oder sie können an der Autonomen Hochschule Ostbelgien in Eupen ein Zertifikatsstudium aufnehmen, um im ostbelgischen Sekundarschulsystem zu unterrichten. Dieses gibt es in zwei Zweigen:

- a) als CAP für Interessierte mit Meisterabschluss, Bachelor oder belgischem Vor-Bologna-Prozess-Äquivalent, die technische Fächer unterrichten möchten, im Umfang von 15 ECTS Punkten¹⁸⁹
- b) als CAP+, wenn sie einen Bachelor, einen Master oder ein belgisches Vor-Bologna-Prozess-Äquivalent besitzen und allgemeinbildende Fächer unterrichten wollten, im Umfang von 30 ECTS Punkten.¹⁹⁰

Weder im CAP+ noch im CAP sind Kurse vorgesehen, die sich explizit mit Fragen der politischen Bildung befassen. Im CAP und CAP+ gibt es zwar einen Kurs, der auch mit *Lernen und lehren mithilfe von IKT* befasst, allerdings ist auch hier fraglich, ob es binnen der vorgesehenen 15 Stunden Unterrichtszeit, die mit 1 ECTS vergütet werden, eine Einheit zur politischen Medienbildung gibt; eine solche war zumindest für den Jahrgang 2020–2022 nicht vorgesehen.¹⁹¹ Politische Bildung spielt also in den Bachelor- und Zertifikatsstudiengängen der Autonomen Hochschule eine untergeordnete Rolle.

Daher können Lehrkräfte, die an der Sekundarschule unterrichten, sich lediglich im Rahmen des sog. Weiterbildungskatalogs im Bereich der politischen Bildung fortbilden.¹⁹² Im Schuljahr 2021/2022 konnte das ostbelgische Bildungspersonal so beispielsweise folgende Veranstaltungen besuchen, die dem Bereich Demokratiepädagogik zugeordnet waren:

*Tabelle 4: Weiterbildungen für das ostbelgische Bildungspersonal in Kindergarten (KG), Primarschule (PS), Sekundarschule (SS) und Schulleitungen/Koordinator*innen (SL)¹⁹³*

Titel	Anbieter	Besuchbar für
Elternarbeit in einer interkulturellen Schule	Info-Integration	KG, PS, SS, SL
Politik – mitmachen statt motzen	Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft	SS
Zwischen Pausenbrot und geheimen Machenschaften. Zum Umgang mit Verschwörungsmythen in der Kinder- und Jugendarbeit	Wegweiser	KG, PS, SS, SL
Politik – ein Kinderspiel	Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft	PS
Soziale Medien sicher und bewusst nutzen	Institut für Demokratiepädagogik, Autonome Hochschule Ostbelgien	KG, PS, SS, SL
Der Vorlauteste hat nicht immer Recht!	Institut für Demokratiepädagogik, Autonome Hochschule Ostbelgien	KG, PS, SS, SL
Fake News im Netz – politische Bildung im Klassenraum	Institut für Demokratiepädagogik, Autonome Hochschule Ostbelgien	PS, SS
Fit für Vielfalt	Info-Integration	KG, PS, SS, SL

Der Besuch der in Tabelle 4 benannten Fortbildungen war für die ostbelgischen Lehrkräfte jedoch optional und mit keinerlei Vorteilen verbunden. Im Regelfall kamen daher nur interessierte Lehrkräfte. Bisweilen entfielen sogar Fortbildungen, weil es zu wenig interessierte Lehrkräfte gibt, dies war auch bei mindestens zwei der Fortbildungen aus Tabelle 4 der Fall.¹⁹⁴ Um allerdings Lehrkräfte im Bereich

der politischen Bildung nachhaltig aus-, fort- und weiterbilden zu können, wäre es wünschenswert, entsprechende Bausteine oder Module curricular oder anderweitig obligatorisch zu verankern.

Auch ein Blick über die Grenze belegt, dass politische Bildung kein verpflichtender Bestandteil der grundständigen Lehramtsausbildung an der RWTH Aachen ist, was allerdings insofern konsequent ist, als dass politische Bildung innerhalb Deutschlands in einem eigenen Schulfach unterrichtet wird, für das Lehrkräfte gezielt ausgebildet werden.¹⁹⁵ Dennoch wäre auch hier notwendig, dass in jedem Fach auf die Schnittpunkte mit politischer Bildung verwiesen würde. Das würde fächerverbindenden Unterricht in politischer Bildung vereinfachen.

Interessant ist auch ein Blick nach Rheinland-Pfalz. Das rheinland-pfälzische Schulgesetz misst der Demokratiebildung einen hohen Stellenwert bei: So ist diese als fächerübergreifendes Querschnittsthema in allen fachdidaktischen Seminaren sowie im berufspraktischen Seminar im Curriculum verankert. Das bedeutet, dass diese nicht nur in Fächern wie Sozialkunde oder Geschichte Thema ist, sondern alle Fächer betrifft.¹⁹⁶ Es wurde beispielsweise festgeschrieben, dass jede*r Anwärter*in im Rahmen des Vorbereitungsdienstes verpflichtend eine Gedenkstätte mit Bezug zum Nationalsozialismus besucht. Angehende Lehrkräfte sollen so in der Menschenrechtsbildung gestärkt werden und sich zugleich intensiv mit Formen der Diskriminierung, des Rassismus und der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit beschäftigen.¹⁹⁷

Das Angebot der AHS im Bereich Medien- und Informationskompetenz

Wenn es um praktische Medienkompetenz geht, findet man nicht nur im Medienlabor des Medienzentrums Gelegenheit, sich darüber zu informieren wie ein Film oder Videoclip gemacht wird und kann dabei erfahren, wie Bilder und Geschichten manipuliert werden können. Die Fachberatung Medien an der AHS unterstützt auch Lehrpersonen mit praktischen Materialien und Handreichungen für den Schulunterricht. Diese Materialien leisten Hilfestellung dabei, Medien zu hinterfragen und Schüler*innen zu befähigen, in der Praxis die Information von Desinformation zu unterscheiden und entsprechende Konsequenzen zu ziehen. Es kann desillusionierend sein, wenn man begreift, dass mithilfe eines grünen Screens auch Teppiche zum Fliegen gebracht und Animationen in Filmen so entzaubert werden. Dennoch ist es eine wertvolle Erfahrung, zu erkennen, dass Medien auch manipuliert werden können und es bisweilen sehr schwierig ist, eine Manipulation als solche zu erkennen, wie das Beispiel des deutschen Satirikers Jan Böhmermann und die Verwirrung um sein Varoufakis Video zeigten.¹⁹⁸

In diesem Zusammenhang ist auch der Ostbelgien Kanal¹⁹⁹ ein gutes Beispiel, um einen Einblick in das Metier der Filmschaffenden zu erhalten. Der Offene Kanal ist der einzige Bürgerfernsehsender Belgiens. Er erlaubt es Bürger*innen Filme zu drehen, um über regionale Geschehnisse zu informieren. So kann die Teilhabe

der Bürger*innen bei der Meinungsbildung erreicht werden. Der Prozess des Filmemachens wird auf Wunsch mit technischer Beratung für Drehbuch, Kamera und Settings begleitet.

Wichtig ist heutzutage, dass zu jeder Veranstaltung politischer Bildung, insbesondere zu Angeboten, die sich mit dem Thema Fake News und Hate Speech direkt auseinandersetzen, im Vorhinein ein Konzept erarbeitet wird, wie man mit Menschen umgeht, die diesen Phänomenen kritiklos gegenüberstehen.

Die Fachberatung Medien an der AHS²⁰⁰ beschreibt ihre Rolle für Medien- und Informationskompetenz an Primarschulen wie folgt:

„Die Fachberatung Medien der AHS Ostbelgien sieht ihre Aufgabe, wie ihr Name schon sagt, in der Beratung von Akteur*innen des Unterrichtswesens. Allgemeine Informationen können ständig der immer wieder aktualisierten Internetseite entnommen werden: Neben Apps, Webseiten, Büchern, Tutorials und Weiterbildungsangeboten können hier auch selbsterstellte, sofort einsetzbare Unterrichtskonzepte, die den Rahmenplänen und dem Leitfaden IMK Ostbelgiens entsprechen, heruntergeladen werden.“²⁰¹

In besonderen Situationen, wie beispielsweise während der Coronapandemie oder zur Ankunft der ukrainischen Geflüchteten werden und wurden in Zusammenarbeit mit Partner*innen, die sich professionell auch mit dieser Situation auseinandersetzen müssen, spezifische multimediale Angebote ausgesucht, ausprobiert und vorgestellt.

Auch für Kinder mit besonderen Bedürfnissen werden in Zusammenarbeit mit Lehrern, Eltern und zuständigen Diensten Anpassungen auf digitalen Geräten vorgenommen und begleitet sowie angepasste digitale Werkzeuge empfohlen.

Auf Wunsch finden persönliche Beratungsgespräche, Weiterbildungen oder Konferenztage für Lehrpersonen zu Themen statt, die von den Teilnehmenden vorgeschlagen werden. Des Weiteren werden Anfragen des Ministeriums und der verschiedenen Kabinette bearbeitet.

Zu der im Rahmen der Überarbeitung des Leitfadens IMK hinzugefügten 6. Kompetenz (Problemlösen und Modellieren) werden zurzeit Materialien getestet und diesbezügliche Unterrichtsvorbereitungen ausgearbeitet, damit die Implementierung dieser neuen Kompetenz möglichst sinnvoll und problemlos erfolgen kann.

Anhand eines monatlichen Newsletters²⁰² und diverser Fragebögen wird im Hinblick auf ein möglichst passgenaues Angebot der Kontakt zu allen Akteur*innen des Schulwesens gesucht. In diesem Zusammenhang werden immer wieder beispielhafte Unterrichtseinheiten von Kolleg*innen, die ebenfalls aktiv mit den digitalen Medien arbeiten, mit deren Einwilligung vorgestellt und im Newsletter veröffentlicht.

Allgegenwärtiges Leitbild der Fachberatung ist das 4 K-Modell. Die vier Kompetenzen, die für Lernende im 21. Jahrhundert von herausragender Bedeutung

sind, nämlich Kreativität, Kooperation, Kommunikation und kritisches Denken, stehen dabei im Mittelpunkt. Ostbelgiens Schüler*innen sollen zu mündigen Mediennutzer*innen werden!

Zur Veranschaulichung des Grundgedankens der Erziehung zur kritischen Mediennutzung seien an dieser Stelle beispielhaft drei Unterrichtseinheiten zur Mediennutzung aufgeführt: Klassenlektüre hAPPy-Der Hund im Handy, Sicherheit im Netz, sich auskennen mit persönlichen Daten, Cookies, Passwörtern und Zustimmungsklauseln²⁰³ und sicher unterwegs im Internet.“

Die Bildung zur Medienkompetenz muss früh starten, wie wir im obigen Beitrag gelernt haben. Wichtig sind aber auch in der Thematik ausgebildete Menschen, die ihr Wissen verbreiten können, institutionell oder auch in der Zivilgesellschaft. Die sogenannten Multiplikator*innen haben eine wichtige Aufgabe in der Gesellschaft.

Bisher wurden die Anstrengungen, die im ostbelgischen Schulwesen im Bereich der politischen (Medien)Bildung und der Medien- und Informationskompetenz unternommen werden bzw. wurden vorgestellt. Das Angebot ist für eine kleine Region sehr vielfältig. Vorschläge, wie es effizienter wirken kann, wurden erläutert. Im Folgenden werden Angebote aus dem grenznahen Ausland vorgestellt.

Eine Bestandsaufnahme verschiedener Luxemburgischer Best Practices aus der politischen Bildung

Das luxemburgische *Zentrum fir politesch Bildung* verfasst pädagogische Handreichungen und hält Fortbildungen für Multiplikator*innen, organisiert Workshops für junge Menschen und Erwachsene, nimmt an öffentlichen Veranstaltungen rund um das Thema Fake News teil und hat nun auch zwei Webtools online gestellt, die zu einer breiteren Sensibilisierung rund um das Thema beitragen und ganz konkrete Anregungen geben wie ein*e jede*r die Verbreitung von Falschnachrichten und Verschwörungsmymen im Alltag vermindern kann.

Gut gerüstet durch den Informations-Dschungel! Zwei Webtools als Orientierungshilfe

Demokratie lebt auch davon, dass informierte Bürger*innen sich für ihre Überzeugungen einsetzen, sich in öffentliche Debatten einbringen oder jene Menschen unterstützen bzw. wählen, die ihre Überzeugungen teilen. Angesichts der Flut an Informationen, denen wir heute alltäglich begegnen, scheint es allerdings immer schwieriger, Fakten von Falschnachrichten und Verschwörungserzählungen zu trennen. Die mittlerweile allgegenwärtigen Filterblasen machen es schwer, mit Andersdenkenden in Kontakt zu treten und sich mit anderen Ansichten als den eigenen auseinanderzusetzen.

Aus diesem Grund hat das luxemburgische *Zentrum fir politesch Bildung* gleich zu Beginn der Coronapandemie – zu einem Zeitpunkt, an dem sowohl

die Nachrichtenbeschaffung als auch der soziale Austausch online stattfanden – zwei Webtools veröffentlicht, die Orientierung bieten im Umgang mit Onlinenachrichten. Das Tool *filterbubble.lu*²⁰⁴ soll dazu beitragen, Filterblasen zum Platzen zu bringen. Die Webanwendung *propaganda.guide*²⁰⁵ hilft dabei, Falschinformationen oder Verschwörungsmythen zu entlarven und dem/der Leser*in einen Eindruck zu verschaffen, ob eine Botschaft ihn/sie informieren oder eher in eine Richtung drängen möchte.

propaganda.guide

Propaganda.guide wurde im Rahmen der Ausstellung *Staat der Täuschung* entwickelt, die sich mit dem Thema NS-Propaganda, deren Mechanismen und deren Wirkung auseinandersetzt. Mit der Ausstellung lässt sich auch der Bogen zur Gegenwart spannen. Das *Zentrum für politisch Bildung (ZpB)* erweiterte die Ausstellung um ein pädagogisches Begleitprogramm und wollte vor allem auf die Mechanismen von Propaganda und gezielter Manipulation aufmerksam machen. Inspiriert durch ein kleines Handout der Gedenkstätte *Kazerne Dossin* (Mechelen, Belgien) entschloss sich das ZpB für zwei unterschiedliche Formate: ein beidseitig bedrucktes A3-Poster sowie ein Onlinetool.²⁰⁶

Das Poster trägt auf der einen Seite ein Motiv, das Aufmerksamkeit auf sich zieht, und auf der anderen Seite jene zehn Leitfragen, mit denen Botschaften hinterfragt werden können. Das Onlinetool wurde einige Wochen später entwickelt, die Fragen aufgrund erster Feedbacks leicht angepasst und Mitte des Jahres 2020 veröffentlicht.

In den vergangenen beiden Jahren wurde *propaganda.guide* in Workshops mit Jugendlichen und Erwachsenen genutzt, bei öffentlichen Veranstaltungen vorgestellt, über die Medien bekannt gemacht und in die große Ausstellung rund um Verschwörungsmythen *Gleefdat net!*²⁰⁷ des Lëtzebuerg City Museums in Luxemburg integriert. In den Workshops werden Feedbacks der Teilnehmer*innen am Ende der jeweiligen Workshops eingeholt. Eigens hierfür entwickelte Feedbackformulare wurden allerdings bisher nur selten eingesetzt. Punktuelle Feedbacks erhält das ZpB darüber hinaus von Nutzer*innen, die das Tool ausprobieren.

Nach zwei Jahren scheint eine inhaltliche Anpassung notwendig. Der Nutzen des Tools wurde von niemandem grundsätzlich infrage gestellt, einzelne Fragestellungen sowie die Anzahl der Fragen könnten allerdings überarbeitet werden. Die bisherigen Feedbacks lassen noch keine Rückschlüsse darauf zu, inwiefern das Tool zu nachhaltigen Veränderungen bei der Wahrnehmung z. B. von Botschaften geführt hat.

filterbubble.lu

Anstoß zu *filterbubble.lu* gab die Arbeit der Grafikdesignerin Lisa JASCH, die sich im Rahmen ihrer Masterarbeit mit dem Thema Filterblasen auseinandersetzte.

Gemeinsam entschied das ZpB, die analogen Fragen in ein Onlinetool zu verwandeln und es durch eine pädagogische Handreichung zu erweitern. Inhaltlich wurden einige der Fragen angepasst. Mitarbeiter*innen des ZpB formulierten – sowohl an Jugendliche als auch an Erwachsene angepasste – Fragen, die der Benutzung des Tools vorausgehen sowie Fragen zum Umgang mit dem Ergebnis des Tests. Bevor filterbubble.lu online ging, wurden sämtliche Funktionalitäten der Webseite mehrfach getestet. Inhaltlich wurden keine Änderungen gegenüber der analogen Version mehr vorgenommen.

In den vergangenen beiden Jahren wurde filterbubble.lu bereits über 31.000 Mal angeklickt, in Workshops mit Jugendlichen und Erwachsenen genutzt, über die Medien bekannt gemacht und bei öffentlichen Veranstaltungen vorgestellt. Genau wie bei propaganda.guide, wurden Feedbackfragebögen entworfen, um mehr über die kurz- und langfristige Wirksamkeit des Tools herauszufinden. Bisher wurden diese Fragebögen (einer gleich im Anschluss des Workshops, einer zwei Wochen später) allerdings nur selten ausgefüllt, sodass Rückschlüsse zurzeit noch schwierig sind. Die zahlreichen anstehenden Workshops werden Gelegenheit bieten, dies nachzuholen und das Tool gegebenenfalls anzupassen.

Best Practices aus Rheinland-Pfalz

Die *Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz* setzt auf unterschiedliche Formate, um über Hate Speech, Verschwörungserzählungen und Fake News zu informieren, beim Umgang damit zu unterstützen und die politische Medienbildung bei den rheinland-pfälzischen Bürger*innen zu stärken. Exemplarisch seien hier drei Formate herausgegriffen.

Argumentations- und Kompetenztrainings: Stark gegen Vorurteile

Die Fachstelle gegen Diskriminierung für kulturelle Vielfalt in der Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz beschäftigt sich seit vielen Jahren mit den diversen Formen von Intoleranz und Diskriminierung, autoritären Weltbildern und Nationalismen im Rahmen der politischen Bildungsarbeit. Sie will in ihrer Arbeit realitätsnahe Konzepte für Toleranz und einen erfolgreichen Zusammenhalt in der Gesellschaft vermitteln. Dies geschieht überwiegend durch Vermittlung der Trainingsformate Argumentationstraining gegen Stammtischparolen, Argumentationstraining gegen Antisemitismus, Zivilcourage-Training und Kompetenztraining Respekt.²⁰⁸ Die ersten drei Formate richten sich an alle Interessierten in Rheinland-Pfalz, die Handlungsstrategien zum Umgang mit diskriminierenden Verhaltensweisen im Alltag erlernen möchten. Für das Kompetenztraining Respekt wurde das Argumentationstraining für die Zielgruppe der Geflüchteten weiterentwickelt und angepasst sowie Trainingsleitende mit Migrationshintergrund ausgebildet, die auch das Team

für die Argumentationstrainings ergänzen. Auch hier werden mittels diverser interaktiver Übungen unterschiedliche Wahrnehmungen und Sichtweisen verhandelt mit dem Ziel, Vorurteile unterschiedlichster Couleur abzubauen sowie Differenzen anerkennen und tolerieren zu können. Die Trainings empowern die Teilnehmenden und machen sie so stark gegen Hassrede.

Digitale Zivilcourage

Doch wie soll man speziell mit den Phänomenen wie Fake News, Hate Speech und Verschwörungserzählungen im digitalen Raum umgehen? Darum geht es in den Workshops *Digitale Zivilcourage*, die die Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz seit September 2018 in Kooperation mit medien.rlp – Institut für Medien und Pädagogik e. V. anbietet. Junge Erwachsene, Erwachsene und Multiplikator*innen aus Rheinland-Pfalz werden hier für die Besonderheiten der neuen Medien sensibilisiert und in ihrer politischen Medienkompetenz gestärkt.

Die Workshops werden bedarfsorientiert angeboten und inhaltlich an die jeweilige Zielgruppe angepasst. Im Zentrum der Workshops stehen die Themen Sprache und Framing, Hassrede, Desinformationen sowie die Frage nach Handlungsoptionen und Möglichkeiten der Teilnehmenden, diesen zu begegnen. Ziel ist es, sich selbstbestimmt und couragiert im Internet und den entsprechenden Medienangeboten orientieren, bewegen und interagieren zu können.

Auf der Jagd nach Fake News: Über das Planspiel Fake Hunter

Eine gute Möglichkeit der spielerischen Vermittlung von Medienkompetenz sind Planspiele. Exemplarisch zeigt dies das deutsche Projekt *Fake Hunter*. Entwickelt wurde das Planspiel ursprünglich für öffentliche Bibliotheken in Schleswig-Holstein, die es dann mit den Schulen vor Ort durchführen. Inzwischen ist es im gesamten deutschsprachigen Raum verbreitet. Während des Planspiels lernen die Schüler*innen ab der siebten und achten Klasse (und mittlerweile auch Grundschüler*innen) Fake News aufzudecken. Sie werden dabei in kleinen Teams detektivisch tätig. Mithilfe der Fake-Prüfwerkzeuge und diverser verlässlicher Quellen aus Internet, Datenbanken und Bibliotheken können sie Fakten überprüfen, verifizieren oder als Fake News entlarven.²⁰⁹

In Rheinland-Pfalz wurde von der Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz gemeinsam mit dem Landesbibliothekszentrum Rheinland-Pfalz und medien.rlp – Institut für Medien und Pädagogik e. V. ein Fortbildungsangebot entwickelt, in dem Mitarbeiter*innen öffentlicher Bibliotheken in Rheinland-Pfalz nicht nur das Planspiel kennenlernen, sondern darüber hinaus Ihre eigene Informations- und Recherchekompetenz weiterentwickeln und vertiefende Erkenntnisse im Bereich der Medienkritik gewinnen konnten.

Im Rahmen der Fortbildung, die im Frühjahr und Herbst 2021 stattfand, erhielten die Teilnehmer*innen eine didaktische Arbeitshilfe sowie weitere

Materialien und einen exklusiven Zugang zum Newsportal *Supernews*, um das Planspiel mit den Schüler*innen in ihrer Bibliothek durchführen zu können. Insgesamt beteiligten sich in zwei Fortbildungsrunden 2020/2021 in dem Bundesland 25 Bibliotheken.²¹⁰

Handlungsempfehlungen

Im abschließenden Teil dieses Kapitels werden nun unsere Vorschläge und Gedanken für ein effizienteres gemeinsames Vorgehen aller Beteiligten in der Gesellschaft zusammengefasst. Demokratische Kultur fördern heißt vor allem, sich der Defizite bewusst zu werden, und dann versuchen, sie zu beheben.

Ziel ist es, wie zu Anfang dieses Kapitels im Schmetterling des *Europäischen Kompetenzrahmens für demokratische Kultur* dargestellt, demokratische Werte zu stärken, Fähigkeiten für handlungsorientierte Umsetzung derselben zu verbessern, die positive Einstellung zur Demokratie im Alltag bewusst zu vertreten und letztendlich durch mehr und besseres Sachwissen und eine verbesserte Medien- und Informationskompetenz die Bürger*innen zu kritischer Positionierung gegenüber Fake News und Hate Speech zu befähigen.

Digitale Zivilcourage stärken

Die digitale Zivilcourage ist als ein Bestandteil der politischen Medienbildung zu sehen. Im Umgang mit Fake News, Hate Speech und Verschwörungserzählungen kommt ihr eine besondere Bedeutung zu. Denn gerade weil diese Phänomene im Netz zunehmen und Studien zeigen, dass Menschen mehr und mehr davon betroffen sind, ist jede*r Einzelne gefragt, die Stimme zu erheben. Ähnlich wie sich das gesellschaftliche analoge Leben auf Zivilcourage stützt, braucht es die Übernahme von Verantwortung auch im digitalen Raum.

Dazu gehört es im Fall von Hate Speech, Menschenfeindlichkeit als solche auch zu benennen. Denn sonst besteht die Gefahr, dass eine aggressive Minderheit die Kommentarspalten beherrscht und Gruppen, die besonders von Hassrede betroffen sind, mehr und mehr verstummen.²¹¹ Diese Form der Gegenrede wird auch *Counterspeech* genannt. Betroffene und/oder ihre Verbündeten beziehen hierbei aktiv Stellung gegen Hasskommentare, Fake News und Verschwörungserzählungen und lassen sie so nicht unwidersprochen stehen.

So empfiehlt die deutsche Amadeu Antonio Stiftung neben dem Ignorieren das Moderieren, das Diskutieren und das Ironisieren als Gegenstrategien im Umgang mit Hate Speech.²¹² *Ignorieren* kann sinnvoll sein, um Debatten ins Leere laufen zu lassen und Trollen keine weitere Vorlage zu geben. Der Nachteil ist jedoch, dass Debatten so von einer lauten Minderheit, den Hater*innen, dominiert

werden. Eine aktivere Lösung stellt daher das *Moderieren* dar. Als Seiteninhaber*in einer Facebook-Seite können problematische Inhalte gelöscht oder verborgen werden. *Diskutieren*, also zum Beispiel Aussagen mit Fakten zu widerlegen oder diskriminierende Inhalte als solche zu benennen, ist eine weitere Strategie. Meist ist das Gegenüber aber in Bezug auf Argumente nicht mehr erreichbar. Das macht das Diskutieren mühsam. Dennoch ist es wichtig, zu zeigen, dass menschenverachtende Aussagen nicht einfach stillschweigend akzeptiert werden. Auch *Ironisieren* kann eine wirkungsvolle Methode der Gegenrede sein. Humor kann deeskalierend wirken. Allerdings ist dies situationsbezogen: in manchen Diskussionen kann er die Fronten noch weiter verhärten.

In welcher Form man also auf Hassrede reagiert, muss jede*r für sich selbst abwägen. Zudem ist nicht von der Hand zu weisen, dass, wie die deutsche Beratungsstelle *HateAid* anmerkte, mit Zivilcourage immer ein gewisses persönliches Risiko verbunden sein kann.²¹³

Natürlich ist es nicht so, dass die sozialen Medien ein rechtsfreier Raum wären. Zwar pochen die Verbreiter*innen von Fake News, Hassrede und Verschwörungserzählung mit Vorliebe auf das Recht der Meinungsfreiheit – und selbstverständlich ist dieses in einer Demokratie unverzichtbar und ein hohes Gut –, dennoch reicht diese eben nur so weit, „bis die Rechte anderer verletzt werden“²¹⁴. Beleidigung, üble Nachrede, Verleumdung etc. sind Straftatbestände, die bei Hate Speech und Fake News zutreffen können und auch entsprechend verfolgt werden. Aus diesem Grund kann jeder und jede Einzelne Zivilcourage im Netz zeigen, indem er oder sie Kommentare, die menschenfeindliche, diskriminierende oder rassistische Äußerungen enthalten, meldet bzw. bei der Polizei anzeigt:

- *Melden*: Die meisten Betreiber*innen von sozialen Netzwerken bieten die Möglichkeit an, Kommentare, die gegen die Gemeinschaftsstandards oder das deutsche Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG) verstoßen, zu melden. Durch wenige Klicks lassen sich so beleidigende und diskriminierende Kommentare und Posts zur Überprüfung an soziale Netzwerke senden.
- *Anzeigen*: Dies ist z. B. bei der nächsten Polizeiwache oder über die Online-Wachen der Polizei im Internet möglich. Wer anonym bleiben möchte oder sich unsicher ist, ob eine Meldung strafrechtlich relevant ist, kann sich zudem auch an verschiedene Meldestellen gegen Hass im Netz wenden. Diese prüfen die Meldung und geben die Inhalte dann an die Ermittlungsbehörden weiter. Zu nennen ist hier beispielsweise die Meldestelle *REspect! Gegen Hetze im Netz*.²¹⁵ Interessant ist in diesem Zusammenhang auch, dass die Meldestelle gemeinsam mit anderen Projektpartner*innen, darunter Kaleido aus Ostbelgien, im Rahmen des Erasmus+ Projekts *One Step Beyond* an einem transnationalen Meldeportal gegen Hate Speech arbeitete.²¹⁶

Politische Teilhabe: früh übt sich, wer ein*e mündige*r Bürger*in werden will

Der Schlüssel für die nachhaltige Etablierung einer demokratischen Kultur ist sicherlich ein frühzeitiges Erlernen politischer Teilhabe – im weitesten Sinne als Entscheidungsprozesse im Alltag und in der Schule verstanden.

Dazu gehört in der Schule der vertiefte und reflektierte Umgang mit den Medien, also nicht nur die Handhabung von Smartphones, Computern und Tablets, sondern auch die technischen Grundkenntnisse (bspw. im Bereich des Programmierens), sowie das Verständnis der größeren Zusammenhänge hinter den Kulissen der glänzenden Gerätschaften: Geopolitik der Rohstoffe, wirtschaftliches Wachstum, Algorithmen und Manipulation, ...

Wer gelernt hat, Weltpolitik in seinen lokalen Alltag einzubeziehen, sieht mehr, denkt kritischer, lernt Dinge wissenschaftlich miteinander zu verknüpfen und weiß, wie Nachrichten auf Seriosität geprüft werden.

Wer weiß, wie wissenschaftliches Arbeiten und Wissenschaftskommunikation funktionieren, versteht, dass eine kontinuierliche Kommunikation über die Weiterentwicklung von Forschungserkenntnissen notwendig ist. Denn Fachwissen – oder im Schmetterling Wissen und *kritisches Denken* – trägt dazu bei, dass weniger Menschen von Verschwörungserzählungen manipuliert werden können. Der Unterricht in der Schule muss daher nicht nur wissenschaftspropädeutisch angelegt sein, sondern sich auch aktiv mit den gesellschaftlichen Auswirkungen wissenschaftlicher Erkenntnis in sozio-politischen Zusammenhängen auseinandersetzen.

Multiplikator*innen durch Train-the-trainer Formate stärken

Eine besondere Rolle bei der Vermittlung von Fähigkeiten und der Förderung einer kritischen Haltung haben Lehrpersonen. Nicht nur im schulischen Bereich, sondern auch in Jugendorganisationen oder Bildungsinstitutionen, überall dort, wo demokratische Kultur vorgelebt und vermittelt wird. Deswegen sind Formate wie z. B. die Speak Up! Tagung, das Programm des Besucherdienstes des Parlamentes und gemeinschaftliche außerschulische Angebote der Zivilgesellschaft geeignete Gelegenheiten, Erwachsenen und Jugendlichen neue Kontexte zum aktiven Austausch anzubieten, und um handlungsorientiert demokratische Kompetenzen auszuprobieren. In Zeiten, in denen Influencer*innen eine zunehmend wichtigere Rolle im Alltag junger Menschen einnehmen, darf sich Demokratiepädagogik nicht auf trockene Wissensvermittlung beschränken.

Wesentlich ist, dass es ein kontinuierliches und konsistentes Angebot gibt, dass Institutionen der Region miteinbezieht, die sich im Bereich politische Bildung engagieren. Dabei ist es wichtig, entsprechende Angebote zu strukturieren und miteinander zu vernetzen, sodass auch Synergieeffekte genutzt werden können.

Im Bereich der Medien- und Informationskompetenz bietet es sich beispielsweise an, dass Mitglieder der Vernetzungsstelle Speak Up! mit Presse bzw. Polizei und Gerichten engmaschiger kooperieren, um die medien-ethische und rechtliche Seite des Umgangs mit den Phänomenen weiter anzugehen. Bestehende Beispiele dafür aus den Reihen der Vernetzungsstelle Speak Up! sind beispielsweise das Kooperationsprojekt *Courage im Netz – Gemeinsam gegen Hass und Hetze* sowie die Meldestelle REspect!²¹⁷

Es kann aber nicht allein die Aufgabe der zivilgesellschaftlichen Initiativen sein, die erkannten Defizite zu beheben. Bei einigen Punkten ist die Politik gefragt, die die Rahmenbedingungen schaffen muss, damit die Zielgruppen auch verpflichtend mit einbezogen werden können. Dazu gehört auch, dass dauerhaft ein angemessenes Budget zur Verfügung gestellt wird.

Die Politik einbinden

Insbesondere vor dem Hintergrund, dass politische Bildung in Ostbelgien derzeit fächerübergreifend vermittelt wird, wäre es wünschenswert, Angebote zur politischen Bildung bzw. Demokratiepädagogik samt entsprechender Fachdidaktik obligatorisch curricular in der grundständigen Ausbildung der Primarschul-Lehrer*innen und den entsprechenden an der AHS angebotenen CAP-Zertifikatsweiterbildungen für die Sekundarstufe zu verankern, um sicherzustellen, dass zumindest die in Ostbelgien aus- bzw. weitergebildeten Lehrkräfte über ausreichend fachliche Kompetenzen im Bereich der politischen (Medien)Bildung im Sinne des europäischen Kompetenzrahmens für demokratische Kultur verfügen, um ihren Schüler*innen entsprechende Angebote machen zu können.

In diesem Zusammenhang ist es sinnvoll zu überlegen, wie derartige Pflichtmodule zur politischen Bildung inhaltlich bzw. methodisch-didaktisch bestückt werden sollen. Wünschenswert wäre es, wenn für solche Fortbildungen für Lehrpersonen Fachleute mit einschlägiger Lehrerfahrung an Universitäten gewonnen werden könnten.²¹⁸

Politische Bildung und die Vermittlung der damit verbundenen Kompetenzen dürfen nicht auf gelegentliche Workshops, die unter Umständen der Freiraumbeschaffung für überarbeitete Lehrpersonen dienen, reduziert werden. Vielmehr muss die Vermittlung demokratiefördernder Kompetenzen als eigenständiger thematischer Aspekt von Lehr- und Lernprozessen wahrgenommen werden, der von Lehrpersonen professionell erlernt und im Unterrichtsgeschehen verankert werden muss.

Formate der Fort- und Weiterbildung zu Themen der politischen (Medien)Bildung, wie z. B. Fake News und Hate Speech sind auch für andere Lebensbereiche wichtig: Von Abgeordneten über Elternvereinigungen bis hin zu

Organisationen der Erwachsenenbildung könnten von solchen Weiterbildungen, Workshops und Modulen profitieren. Dass derzeit kaum eine Nachfrage besteht, liegt sicherlich auch daran, dass viele Menschen ihre eigenen Medienkompetenzen überschätzen, weil sie die Fertigkeit, ein Handy und Apps zu bedienen, damit verwechseln. Zudem hat die Coronapandemie dazu beigetragen, dass in den letzten Jahren Angebote nicht wahrgenommen werden konnten. Einen Selbsttest für Lehrpersonen, um mehr über die eigene Medien- und Informationskompetenz herauszufinden und Ansatzpunkte für die eigene Weiterbildung zu finden, bietet z. B. die EU-Kommission an.²¹⁹

Zudem gibt es den *Newstest*,²²⁰ der im Rahmen eines Forschungsprojekts der *Stiftung neue Verantwortung* mit Unterstützung der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, der Bundeszentrale für politische Bildung, der Medienanstalt Berlin-Brandenburg und der Landesanstalt für Medien NRW entwickelt wurde. Hier kann jede*r online die eigenen Informations- und Nachrichtenkompetenzen überprüfen. Die erreichte Punktzahl wird am Ende mit den Ergebnissen der bundesweiten Studie *Quelle Internet?*²²¹ abgeglichen. Der Europarat hat ebenfalls ein Bildungsprogramm für digitale Bürger*innen mit sehr vielen Anregungen für den Unterricht erarbeitet.²²²

Ein extern durchgeführter Workshop im Schulkontext wird leicht zu einem weitestgehend ineffizienten Behelf, wenn sich die Lehrpersonen nicht verpflichtet fühlen, selbst aus dem Workshop zu lernen, um so bspw. bei nächster Gelegenheit den Workshop selbst zu übernehmen. Die Erfahrung hat gezeigt, dass viele Lehrkräfte den gleichen Workshop im darauffolgenden Schuljahr erneut anfragen. Dadurch werden Potentiale verschenkt, denn solche Angebote für Schüler*innen könnten als *Train-the-trainer* Bausteine für die beteiligten Lehrkräfte fungieren. Wünschenswert wäre es, dass die Lehrperson die oder den Workshopleiter*in bei der Vor- und Nachbereitung begleitet, anschließend den Workshop an die Klasse anpasst und ihn dann selbst durchführt. Denn niemand kann einen Workshop inhaltlich besser an den Klassenkontext anpassen als die zuständige Lehrperson. Eine offizielle Anerkennung der Durchführung eines Workshops von Vor- bis Nachbereitung als Kurzweiterbildung für die entsprechende Lehrkraft würde sicherlich einen Anreiz bieten, einen Workshop nicht nur zu buchen, sondern auch selbst mitzugestalten. Dazu müsste allerdings eine bestimmte Anzahl von Weiterbildungen pro Jahr nicht nur gewünscht, sondern auch verpflichtend sein. Im günstigsten Fall müsste die Teilnahme an Weiterbildungen auch mit beruflichen Anreizen verbunden werden, um so die Lehrkräfte zum Besuch zu motivieren.

Allein die Tatsache, dass es seit dem Jahr 2019 ein Angebot für politische Bildung gibt, wie zum Beispiel den vom Institut für Demokratiepädagogik herausgegebenen *Demokratie macht Schule*-Katalog, bietet keine Garantie dafür, dass das Angebot auch wahrgenommen wird. Es gibt keine offiziellen Richtlinien, die es den

Anbieter*innen von Workshops ermöglichen würden, Lehrpersonen zur Buchung von Workshops, geschweige denn zur eigenen Teilnahme zu verpflichten.

Natürlich gibt es auch engagierte Lehrpersonen, die Workshops für ihre Schüler*innen buchen, aktiv daran teilnehmen und auch Vor- und Nachbereitung durchführen. Aber das ist eine an sich schon an politischer Bildung interessierte Minderheit. Es besteht also großes Potential bei den übrigen Lehrpersonen, politische Bildung und Medienkompetenz systematisch zu vermitteln, gerade weil diese Kompetenzen in der Medien- und Informationsgesellschaft, in der eine wachsende Anzahl von Menschen, Fake News und Informationen nicht voneinander unterscheiden können, eine zunehmend wichtigere Rolle spielen. Man könnte zum Beispiel Lehrpersonen, die eine verpflichtende Vorbereitung eines von ihnen gebuchten Workshops mit den dafür zur Verfügung gestellten Materialien, die Anwesenheit bei der Durchführung des Workshops in der Klasse und die verpflichtende Nachbereitung des Workshops mit den Schüler*innen, eine Kurzweiterbildung anerkennen, die sie befähigt, selbige danach selbstständig durchzuführen.

Qualitätsjournalismus fördern

Gerade weil sich das Mediensystem durch die Digitalisierung gewandelt und ausdifferenziert hat, bleibt der qualitativ hochwertige Journalismus, der sich an journalistische Standards hält, ein wichtiges Korrektiv im Kampf gegen Desinformationen. So bietet er zum einen dem Publikum verlässliche und vertrauenswürdige Informationen. Zum anderen vermittelt er mit dem sogenannten *Debunking*, also dem Aufdecken von Fake News, selbst Medienkompetenz. Schließlich informiert er auf diese Weise nicht nur über Desinformationskampagnen, sondern führt zugleich auch vor, wie Nachrichten auf ihre Glaubwürdigkeit zu hinterfragen sind.

In diesem Kontext erscheinen uns folgende Entwicklungen relevant:

Die Digitalisierung hat den Wettbewerbsdruck verschärft. Im Kampf um Aufmerksamkeit und den Erhalt von Anzeigenkund*innen versuchen auch klassische Medien Nachrichten immer schneller zu veröffentlichen, worunter die Sorgfaltspflicht leiden kann.²²³ Aus diesem Grund wird den öffentlich-rechtlichen Medien in Deutschland eine hohe Bedeutung zugesprochen, da diese als gebührenfinanziertes System nicht so stark wie die privaten Sender oder Verlage dem Wettbewerbssystem unterliegen.

Allerdings machen es nicht nur die *Lügenpresse*-Vorwürfe deutlich: Der Journalismus hat in weiten Teilen der Bevölkerung ein Vertrauensproblem und davon profitieren die Urheber*innen von Fake News. Denn Menschen, die sich von den traditionellen Medien abwenden, wenden sich dann *alternativen* Informationsquellen zu.²²⁴ Daher reicht es nicht aus, einzelne Desinformationen zu

korrigieren, es sollte auch darum gehen, zu verstehen, woher der Vertrauensverlust kommt, um dann zu versuchen, das Vertrauen wieder zu stärken. Es ist daher wichtig, dass Medien in der eigenen Berichterstattung so transparent wie möglich sind. Stephan RUSS-MOHL, Professor für Journalistik, rät daher dazu, den *C-Bereich* zu stärken:

„Wenn man die Entwicklung umkehren und journalistische Glaubwürdigkeit zurückgewinnen möchte, ist und bleibt es essentiell, Fehler zu korrigieren (‚Correction Policies‘), sich um Beschwerden über die Berichterstattung zu kümmern (‚Complaints Management‘) und dem Journalismus und den Medien in der Medienberichterstattung mindestens genauso viel Aufmerksamkeit zu widmen (‚Coverage of Media by the Media‘) wie dem sonstigen Kulturbetrieb.“²²⁵

Bernhard PÖRKSEN, Professor für Medienwissenschaft in Tübingen, fordert in diesem Kontext auch einen *dialogischen Journalismus*, der sich dem Publikum auf Augenhöhe zuwendet und nicht nur *Gatekeeping*, sondern auch *Gatereporting* betreibt. Für PÖRKSEN bedeutet das, dass Journalist*innen die eigenen Auswahlkriterien und Quellen offenlegen, um Transparenz herzustellen.²²⁶

Zudem sollte das Community-Management im Kampf gegen Hate Speech im Journalismus personell gestärkt werden. Schließlich besteht hier die Möglichkeit, mit dem Publikum in den Dialog zu treten und durch eine präsenste und bestärkende Moderation konstruktive Debatten zu fördern.

Stärkere Regulierung der Plattformen

Doch natürlich liegt die Verantwortung im Kampf gegen Fake News, Verschwörungserzählungen und Hassrede nicht allein auf der individuellen Ebene. Denn auch der/die Gesetzgeber*in ist gefragt, die Plattform-Betreiber*innen in die Pflicht zu nehmen.

„Wenn etwas nichts kostet, bist du das Produkt.“ Diese Binsenweisheit ist bei den Plattformgiganten wie Facebook oder Twitter nicht von der Hand zu weisen. Tatsache ist, dass in den Chefesseln der großen Plattformunternehmen keine selbstlosen Verfechter*innen des demokratischen Austausches sitzen, sondern es sich um Werbeunternehmen mit kommerziellen Interessen handelt. Diese Unternehmen verdienen ihr Geld mit den Daten der Nutzer*innen und mit dem Verkauf von Anzeigen.

Zudem sind sie alles andere als neutrale Plattformen, die nur Kommunikation ermöglichen. Algorithmen filtern die Inhalte – immer mit dem Ziel, die Nutzer*innen so lange wie möglich auf der Plattform zu halten, um die Wahrscheinlichkeit zu erhöhen, dass sie mit einer Werbeanzeige interagieren.²²⁷ Dabei kann die Werbeanzeige personalisiert ausgespielt werden, weil die Nutzer*innen „eine individuelle Datenspur“²²⁸ in den Netzwerken hinterlassen.

Und auch die Filtermechanismen für die angezeigten Inhalte basieren nicht zuletzt auf den Daten der Nutzer*innen. Wir bezahlen die Dienste also durchaus – mit unseren Daten!

All das allein wäre schon problematisch. Hinzu kommt aber, dass die Unternehmen in den vergangenen Jahren eine enorme Marktmacht entwickelt haben und den öffentlichen Diskurs und die demokratische Öffentlichkeit grundlegend prägen. So nutzten beispielsweise 2022 39 Prozent der jungen Erwachsenen in Deutschland im Alter zwischen 18 und 24 Jahren die sozialen Medien laut eigener Aussage als wichtigste Nachrichtenquelle.²²⁹

Durch ökonomische Netzwerkeffekte²³⁰ ist es zudem dazu gekommen, dass einige wenige Anbieter wie Meta, Twitter oder Google heute den Markt beherrschen. Das bedeutet natürlich auch, dass diese immer schwieriger zu kontrollieren sind – nicht zuletzt, da deren Hauptsitze meist im außereuropäischen Ausland liegen und sie so immer wieder versuchen, sich der nationalen Gesetzgebung zu entziehen.

Verstärkt wird diese Marktmacht durch die sehr intransparente Gestaltung der Netzwerke.²³¹ So ist so gut wie nichts über die Filterungskriterien von Nachrichten bekannt. Was wird wem angezeigt? Werden radikale Inhalte durch den Algorithmus befördert? Nach welchen Kriterien werden Nachrichten gelöscht? Es ist problematisch, wenn diese Entscheidungen allein von Privatunternehmen getroffen werden, da sie durchaus Einfluss auf die öffentliche Meinungsbildung nehmen können.

Lange Zeit entschieden die Plattformen beispielsweise eigenständig, wann und wie sie gegen Hassrede und Fake News vorgehen. Erst 2017 wurde in Deutschland das Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG) in Kraft gesetzt. Durch das Gesetz wurden die Anbieter*innen sozialer Netzwerke u. a. dazu verpflichtet, offensichtlich rechtswidrige Inhalte nach Eingang einer Beschwerde innerhalb von 24 Stunden und rechtswidrige Inhalte innerhalb von sieben Tagen zu löschen und halbjährlich über den Umgang mit Beschwerden zu berichten.²³² Dies stellte einen wichtigen Schritt der Regulierung dar, überließ man doch den Umgang mit rechtswidrigen Inhalten nicht mehr allein den Plattformen. Doch das Gesetz löste vielfach Kritik aus, denn an diesem zeigt sich einmal mehr die grundsätzliche Problematik im Umgang mit Fake News und Hassrede. So sehen Kritiker*innen in dem Gesetz eine Einschränkung der Meinungsfreiheit, da es auch zur Löschung rechtmäßiger Inhalte kommen könnte.²³³ Andere kritisierten, dass Meldeverfahren für Betroffene zu aufwendig seien.²³⁴ Mit dem *Gesetz zur Bekämpfung des Rechtsextremismus und der Hasskriminalität* wurde das bestehende NetzDG im April 2021 weiter verschärft.

Zudem wird auch die Europäische Union stärker gegen die Marktmacht der großen Konzerne vorgehen. So verabschiedete das Europaparlament zwei Gesetze: den *Digital Services Act* (DSA)²³⁵ und den *Digital Markets Act* (DMA).²³⁶ Der DSA soll als eine Art digitales Grundgesetz u. a. dafür sorgen, dass Hassrede schneller

von den Plattformen aus dem Netz entfernt wird. Der DMA verbietet es u. a. großen Plattformbetreibern, Daten aus verschiedenen Quellen ohne ausdrückliche Nutzereinwilligung zusammenzuführen.²³⁷ Doch auch an diesem Digital-Paket gibt es Kritik: So spricht der deutsche Kommunikationswissenschaftler Ottfried JARREN beispielsweise von einer „Mogelpackung“,²³⁸ denn seiner Meinung nach kaschiere es nur die Tatsache, dass die Europäische Union über keine digitale Medien- und Kommunikationsinfrastruktur verfüge. Kommunikationsregulierung sei wichtig, reiche aber nicht aus.

Aus unserer Sicht könnten folgende Maßnahmen wichtig sein: Die Plattformbetreiber sollten verpflichtet werden, Informationen zu ihrem Algorithmus, ihren Filterkriterien und ihren Entscheidungen in Bezug auf Löschungen etc. öffentlich zu machen. Dies fordern nicht nur die Expert*innen der deutschen *Nationalen Akademie der Wissenschaften Leopoldina* in ihrer Stellungnahme.²³⁹ Auch PÖRKSEN betont, dass nur durch die Offenlegung der Filterkriterien die Nutzerinnen und Nutzer souverän über ihren Medienkonsum entscheiden können.²⁴⁰ Der DSA will ebenfalls die Transparenz von Online-Plattformen, unter anderem bei für Vorschläge verwendeten Algorithmen zukünftig erhöhen.²⁴¹

Zudem sollte ein unabhängiges Gremium verpflichtend bei Entscheidungen über das Kuratieren von Inhalten hinzugezogen werden. Dieses könnte laut Stellungnahme der Leopoldina aus Vertreter*innen staatlicher und zivilgesellschaftlicher Stellen sowie Nutzer*innen bestehen.²⁴²

Außerdem ist Forschung im Bereich der Plattformen sehr schwierig, da diese bisher keinen Zugriff auf ihre Daten ermöglichen. Diese sollten aber nicht-kommerziellen Forschungsprojekten zur Verfügung gestellt werden, um so mehr über die Verbreitungsdynamiken von Fake News und Hate Speech zu erfahren.²⁴³ Mit dem DSA sind größere Plattformen und Suchmaschinen künftig verpflichtet, der Forschung Zugriff auf ihre Kerndaten zu geben.²⁴⁴

Und zu guter Letzt sollten nicht-kommerzielle Plattformen, die den demokratischen Diskurs und die Pluralität stärken, durch den Staat gefördert werden.²⁴⁵ Denkbar wäre vielleicht, diese Infrastrukturen in den öffentlich-rechtlichen Rundfunk zu integrieren. Auch das sogenannte *Fediverse*, ein Netzwerk föderierter, voneinander unabhängiger sozialer Medien, erscheint in diesem Kontext als Alternative zu den Plattformgiganten interessant.²⁴⁶

Fazit

Der Beitrag widmete sich der Frage, was politische Bildung im Umgang mit Fake News und Hate Speech leisten kann. Die Autor*innen haben entsprechend dem

experimentellen Charakter der Tagung²⁴⁷ auch für ihren Beitrag einen weniger konventionellen Zugang gewählt.

Nach einer Definition der Begriffe Fake News und Hate Speech stellte sich die Frage danach, wie und warum politischen Bildung Fake News begegnen kann bzw. muss.

Diese Schritte waren für das weitere Vorgehen eines asynchronen Vergleichs, der bestimmte, aber nicht alle Aspekte des Umgangs mit Fake News und Hate Speech in verschiedenen Ländern beziehungsweise Regionen untersucht, notwendig. Dabei steht Ostbelgien – wie im gesamten Band – hier im Fokus, indessen die Vergleichsregionen und -länder Rheinland-Pfalz, Sachsen und Luxemburg als Kontrastfolien dienen, mithilfe derer sichtbar gemacht werden soll, welche Lehren aus einem tendenziell erfolgreichen (*best practice*) und einem tendenziell nicht erfolgreichen Umgang mit Bedrohungen für die Demokratie, auch aber nicht nur in Form von Fake News und Hate Speech (*worst practice*), in den Bereichen Prävention und Intervention auf den verschiedenen Ebenen (lokal, regional, national) bei den unterschiedlichen Zielgruppen in Zusammenarbeit mit verschiedenen Akteur*innen gezogen werden können.

Dabei diene der Umgang mit dem Rechtsextremismus im Bundesland Sachsen als kursorische Fallstudie, die aufzeigen soll, wie Regierung, Parteien und verantwortliche Politiker idealerweise nicht (noch einmal) mit einer solchen Gefahr für die Demokratie und ihr Gemeinwesen umgehen sollten, und welche Maßnahmen stattdessen hätten ergriffen werden können. Hier wäre ein frühzeitiges, entschiedenes Entgegenreten der Regierungen und der Behörden angezeigt gewesen, um einerseits eine Etablierung der rechtsextremen Akteur*innen in Politik und Zivilgesellschaft zu verhindern und andererseits eine konsequente (aber in Sachsen oft unzureichende oder gar unterbliebene) Förderung demokratischer Strukturen in verschiedenen Kontexten entlang der gesellschaftlichen Konfliktlinien²⁴⁸ zu etablieren, die das permanente Einüben von Demokratie als Prozess und gelebte Wirklichkeit begreift.

Anschließend wurde ein Blick auf den Medienwandel der vergangenen Jahre gewagt, bei dem deutlich wurde, dass die Diskussionen um Fake News, Hate Speech und Verschwörungserzählungen eng mit den tiefgreifenden Veränderungsprozessen der Digitalisierung verknüpft sind.²⁴⁹ So begünstigen die sozialen Medien im Zusammenspiel mit psychischen Mechanismen die rasante Verbreitung. Gleichzeitig konnte gezeigt werden, dass den User*innen aktuell vielfach die Kompetenzen fehlen, um sich selbstbewusst und medienmündig im Internet bewegen zu können.

Eine Antwort hierauf stellt daher die Förderung der politischen Medienbildung dar, die die beiden Professionen der politischen Bildung und Medienpädagogik miteinander verbindet, da sie „den souveränen Umgang mit etablierten

journalistischen und neuen Medienwelten als integralen Bestandteil politischer Beteiligung der Menschen in diesem Land versteht.“²⁵⁰

Doch natürlich ist nicht nur die individuelle Verantwortung, beispielsweise in Form digitaler Zivilcourage, gefragt. Neben der Förderung der politischen Medienbildung gilt es auch die Rahmenbedingungen zu verbessern. Dies betrifft zum einen die Förderung des Qualitätsjournalismus, da dieser ein wichtiges Korrektiv im Kampf gegen Fake News darstellt. Zum anderen betrifft dies auch Fragen der Plattformregulierung. Hier geht die Europäische Union bereits wichtige Schritte mit der Verabschiedung zweier Gesetze, um die Macht der großen Plattformen einzuschränken: der *Digital Services Act* und der *Digital Markets Act*. Schließlich wurde ein Blick auf die vorhandenen Angebote innerhalb Ostbelgiens und in den angrenzenden Nachbarländern geworfen, der aufzeigte, dass Kooperationen zwischen verschiedenen Anbieter*innen zu breiteren Angeboten führen, die besser an unterschiedliches Publikum angepasst werden können. Interdisziplinäre Herangehensweisen, von IT bis mentale Gesundheit, – das bestätigen auch die Ergebnisse aus den Arbeitsgruppen²⁵¹ der Speak Up! Tagung und die über die Tagung hinausgehenden Reflexionsprozesse²⁵² – können die Bandbreite, über die Fake News und Hate Speech in den Alltag eindringen, ganzheitlich erfassen und gemeinsam bekämpfen. In komplexen demokratischen Gesellschaften muss auch ein ganzheitlicher Ansatz entwickelt werden, um gegen den Schaden, den Fake News und Hate Speech anrichten, vorzugehen und somit die Demokratie weiter zu stabilisieren.

In diesem Sinne sind exklusive Workshops, die nur für Schüler*innen konzipiert sind, aber nicht die Weiterbildung von Lehrpersonen mit in Betracht ziehen, auf lange Sicht gesehen nicht effektiv. Es ist daher wichtig, dass schon bei der Ausbildung der Lehrkräfte politische Bildung miteinbezogen wird, damit im Schulbetrieb mit einer allgemeinen Medien- und Informationskompetenz der Lehrer*innen gerechnet werden kann, die jederzeit auch für Schüler*innen abrufbar ist. Qualitätskontrollen bei der Umsetzung von demokratischer Kultur im Schulwesen müssen diese Kompetenzen bei Lehrpersonen voraussetzen. Kontrolle ist nicht Weiterbildung und kann nur Defizite aufzeigen, aber keine Abhilfe schaffen.

Politische Bildung hat also den Auftrag, den Sinn und Zweck der Demokratie im Bewusstsein der Menschen zu verankern und wach zu halten. Dies ist insbesondere deshalb wichtig, weil Fake News und Hate Speech zur Spaltung, Diskriminierung und Ausgrenzung führen und damit eine Bedrohung für die demokratischen Werte sind. Mündige Bürger*innen sprechen dies klar aus und stellen sich somit auf die Seite der Demokratie.

Kurz und knapp zusammengefasst lauten unsere Handlungsempfehlungen:

Politik

Rahmenbedingungen schaffen:

- Politische Bildung und Demokratiepädagogik inklusive Medien- und Informationskompetenz verbindlich in der Lehramtsausbildung verankern
- Weiterbildungen für Multiplikator*innen verpflichtend machen
- Nachhaltige Finanzierungssicherstellen
- Austausch mit Anbieter*innen

Anbieter*innen

didaktische Organisation des Angebotes:

- Vernetzung der Angebote und Anbieter*innen
- Transparenz schaffen, wer (Institutionen, Organisationen, Freelancer), was (Workshops, Weiterbildungen, Tagungen) und wo (außerschulisch/schulisch) anbietet
- Datenbank schaffen, in denen übersichtlich alle Angebote aufgelistet werden
- Gezielte und gebündelte Kommunikation über Angebot über verschiedene Kanäle
- Professionalisierung der Vermittler*innen → Welche Kriterien?

Bürger*innen

- Angebote wahrnehmen

Bibliographie

ALTEO: *Belgien leicht erklärt*. Eupen 2020. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://static.alteo-dg.be/wp-content/uploads/broschuere-belgien-verstehenpasswortansicht.pdf>.

ALTEO: *Leitbild*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://www.alteo-dg.be/ueber-uns/leitbild-ls>.

- AMADEU ANTONIO STIFTUNG: ‚Geh sterben!‘ Umgang mit Hate Speech und Kommentaren im Internet. 20.04.2022. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/hatespeech.pdf>.
- ARBEITSGRUPPE POLITISCHE BILDUNG IN DER GROSSREGION: *Fact Sheet 1. Dezember 2022*. Eupen 2022.
- AUTONOME HOCHSCHULE OSTBELGIEN: *Externe Evaluation*. Letzter am: 31.01.2023 über: <https://www.ahs-ostbelgien.be/hochschule/forschung-und-entwicklung/externe-evaluation>.
- AUTONOME HOCHSCHULE OSTBELGIEN: *Fachberatung Medien*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://www.ahs-ostbelgien.be/weiterbildungen/fachberatung/fachberatung-medien>.
- AUTONOME HOCHSCHULE OSTBELGIEN: *Fachberatung Medien. Klassenlektüren zum Umgang mit Medien*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://www.medien-fachberatung.be/buchtipps/medienkompetenz/klassenlekt%C3%BCren-zum-umgang-mit-medien>.
- AUTONOME HOCHSCHULE OSTBELGIEN: *Fachberatung Medien. Newsletter, November 2022*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://www.medien-fachberatung.be/newsletter>.
- AUTONOME HOCHSCHULE OSTBELGIEN: *Kursübersicht Pädagogik Lehrbefähigung 2020–2022*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://static.ahs-ostbelgien.be/wp-content/uploads/2020-2022-kursbeschreibung-cap-1.pdf>.
- AUTONOME HOCHSCHULE OSTBELGIEN: *Kursübersicht Pädagogischer Befähigungsnachweis 2020–2022*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://static.ahs-ostbelgien.be/wp-content/uploads/2020-2022-kursbeschreibung-cap.pdf>.
- AUTONOME HOCHSCHULE OSTBELGIEN: *Lehramt Kindergarten. Akademisches Jahr 2021–2022*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://static.ahs-ostbelgien.be/wp-content/uploads/kursbeschreibung-lk-2021-2022.pdf>.
- AUTONOME HOCHSCHULE OSTBELGIEN: *Lehramt Primarschule. Akademisches Jahr 2021–2022*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://static.ahs-ostbelgien.be/wp-content/uploads/kursbeschreibung-lp-2021-2022.pdf>.
- AUTONOME HOCHSCHULE OSTBELGIEN: *Lehrbefähigung Pädagogik (CAP+)*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://www.ahs-ostbelgien.be/weiterbildungen/zusatzausbildungen/lehrbefeahigung-paedagogik-cap>.
- AUTONOME HOCHSCHULE OSTBELGIEN: *Pädagogischer Befähigungsnachweis (CAP)*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://www.ahs-ostbelgien.be/weiterbildungen/zusatzausbildungen/paedagogischer-befeahigungsnachweis-cap>.
- AUTONOME HOCHSCHULE OSTBELGIEN (Hg.): *Weiterbildungen für das Bildungspersonal in Ostbelgien. 2021–2022*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://static.ahs-ostbelgien.be/wp-content/uploads/weiterbildungskatalog-2021-2022.pdf>.

- Thomas AUERBACH: *Geburt des Rechtsextremismus im Stasi-Elternhaus*. Letzter am: 31.01.2023 über: <https://www.welt.de/debatte/kommentare/article13769055/Geburt-des-Rechtsextremismus-im-Stasi-Elternhaus.html>.
- Jente AZOU: *Tagebuch einer Konferenzreporterin*. In: Sabrina Kirschner/Tomke Lask (Hg.): *Speak Up! – Zum Umgang mit Fake News und Hate Speech*. Ostbelgische Zivilgesellschaft und internationale Wissenschaft im Austausch. Bielefeld 2023, S. 73–82.
- Christian BANGEL: *Baseballschlägerjahre*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://www.zeit.de/2019/46/neonazis-jugend-nachwendejahre-ostdeutschland-mauerfall>.
- Michael BARTSCH: *Unfähig zur Selbstkritik*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://taz.de/CDU-und-rechte-Gewalt-in-Sachsen/!5407694>.
- Helle BECKER: *„Zielgruppenorientierte politische Erwachsenenbildung?“*. Vortrag auf der Veranstaltung: *Digitalisierung – eine Chance für zielgruppenorientierte politische Weiterbildung Erwachsener?* 3. Fachgespräch „Politische Weiterbildung“ des AK Weiterbildung der KMK und der Koordinierung der Europäischen Agenda für Erwachsenenbildung (NA beim BiBB) am 07.10.2021. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: https://transfer-politische-bildung.de/fileadmin/user_upload/Fotos/Transfmaterial/Material/vortragBecker-KMK-ZielgruppenEB-7-10-2021.pdf.
- Werner BERGMANN: *Tumulte – Excesse – Progrome. Kollektive Gewalt gegen Juden in Europa 1789–1900*. Göttingen 2020.
- Anja BESAND: *20 Jahre politische Bildung in Sachsen – politisch erwachsen?* In: Sächsische Landeszentrale für politische Bildung (Hg.), *Politische Bildung in Sachsen*, Dresden 2011, S. 71–80.
- Anja BESAND/David JUGEL: *Zielgruppenspezifische politische Bildung jenseits tradierter Differenzlinien*. In: Christoph Dönges/Wolfram Hilpert/Bettina Zurstrassen (Hg.): *Didaktik der inklusiven politischen Bildung*. Bonn 2015, S. 99–109.
- BILDUNGSPORTAL OSTBELGIEN: *Pädagogischer Rat*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: https://ostbelgienbildung.be/desktopdefault.aspx/tabid-2284/4288_read-31617.
- BILDUNGSSERVER OSTBELGIEN: *Suchmaske*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://ostbelgienbildung.be/desktopdefault.aspx/tabid-6207>.
- BILDUNGSSERVER RHEINLAND-PFALZ: *Unterrichtsfächer und Fachbereiche der IGS in Rheinland-Pfalz*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://igs.bildung-rp.de/faecher-lehrplaene-profile.html>.
- Robert BONGEN/Thomas DATT/Philipp HENNIG/Johannes JOLMES: *„Lausbuben: Wie man in Freital Terroristen verharmlost*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://daserste.ndr.de/panorama/archiv/2017/Lausbuben-Wie-man-in-Freital-Terroristen-verharmlost,freital112.html>.
- BRACHLAND-ENSEMBLE: *Lokal Europa*, 2021–21. Letzter am: 31.01.2023 über: <https://brachland-ensemble.de/arts/lokaleuropa>.

- Peter BRANDT/Stefan ELING: *Möhrenverschörung in Hanisau-Land* (HanisauLand, Comicband 1). Bonn 2009.
- BRF: *„Arbeit macht frei“: Mehrheitsfraktionen fordern Michael Balter auf, sich zu distanzieren* (01.06.2021). Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://brf.be/regional/1492298>.
- BRF: *Gedenkkultur: Ausblick auf Themenwoche des Instituts für Demokratiepädagogik*. (01.12.2022). Letzter am: 31.01.2023 über: <https://brf.be/kultur/1668583>.
- BRF: *Hass auf Hauswänden und im Netz: Wie geht der Ministerpräsident damit um?* 22.11.2021. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://brf.be/regional/1548795>.
- BRF: *Vandalismus mit Hassbotschaft an Ministerpräsident Paasch*. 21.11.2021. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://brf.be/regional/1548519>.
- Ingrid BRODNIG: *Einspruch! Verschwörungsmythen und Fake News kontern – in der Familie, im Freundeskreis und online*. Wien 2021.
- Ingrid BRODNIG: *Hass im Netz. Was wir gegen Hetze, Mobbing und Lügen tun können*. Wien 2016.
- Ingrid BRODNIG (Hg.): *Digitalreport. Die politische Debatte auf Facebook*. 17.07.2018. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: https://www.digitalreport.at/wp-content/uploads/2018/07/Digitalreport_1.pdf.
- Lucia BRUNS: *Der NSU-Komplex und die akzeptierende Jugendarbeit. Perspektiven aus der Sozialen Arbeit*. Oldenburg 2019.
- BÜCHEREIZENTRALE SCHLESWIG-HOLSTEIN: *Projekt FakeHunter*. Letzter am: 31.01.2023 über: www.diefakehunter.de.
- Meltem BÜYÜKMAVI: *Rassismus gegen Weiße – gibt es das?* In: *Überblick 3* (2022), S. 3–10.
- BUNDESAMT FÜR FAMILIE UND ZIVILGESELLSCHAFTLICHE AUFGABEN: *Grundsätze der Förderung im Handlungsbereich Land im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben“*. Köln 2020.
- BUNDESMINISTERIUM DER JUSTIZ: *Regeln gegen Hass im Netz – das Netzwerkdurchsetzungsgesetz*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: https://www.bmj.de/DE/Themen/FokusThemen/NetzDG/NetzDG_node.html.
- BUNDESMINISTERIUM FÜR FAMILIE, SENIOREN, FRAUEN UND JUGEND (Hg.): *16. Kinder und Jugendbericht. Förderung demokratischer Bildung im Kinder und Jugendalter. Deutscher Bundestag 2020*. Letzter am: 31.01.2023 über: <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/162232/27ac76c3f5ca10boe914700ee54060b2/16-kinder-und-jugendbericht-bundestagsdrucksache-data.pdf>.
- BUNDESMINISTERIUM FÜR FAMILIE, SENIOREN, FRAUEN UND JUGEND/ BUNDESMINISTERIUM DES INNEREN (Hg.): *Strategie der Bundesregierung zur Extremismusprävention und Demokratieförderung*. Berlin 2016.
- BUNDESREGIERUNG: *Analysen zu russischer Desinformation: Desinformation als Waffe*. 10.08.2022. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://www.bundesregierung>

- .de/breg-de/themen/umgang-mit-desinformation/eu-gegen-desinformation-2007442.
- BUNDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG: *Demokratie stärken – Zivilgesellschaft fördern*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://www.bpb.de/die-bpb/ueber-uns/auftrag/51743/demokratie-staerken-zivilgesellschaft-foerdern>.
- BUNDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG: *Glossar: Gatekeeper*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://www.bpb.de/themen/medien-journalismus/medienpolitik/500676/gatekeeper>.
- Michael BUTTER: *Nichts ist, wie es scheint. Über Verschwörungstheorien*. Berlin 2018.
- CENTRE EUROPÉEN ROBERT SCHUMAN: *Europa Zentrum Robert Schuman Frankreich*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: www.centre-robert-schuman.org/europazentrum-robert-schuman-cers/wer-sind-wir?langue=de.
- Nicole DE PALMENAER: *Fact or Fake? Die Stadtrallye: Lerne (d)eine Stadt durch einen Faktencheck kennen!* In: Sabrina Kirschner/Tomke Lask (Hg.): *Speak Up! – Zum Umgang mit Fake News und Hate Speech*. Ostbelgische Zivilgesellschaft und internationale Wissenschaft im Austausch. Bielefeld 2023, S. 83–89.
- Nicole DE PALMENAER/Sarah DEDERICH/Astrid EICHSTÄDT/Mirha MUHAREMOVIC/Karim SALEH: *Diskriminierung, Intersektionalität und marginalisierte Gruppen*. In: Sabrina Kirschner/Tomke Lask (Hg.): *Speak Up! – Zum Umgang mit Fake News und Hate Speech*. Ostbelgische Zivilgesellschaft und internationale Wissenschaft im Austausch. Bielefeld 2023, S. 141–174.
- Nicole DE PALMENAER/Tom FISCHER: *Überlegungen zur Planung der Stadtrallye – Das Interview*. In: Sabrina Kirschner/Tomke Lask (Hg.): *Speak Up! – Zum Umgang mit Fake News und Hate Speech*. Ostbelgische Zivilgesellschaft und internationale Wissenschaft im Austausch. Bielefeld 2023, S. 91–95.
- Henrik DOSDALL: *Die NSU-Ermittlungen 1998–2011. Eine organisationssoziologische Perspektive*. Wiesbaden 2021.
- DER NEWSTEST: *Mach den digitalen Nachrichtentest!* Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://der-newstest.de>.
- DER SPIEGEL: *Musk-Effekt bei Mastodon flaut ab* (02.12.2022). Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://www.spiegel.de/wirtschaft/musk-effekt-bei-mastodon-flaut-ab-a-c8e7c3f6-ec69-4194-8c14-c978083e492e>.
- DEUTSCHE AKADEMIE DER NATURFORSCHER LEOPOLDINA/ACATECH – DEUTSCHE AKADEMIE DER TECHNIKWISSENSCHAFTEN E. V./UNION DER DEUTSCHEN AKADEMIEN DER WISSENSCHAFTEN: *Digitalisierung und Demokratie*. 23.06.2021. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: https://levana.leopoldina.org/receive/leopoldina_mods_00348.
- Jörg DIEHL/Fideliuss SCHMID: *Codewort ‚Obst‘*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/freital-gsg-9-einsatz-in-sachsen-ist-signal-gegen-fluechtlingsfeinde-a-1088025.html>.

- DIGITALREPORT: *Über das Projekt*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://www.digitalreport.at/ueber-das-projekt>.
- Nicola DÖRING/Jürgen BORTZ: *Forschungsmethoden und Evaluation in den Sozial- und Humanwissenschaften*. Berlin 2016.
- Julia EBNER: *Radikalisierungsmaschinen. Wie Extremisten die neuen Technologien nutzen und uns manipulieren*. Bonn 2020.
- Carolin EMCKE: *Gegen den Hass*. Bonn 2017.
- Franz ERHARD/Alexander LEISTNER/Alexander MENNICKE: „Soldiers for freedom, nation and blood“. *Der Wandel von Anerkennungsordnungen kollektiver Gewaltausübung durch Fußballhooligans im Zuge der _GIDA-Bewegungen*. In: *Zeitschrift für Fußball und Gesellschaft*, 1 (2019), S. 46–68.
- EUROPÄISCHE KOMMISSION: *Gesetz über digitale Dienste: mehr Sicherheit und Verantwortung im Online-Umfeld*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/priorities-2019-2024/europe-fit-digital-age/digital-services-act-ensuring-safe-and-accountable-online-environment_de.
- EUROPARAT: *Digital Citizenship Education*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://www.coe.int/en/web/digital-citizenship-education/home>.
- EUROPARAT: *Kompetenzen für eine demokratische Kultur. Gleichberechtigtes Zusammenleben in kulturell unterschiedlichen demokratischen Gesellschaften*. Strasbourg 2018.
- EUROPARAT: *Kompetenzen für eine demokratische Kultur. Gleichberechtigtes Zusammenleben in kulturell unterschiedlichen demokratischen Gesellschaften. Kurze Zusammenfassung*. Strasbourg 2016.
- EUROPEAN COMMISSION: *SElfieFor Teachers*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://educators-go-digital.jrc.ec.europa.eu>.
- EXTERNE EVALUATION AN DER AUTONOMEN HOCHSCHULE OSTBELGIEN: (Hg.): *Externe Evaluation – Jahresbericht 1/2016 – 1/2021: Impulse für die Weiterentwicklung von Schule*. Eupen 2021.
- FAHR MIT: *Über uns*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://fahrmit.be>.
- Maria FIEDLER/Alexander FRÖHLICH/Julius GEILER/Frank JANSEN: *Das Netz: Wie Reichsbürger und Rechtsextreme den Umsturz planen*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://www.tagesspiegel.de/politik/das-netz-wie-reichsbuerger-und-rechtsextreme-den-umsturz-planten-8988709.html>.
- Maik FIELITZ/Holger MARCKS: *Digitaler Faschismus. Die sozialen Medien als Motor des Rechtsextremismus*. Berlin 2020.
- Ernst FRAENKEL: *Akademische Erziehung und politische Berufe*. In: Ernst Fraenkel (Hg.): *Reformismus und Pluralismus. Materialien zu einer ungeschriebenen politischen Autobiographie*. Hamburg 1973, S. 315–336.
- Marie-Luisa FRICK: *Zivilisiert streiten. Zur Ethik der politischen Gegnerschaft*. Ditzingen 2017.

- Angela FRITZSCH: ‚Punkt 5‘ – Länderreport vom 23. September 1991. In: Sender Freies Berlin (SFB). Berlin 1991.
- Maximilian FUHRMANN: *Antixtremismus und wehrhafte Demokratie. Kritik am politischen Selbstverständnis der Bundesrepublik Deutschland*. Baden-Baden 2019.
- Nora GAUPP/Bernd HOLTHUSEN/Björn MILBRADT/Christian LÜDERS/Mike SECKINGER (Hg.): *Jugend ermöglichen – auch unter den Bedingungen des Pandemieschutzes*. Halle 2021.
- Julius GEILER: *Sächsische „Querdenker“ überraschen Kretschmer zu Hause*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://www.tagesspiegel.de/politik/um-ueber-corona-zu-diskutieren-saechsische-querdenker-ueberraschen-kretschmer-zuhause/26785154.html>.
- Patrick GENSING: *Antisemitismus. Brandgefährliche Verschwörungslegenden*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://www.tagesschau.de/faktenfinder/verschwoerung-antisemitismus-101.html>.
- Patrick GENSING: *Fakten gegen Fake News oder der Kampf um die Demokratie*. Sonderausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn 2020.
- Daniel GESCHKE/Anja KLAßEN/Matthias QUENT/Christoph RICHTER: *#Hass im Netz: Der schleichende Angriff auf unsere Demokratie*. Juni 2019. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/_Hass_im_Netz_-_Der_schleichende_Angriff.pdf.
- GESELLSCHAFT FÜR MEDIENPÄDAGOGIK UND KOMMUNIKATIONSKULTUR: *Digitale Datenerhebung und -verwertung als Herausforderung für Medienbildung und Gesellschaft. Ein medienpädagogisches Diskussionspapier zu Big Data und Data Analytics*. 17.6.2016. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: https://www.gmk-net.de/wp-content/t3archiv/fileadmin/pdf/bigdata_diskussionspapier_gmk_kbom.pdf.
- GESELLSCHAFT FÜR MEDIENPÄDAGOGIK UND KOMMUNIKATIONSKULTUR: *Fachtagung ‚Politische Medienbildung? Perspektiven für politische Bildung und Medienpädagogik‘*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://www.gmk-net.de/veranstaltungen/fachtagung-politische-medienbildung-perspektiven-fuer-politische-bildung-und-medienpaedagogik>.
- GRENZECHO: *Vivant wegen Vertreterin im BRF-Verwaltungsrat unter Druck* (01.06.2021). Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://www.grenzecho.net/56543/artikel/2021-06-01/vivant-wegen-vertreterin-im-brf-verwaltungsrat-unter-druck>.
- Jürgen HABERMAS: *Ein neuer Strukturwandel der Öffentlichkeit und die deliberative Politik*. Berlin 2022.
- Jürgen HABERMAS: *Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft*. Neuwied 1962.
- Jürgen HABERMAS: *Theorie des kommunikativen Handelns*. 2 Bände. Frankfurt a.M. 1981.

- Grit HANNEFORTH: *Vorwort*. In: Kulturbüro Sachsen (Hg.): News Update Ausgabe 12. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: https://kulturbuero-sachsen.de/wp/wp-content/uploads/2020/12/Newsletter_12_WEB.pdf.
- Grit HANNEFORTH/Michael NATTKE: *Wo sich Rassist und Populist Gute Nacht sagen. Rechtsextremismus im ländlichen Raum am Beispiel Sachsens*. In: Uwe Backes/Steffen Kailitz (Hg.): Sachsen – Eine Hochburg des Rechtsextremismus? Göttingen 2020, S. 339–360.
- HATEAID: *Hassrede im Netz kontern: So geht Counterspeech*. 24.06.2022. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://hateaid.org/counterspeech>.
- HAUS TERNELL: *Unser Auftrag*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://www.ternell.be>.
- Johannes HILLJE: *Propaganda 4.0 von Europas Rechtspopulisten*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://www.bpb.de/themen/medien-journalismus/digitale-desinformation/290580/propaganda-4-0-von-europas-rechtspopulisten>.
- Sascha HÖLIG/Julia BEHRE/Wolfgang SCHULZ: *Reuters Institute Digital News Report 2022 – Ergebnisse für Deutschland. Hamburg 2022 (Arbeitspapiere des Hans-Bredow-Instituts | Projektergebnisse Nr. 63)*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: https://leibniz-hbi.de/uploads/media/Publikationen/cms/media/k3u8e8z_AP63 RIDNR 22_Deutschland.pdf.
- Andy Alexander HOFMANN: *Lehrerblatt 01: Hate Speech – Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit im Netz*. Bonn 2018.
- Boris HOLZER: *Zwischen Protest und Parodie: Strukturen der ‚Querdenken‘-Kommunikation auf Telegram (und anderswo)*. In: Sven Reichardt (Hg.): Die Misstrauensgemeinschaft der „Querdenker“: Die Corona-Proteste aus kultur- und sozialwissenschaftlicher Perspektive. Frankfurt a.M. 2021, S. 125–157.
- Klaus-Peter HUFER: *Politische Bildung in der Erwachsenenbildung*. In: Wolfgang Sander/Kerstin Pohl (Hg.): *Handbuch politische Bildung*. Frankfurt a.M. 2022, S. 168–175.
- INSTITUT FÜR DEMOKRATIEPÄDAGOGIK: *Ahoj Praha*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://idp-dg.be/2022/10/07/ahoj-praha>.
- INSTITUT FÜR DEMOKRATIEPÄDAGOGIK: *Fest der Nachhaltigkeit*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://idp-dg.be/unser-angebot/projekte/fest-der-nachhaltigkeit>.
- INSTITUT FÜR DEMOKRATIEPÄDAGOGIK: *Institut für Demokratiepädagogik. Tätigkeitsbericht für das Jahr 2021*. Eupen 2022. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: https://idp-dg.be/wp-content/uploads/2022/02/Taetigkeitsbericht_IDP2021.pdf.
- INSTITUT FÜR DEMOKRATIEPÄDAGOGIK: *Konsensverschiebung*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://idp-dg.be/unser-angebot/projekte/konsensverschiebung>.

- INSTITUT FÜR DEMOKRATIEPÄDAGOGIK: *Lokal Europa in St. Vith*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://idp-dg.be/2022/03/30/lokal-europa>.
- INSTITUT FÜR DEMOKRATIEPÄDAGOGIK: *Offener Brief an Ministerpräsident Oliver Paasch*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://idp-dg.be/2021/11/22/offen-erbrief>.
- INSTITUT FÜR DEMOKRATIEPÄDAGOGIK: *Solidarisierungserklärung* | Pascal Arimont. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://idp-dg.be/2021/12/06/erklarung-arimont>.
- INSTITUT FÜR DEMOKRATIEPÄDAGOGIK: *Workshops für Jugendliche*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://idp-dg.be/unser-angebot/weiterbildungen/fuer-sus>.
- INSTITUT FÜR DEMOKRATIEPÄDAGOGIK: *Zug der Demokratie*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://idp-dg.be/2022/03/21/zug-der-demokratie-2>.
- INSTITUT FÜR DEMOKRATIEPÄDAGOGIK/VERNETZUNGSSTELLE SPEAK UP!: *Netzwerk*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://idp-dg.be/netzwerk>.
- INSTITUT FÜR DEMOKRATIEPÄDAGOGIK/VERNETZUNGSSTELLE SPEAK UP!: *Tagungsprogramm 2021*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://idp-dg.be/tagungsprogramm>.
- INSTITUT FÜR DEMOKRATIEPÄDAGOGIK/VERNETZUNGSSTELLE SPEAK UP!: *Tagungsprogramm 2022*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://idp-dg.be/programm-retreat>.
- Ottfried JARREN: *Digitalgesetze der EU: Die große Mogelpackung*. 16.08.2022. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/medien/digitalgesetze-der-eu-die-grosse-mogelpackung-18246363.html?premium>.
- Romy JASTER/David LANIUS: *Die Wahrheit schafft sich ab. Wie Fake News Politik machen*. Ditzingen ³2019.
- Eckhard JESSE: *Antifaschismus gestern und heute*. In: *Totalitarismus und Demokratie*, 18 (2021), S. 89–119.
- JUGENDAGENTUR: *One Step Beyond*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://jugendagentur.de/erasmus-projekt-one-step-beyond>.
- JUGENDINFO: *Jugendinfo*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://www.jugendinfo.be>.
- JUGENDPARLAMENT: *Jugendparlament*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://www.jugendparlament.be>.
- JUGENDSTIFTUNG BADEN-WÜRTTEMBERG: *REspect! Gegen Hetze im Netz*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://meldestelle-respect.de>.
- Steffen KAILITZ: *Rechtsextremismus, Rechtsradikalismus und Rechtspopulismus in Sachsen. Eine (vorläufige) Bilanz*. In: Steffen Kailitz (Hg.), *Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in Sachsen*. Dresden 2021, S. 127–141.

- Sabrina KIRSCHNER: *(e-)Partizipation in der Region der kurzen Wege: Die Corona-Pandemie in Ostbelgien als Chance und Herausforderung*. In: Diskurs Nr. 35 – Digitale Beteiligung (2021), S. 8–11.
- Sabrina KIRSCHNER: *#SchönerTagen und den Blick über den Tellerrand wagen – ein einleitender Werkstattbericht zur ersten interdisziplinären und internationalen Speak Up! Tagung im ostbelgischen Eupen*. In: Sabrina Kirschner/Tomke Lask (Hg.): *Speak Up! – Zum Umgang mit Fake News und Hate Speech*. Ostbelgische Zivilgesellschaft und internationale Wissenschaft im Austausch. Bielefeld 2023, S. 23–72.
- Sabrina KIRSCHNER: *Speak Up! Zwischen #SchönerTagen und #SchönerScheitern: Ein vorläufiges Fazit zur ersten interdisziplinären und internationalen Speak Up! Tagung im ostbelgischen Eupen*. In: Sabrina Kirschner/Tomke Lask (Hg.): *Speak Up! – Zum Umgang mit Fake News und Hate Speech*. Ostbelgische Zivilgesellschaft und internationale Wissenschaft im Austausch. Bielefeld 2023, S. 319–370.
- Tanja KÖHLER (Hg.): *Fake News, Framing, Fact Checking: Nachrichten im digitalen Zeitalter. Ein Handbuch*. Bonn 2021.
- KÖNIG BAUDOUIN STIFTUNG: *Über uns*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://kbs-frb.be/de>.
- Heike KLEFFNER/Anna SPANGENBERG: *Vorwort der Herausgeberinnen*. In: Heike Kleffner/Anna Spangenberg (Hg.): *Generation Hoyerswerda. Das Netzwerk militanter Neonazis in Brandenburg*. Berlin 2016, S. 9–17.
- Heike KLEFFNER/Anna SPANGENBERG (Hg.): *Generation Hoyerswerda. Das Netzwerk militanter Neonazis in Brandenburg*. Berlin 2016.
- Daniel KÖHLER: *Strukturelle Qualitätsstandards in der Interventions- und Präventionsarbeit gegen gewaltbereiten Extremismus*. Stuttgart 2016.
- Michael KRASKE: *Der Riss. Wie die Radikalisierung im Osten unser Zusammenleben zerstört*. Berlin 2020.
- CATHRINE KREMER: *Desinformation in der Politik*. Luxemburg 2019. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: https://zpb.lu/wp-content/uploads/2020/08/107_desinformation-in-der-politik-de.pdf.
- Maximilian KRETER: *Die Wähler der NPD in Ostdeutschland 2005–2011*. Baden-Baden 2020.
- Maximilian KRETER: *Ist Sachsen rechter als der Rest?* Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://www.saechsische.de/sachsen/sachsen-extremismus-deutschland-analyse-rechter-als-der-rest-5302963-plus.html>.
- KREUZER ONLINE: „Game Over“. #le1101: *Die Geschichte des Überfalls auf Connewitz*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://kreuzer-leipzig.de/2018/08/15/connewitz-ueberfall-neonazis-nachrichten>.
- Pia LAMBERTY: *Verschwörungserzählungen*. In: Infoaktuell – Informationen zur Bildung 35 (2020), S. 1–16.

- LANDESMEDIENANSTALT SAARLAND: ‚*Courage im Netz – Gemeinsam gegen Hass und Hetze*‘. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://www.lmsaar.de/courage>.
- LANDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG DES SAARLANDES: *Leitbild*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://www.saarland.de/lpb/DE/LpB/Leitbild/leitbild.html>.
- LANDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG RHEINLAND-PFALZ: *Unser Auftrag*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://www.lpb.rlp.de/wir-ueber-uns/unser-auftrag>.
- LANDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG RHEINLAND-PFALZ: *Workshop-Angebote*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://www.lpb.rlp.de/themen/diskriminierung>.
- Carsta LANGNER: ‚*Affen und Banditen*‘ – über die historische Rekonstruktion von Rassismus und rechter Gewalt in der späten DDR. In: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (Hg.): Wissen schafft Demokratie, Schwerpunkt: Kontinuitäten, Schriftenreihe des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft, 07/2020. Jena 2020, S. 100–109.
- Tomke LASK: *Echolot*. In: Sabrina Kirschner/Tomke Lask (Hg.): Speak Up! – Zum Umgang mit Fake News und Hate Speech. Ostbelgische Zivilgesellschaft und internationale Wissenschaft im Austausch. Bielefeld 2023, S. 19–21.
- Marcel LEWANDOWSKY/Aiko WAGNER: *Fighting for a Lost Cause? Availability of Populist Radical Right Voters for Established Parties. The Case of Germany*. In: Representation 46 (2022) 2, S. 1–28.
- LÉTZEBUERG CITY MUSEUM: *Gleef dat net!* Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://citymuseum.lu/de/exhibition/gleef-dat-net>.
- Thomas LINDENBERGER: *Der Verschleiß der öffentlichen Geschichte. Ein Versuch über die Grenzen der Diktaturaufarbeitung*. In: Frank Bösch/Stefanie Eisenhuth/Hanno Hochmuth/Irmgard Zündorf (Hg.): Public Historians: zeithistorische Interventionen nach 1945. Göttingen 2021, S. 63–75.
- Seymour Martin LIPSET/Stein ROKKAN: *Cleavage Structure, Party Systems, and Voter Alignments. An Introduction*. In: Seymour Martin Lipset/Stein Rokkan (Hg.): Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives. New York 1967, S. 1–64.
- Konrad LITSCHKO: *Ein verklungener Aufschrei*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://taz.de/Drei-Jahre-Mord-an-Walter-Luebcke!/5855189>.
- Michael LÜHMANN: *Die Zukunft der „anderen“ Vergangenheit. Erkundungen im Labor Ostdeutschland*. In: Felix Butzlaff/Stine Harm/Franz Walter (Hg.): Patt oder Gezeitenwechsel? Deutschland 2009. Wiesbaden 2009, S. 183–209.
- Martin MACHOWECZ: *Stadt der Schmerzen*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://www.zeit.de/zeit-magazin/2018/21/dresden-deutschland-pegida-uwe-tellkamp?>

- Susanne MANTINO: *Ursachen von Rechtsextremismus. Ein heuristisches Erklärungskonzept*. Baden-Baden 1999.
- Peter MASSING: *Politische Bildung*. In: Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland. o.O. o.J. Letzter Aufruf am: 31.01.2023 über: <https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/handwoerterbuch-politisches-sy-stem/202092/politische-bildung>.
- Michael MAY/Gudrun HEINRICH: *Rechtsextremismus pädagogisch begegnen*. Bonn 2021.
- MEDIENZENTRUM OSTBELGIEN: *Ostbelgien Kanal*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://ostbelgienkanal.be>.
- Matthias MEISNER: *Die Relativierer. Die Staatspartei CDU unternimmt zu wenig gegen Fremdenhass*. In: Heike Kleffner/Matthias Meisner (Hg.): *Unter Sachsen Zwischen Wut und Willkommen*. Berlin 2017, S. 14–25.
- Wolfgang MERKEL/Michael ZÜRN: *Kosmopolitismus, Kommunitarismus und die Demokratie*. In: Julian Nida-Rümelin/Detlef von Daniels/Nicole Wloka (Hg.): *Internationale Gerechtigkeit und institutionelle Verantwortung*, Berlin 2019, S. 67–101.
- Anna-Katharina MEßMER/Alexander SÄNGERLAUB/Leonie SCHULZ: *„Quelle: Internet“? Digitale Nachrichten- und Informationskompetenzen der deutschen Bevölkerung im Test*. März 2019. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: https://www.stiftung-nv.de/sites/default/files/studie_quelleinternet.pdf.
- Danny MICHELSEN/Marika PRZYBILLA-VOß/Michael LÜHMANN/Martin GRUND/Hannes KEUNE/Florian FINKBEINER: *Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland im regionalen Kontext. Ursachen – Hintergründe – regionale Kontextfaktoren*. Göttingen 2017.
- MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT: *Rahmenplanorientierter Leitfaden für die politisch-demokratische Bildung. Fachübergreifendes und fächerverbindendes politisch-demokratisches Lernen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens*. Eupen 2019. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: https://ostbelgienbildung.be/PortalData/21/Resources/downloads/schule_ausbildung/schulische_ausbildung/politische_bildung/190705_Anhang_1_LeitfadenPB_Deutschsprachige_Gemeinschaft.pdf.
- MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT: *Rahmenplanorientierter Leitfaden zur Entwicklung von Informations- und Medienkompetenz*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: https://ostbelgienbildung.be/desktopdefault.aspx/tabid-3969/7117_read-41353.
- MINISTERIUM FÜR BILDUNG RHEINLAND-PFALZ: *Demokratiebildung im Vorbereitungsdienst. Staatliche Studienseminare für die Lehrämter an Schulen*. Januar 2021. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: https://studienseminar.rlp.de/fileadmin/user_upload/studienseminar.rlp.de/gs-sim/service_download/HP_2020/Demokratiebildung_finale_Fassung_Januar_2021_docx.pdf.

- MINISTERIUM FÜR SCHULE UND BILDUNG DES LANDES NORDRHEIN-WESTFALEN (Hg.): *Kernlehrplan für die Sekundarstufe I Gesamtschule/Sekundarschule in Nordrhein-Westfalen Gesellschaftslehre*. Düsseldorf 2020. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: https://www.schulentwicklung.nrw.de/lehrplaene/lehrplan/237/gesk_gl_klp_3120_2020_07_01.pdf.
- MINISTERIUM FÜR SCHULE UND BILDUNG DES LANDES NORDRHEIN-WESTFALEN (Hg.): *Kernlehrplan für die Sekundarstufe I Gymnasium in Nordrhein-Westfalen Wirtschaft-Politik*. Düsseldorf 2019. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: https://www.schulentwicklung.nrw.de/lehrplaene/lehrplan/215/g9_wipo_klp_%203429_2019_06_23.pdf.
- MINISTERIUM FÜR SCHULE UND BILDUNG DES LANDES NORDRHEIN-WESTFALEN (Hg.): *Kernlehrplan für die Sekundarstufe I Hauptschule in Nordrhein-Westfalen. Gesellschaftslehre Erdkunde, Geschichte, Politik*. Düsseldorf 2022. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: https://www.schulentwicklung.nrw.de/lehrplaene/lehrplan/301/hs_gl_klp_3202_2022_03_15.pdf.
- MINISTERIUM FÜR SCHULE UND BILDUNG DES LANDES NORDRHEIN-WESTFALEN (Hg.): *Kernlehrplan für die Sekundarstufe I Realschule in Nordrhein-Westfalen Politik*. Düsseldorf 2020. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: https://www.schulentwicklung.nrw.de/lehrplaene/lehrplan/234/rs_pl_klp_3323_2020_07_01.pdf.
- MINISTERIUM FÜR SCHULE UND BILDUNG DES LANDES NORDRHEIN-WESTFALEN (Hg.): *Kernlehrplan für die Sekundarstufe I Realschule in Nordrhein-Westfalen Wahlpflichtfach Sozialwissenschaften*. Düsseldorf 2022. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: https://www.schulentwicklung.nrw.de/lehrplaene/lehrplan/306/rs_wpsw_klp_33111_2022_06_24.pdf.
- MINISTERIUM FÜR SCHULE UND BILDUNG DES LANDES NORDRHEIN-WESTFALEN (Hg.): *Kernlehrplan für die Sekundarstufe II Gymnasium/Gesamtschule in Nordrhein-Westfalen Sozialwissenschaften und Sozialwissenschaften/Wirtschaft*. Düsseldorf 2014. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: https://www.schulentwicklung.nrw.de/lehrplaene/lehrplan/194/KLP_GOSt_SoWi.pdf.
- MINISTERIUM FÜR SCHULE UND WEITERBILDUNG DES LANDES NORDRHEIN-WESTFALEN: *Kernlehrplan für das Abendgymnasium und Kolleg in Nordrhein-Westfalen Geschichte/Sozialwissenschaft*. Düsseldorf 2015. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: https://www.schulentwicklung.nrw.de/lehrplaene/lehrplan/191/KLP_WbK_GESO.pdf.
- Harald MOLLERS: *Pressekonferenz 15. September 2020*. Eupen 2020. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: https://www.grenzecho.netsites/default/files/mediastore/1600160122_200915_stellungnahme_pk.pdf.
- MUED: *Unsere Ziele*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://www.mued.de/mued>.
- Mirha MUHAREMOVIC: *Weltcafes und Museumsgang*. In: Sabrina Kirschner/Tomke Lask (Hg.): *Speak Up! – Zum Umgang mit Fake News und Hate Speech*.

- Ostbelgische Zivilgesellschaft und internationale Wissenschaft im Austausch. Bielefeld 2023, S. 117–122.
- Jana MÜLLER-BREH/Philipp OTTO/Michael PUNTSCUH: *Kommunikation, Medien und die öffentliche Debatte*. In: Digitalisierung. Informationen zur politischen Bildung 344 (2020), S. 8–15.
- Thomas NIEHR/Jana REISSEN-KOSCH: *Volkes Stimme? Zur Sprache des Rechtspopulismus*. Bonn 2019.
- Katharina NOCUN/Pia LAMBERTY: *Fake Facts. Wie Verschwörungstheorien unser Denken bestimmen*. Köln 2020.
- Katharina NOCUN/Pia LAMBERTY: *True Facts: Was gegen Verschwörungserzählungen wirklich hilft*. Köln 2021. OCARINA: *Ocarina*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://ocarina.be/de/wir-sind-ocarina>.
- Monika OBERLE: „Politisches Handeln auch im digitalen Raum ermöglichen und fördern“. 22.02.2021. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://www.bpb.de/lernen/digitale-bildung/politische-bildung-in-einer-digitalen-welt/326494/politisches-handeln-auch-im-digitalen-raum-ermoeglichen-und-foerdern>.
- OSTBELGIEN STEHT AUF: *The Great Reset. Der grosse Umbruch. Fragen an die Regierung. Covid-19 – Der grosse Umbruch*. 11. März 2021. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://web.archive.org/web/20210921113118/www.ostbelgien-steht-auf.be/#uber-uns>.
- PARLAMENT DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT BELGIENS. *Bürgerdialog*, 2022. Letzter Zugriff 31.01.2023 über: <https://www.buergerdialog.be/hintergrund/erklaerfilm>.
- PARLAMENT DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT BELGIENS: *Dekret über den Auftrag an die Schulträger und das Schulpersonal sowie über die allgemeinen pädagogischen und organisatorischen Bestimmungen für die [Regel und Förderschulen]*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://pdg.be/portaldata/4/resources/downloads/koordek/1998-08-31.pdf>.
- PARLAMENT DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT BELGIENS: *Die Demokratiefabrik*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://pdg.be//desk/topdefault.aspx/tabid-5513>.
- PARLAMENT DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT: *Democracy*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: https://pdg.be/PortalData/34/Resources/dokumente/broschueren/Modul_2_Sekundarschule_-_Democracy_Rollenspiel_fuer_Jugendliche_Mitmachenstattmotzen.pdf.
- PARLAMENT DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT: *Zug der Demokratie*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: https://pdg.be/fr/PortalData/34/Resources/dokumente/broschueren/Grundschule_5_-_Zug_der_Demokratie.pdf.
- Claudia PAWLOWITSCH/Nick WETSCHEL: Was tun, wenn man nicht zum ‚Volk‘ gehört? – ,89 und die An-/Abwesenheit von Vertragsarbeiter*innen. In:

- Alexander Leistner/Monika Wohlrab-Sahr (Hg.): *Das umstrittene Erbe von 1989. Zur Gegenwart eines Gesellschaftszusammenbruchs*, Köln 2021, S. 195–214.
- Armin PFAHL-TRAUGHBER: *Rechtsextremismus in der Bundesrepublik*. München 2006.
- Matthias PÖHLMANN: *Rechte Esoterik. Wenn sich alternatives Denken und Extremismus gefährlich vermischen*. Freiburg i.Br./München. Berlin 2021.
- Bernhard PÖRKSEN: *Die große Gereiztheit. Wege aus der kollektiven Erregung*. München 2018.
- Karl POPPER: *Alles Leben ist Problemlösen*. München 1994.
- Karl POPPER: *Die offene Gesellschaft und ihre Feinde II. Falsche Propheten Hegel, Marx und die Folgen*. Hg.: Hubert Kieseewetter. Tübingen ⁸2003.
- Karl POPPER: *Logik der Forschung*. Tübingen ¹¹2005.
- Kurt POTHEN: *Gedenken als Akt lebendiger, demokratischer Kultur* (08.12.2022). Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://www.grenzecho.net/83294/artikel/2022-12-08/gedenken-als-akt-lebendiger-demokratischer-kultur>.
- Tobias PRÜWER: *So geht sächsisch. Warum die Sachsen so seltsam sind*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://kreuzer-leipzig.de/2022/02/08/so-geht-saechsisch>
- Matthias QUENT: *Deutschland rechts außen: Wie die Rechten nach der Macht greifen und wie wir sie stoppen können*. München 2019.
- RAT DER DEUTSCHSPRACHIGEN JUGEND: *Lokal Europa – Wie geht denn Politik?* Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://www.rdj.be/mitgestalten/lokal-europa-wie-geht-denn-politik>.
- RAT DER DEUTSCHSPRACHIGEN JUGEND: *Podiumsdiskussionen in ‚Leichter Sprache‘*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://www.rdj.be/mitgestalten/podiumsdiskussionen-in-leichter-sprache>.
- RAT DER DEUTSCHSPRACHIGEN JUGEND: *Podiumsdiskussion ‚Wie geht Politik?‘* Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://www.rdj.be/mitgestalten/podiumsdiskussion-on-wie-geht-politik>.
- RAT DER DEUTSCHSPRACHIGEN JUGEND: *Virtuelle Podiumsdiskussion: ‚Wie geht denn Politik, besonders in Krisenzeiten?‘* Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://www.rdj.be/mitgestalten/virtuelle-podiumsdiskussion>.
- Regulation (EU) 2022/2065 of the European Parliament and of the Council of 19 October 2022 on a Single Market For Digital Services and amending Directive 2000/31/EC (Digital Services Act)*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=CELEX%3A32022R2065&qid=1666857835014>.
- Sven REICHARDT (Hg.): *Die Misstrauensgemeinschaft der „Querdenker“: Die Corona-Proteste aus kultur- und sozialwissenschaftlicher Perspektive*. Frankfurt a.M. 2021.
- Rüdiger REINHARDT/Giulia SILBERBERGER: *Alles eine Verschwörung?* In: Spicker Politik 20 (2020).
- Said REZEK: *Bloggen gegen Rassismus. Holen wir das Netz zurück!* Bonn 2021.

- Antonie RIETZSCHEL: *CDU-Politiker mit gutem Draht zur NPD*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://www.sueddeutsche.de/politik/aerger-in-bautzen-cdu-politiker-mit-gutem-draht-zur-npd-1.3636022>.
- Marc RÖHLIG: *CDU stimmt mit AfD und Neonazi-Partei gegen Demokratieprojekt*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/plaue-n-cdu-streicht-geld-fuer-demokratieprojekt-mit-stimmen-von-afd-und-iii-weg-a-1c72fced-a212-4cb6-92f2-6c029c093ad4>.
- Alexandra RÜSCHE: *CDU-Politiker Krauß: Sachsen braucht keine Belehrungen*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://www.mittelstand-nachrichten.de/politik/cdu-politiker-krauss-sachsen-braucht-keine-belehrungen>.
- Stephan RUSS-MOHL: *Von der Aufmerksamkeits-Ökonomie zur desinformierten Gesellschaft?* 02.05.2019. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://www.bpb.de/themen/medien-journalismus/digitale-desinformation/290484/von-der-aufmerksamkeits-oekonomie-zur-desinformierten-gesellschaft>.
- RWTH AACHEN UNIVERSITY: *Modulhandbuch für Bildungswissenschaftliches Studium LAByGeBWS. SPO-Version 2011*. Revision 01.04.2022 | 10:11:06. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: [https://online.rwth-aachen.de/RWTHonline/pl/ui/\\$ctx/wbModhbReport.downloadPublicMHBVersion?pOrgNr=14002&pStpStpNr=302&pDocNr=7713787](https://online.rwth-aachen.de/RWTHonline/pl/ui/$ctx/wbModhbReport.downloadPublicMHBVersion?pOrgNr=14002&pStpStpNr=302&pDocNr=7713787).
- SÄCHSISCHE LANDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG: *Ein kritisches Vertrauen in Wissenschaft und Medien (Teil 1)*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://www.slpb.de/blog/ein-kritisches-vertrauen-in-wissenschaft-und-medien-teil-1>.
- SÄCHSISCHE LANDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG: *Ein kritisches Vertrauen in Wissenschaft und Medien (Teil 2)*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://www.slpb.de/blog/ein-kritisches-vertrauen-in-wissenschaft-und-medien-teil-2>.
- SÄCHSISCHER LANDTAG: *Drucksache 7/8658. Gesamtkonzept gegen Rechtsextremismus Stärken – Beraten – Einschreiten*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: https://www.justiz.sachsen.de/smj/download/Gesamtkonzept_gegen_Rechtsextremismus.pdf.
- SÄCHSISCHES STAATSMINISTERIUM FÜR KULTUS: *Lehrplan Gymnasium. Gemeinschaftskunde/Rechtserziehung/Wirtschaft 2019*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://www.schulportal.sachsen.de/lplandb/index.php?lplanid=76&lplansc=1IrLTgST5OTPa55GLt6b&token=c8845e9f5230aa66d0e4doed6304ab2>.
- SÄCHSISCHES STAATSMINISTERIUM FÜR KULTUS: *Lehrplan Oberschule. Gemeinschaftskunde/Rechtserziehung 2019*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://www.schulportal.sachsen.de/lplandb/index.php?lplanid=70&lplansc=PDGWdwQlvRN8L7e9LeCq&token=844bee444721996e4a18d08c04a0b433>.
- Alexander SÄNGERLAUB: *Im Zeitalter von Fake News. Warum sich der (Nachrichten-)Journalismus neu erfinden muss*. In: Tanja Köhler (Hg.): *Fake*

- News, Framing, Fact-Checking. Nachrichten im digitalen Zeitalter. Bielefeld 2020, S. 99–118.
- Wolfgang SANDER/Kerstin POHL: *Zur Einführung*. In: Wolfgang Sander/Kerstin Pohl (Hg.): *Handbuch politische Bildung*. Frankfurt a.M. 2022, S. 9–10.
- Klaus SCHLOTTAU: *Wie entstand die Redewendung „einen Persilschein ausstellen“?* Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://www.abendblatt.de/ratgeber/wissen/artikel/e107754913/Wie-entstand-die-Redewendung-einen-Persilschein-ausstellen.html>.
- Christian SCHMITZ: *Eine Grenze ist deutlich überschritten*. In: Grenzecho. 06.12.2021. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://www.grenzecho.net/art/d-20211205-GRADEH>.
- Christian SCHMITZ: *Hassbotschaft und Brandsatz am Privathaus von Pascal Arimont – Polizei ermittelt*. In: Grenzecho. 04.12.2021. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://www.grenzecho.net/66253/artikel/2021-12-04/hassbotschaft-und-brandsatz-am-privathaus-von-pascal-arimont-polizei-ermittelt>.
- Christian SCHMITZ: *„Machen wir jetzt einfach“* (16.04.2022). Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://www.grenzecho.net/art/d-20220415-GUNAO5>.
- Christian SCHMITZ: *Von der Yogastunde bis zu den Kräuterbeeten*. (11.03.2022). Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://www.grenzecho.net/70744/artikel/2022-03-11/von-der-yogastunde-bis-zu-den-krauterbeeten>.
- Christian SCHMITZ: *„Zug der Demokratie“ hatte ein Nachspiel im Parlament*. (19.03.2022). Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://www.grenzecho.net/71083/artikel/2022-03-19/zug-der-demokratie-hatte-ein-nachspiel-im-parlament>.
- Gerd SCHNEIDER/Christiane TOYKA-SEID: *Fake News*. In: *Das junge Politik-Lexikon*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/das-junge-politik-lexikon/320271/fake-news>.
- Julia SCHÜTZ: *Gerechte Bildungschancen in der Krise?* Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://www.bpb.de/lernen/digitale-bildung/werkstatt/342252/gerechte-bildungschancen-in-der-krise>.
- Friedemann SCHWENZER: *#baseballschlägerjahre. Ostdeutschland erinnern*. Potsdam 2021.
- Titus SIMON: *Aus der Gewalt Jugendlicher resultierende Konsequenzen für die Praxis offener Jugendarbeit*. In: Holger Schmidt (Hg.), *Empirie der offenen Kinder- und Jugendarbeit*. Wiesbaden 2011, S. 147–157.
- Manjana SOLD: *Radikalisierung und Deradikalisierung*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://www.bpb.de/lernen/bewegt-bild-und-politische-bildung/reflect-our-past/313952/radikalisierung-und-deradikalisierung>.
- Juri SONNENHOLZNER: *Tödlicher Schuss an Tankstelle: Mord aus Hass auf das politische System*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/tankstellenmord-101.html>.

- Andreas SPEIT: *Verqueres Denken: Gefährliche Weltbilder in alternativen Milieus*. Berlin 2021.
- STIFTUNG KLOSTER DAHLHEIM (Hg.): *Verschwörungstheorien – früher und heute*. Bonn 2020.
- TAGESSPIEGEL: „Widerwärtig und unanständig“: Mob zieht mit Fackeln vor Wohnhaus von Sachsens Gesundheitsministerin. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://www.tagesspiegel.de/politik/mob-zieht-mit-fackeln-vor-wohnhaus-von-sachsens-gesundheitsministerin-8515225.html>.
- Mark TERKESSIDIS: *Unkritisches Weißsein – Die Entwertung der Rassismuserfahrungen von Personen ost- und südosteuropäischer Herkunft*. In: *Überblick 3* (2022), S. 10–14.
- Tom THIEME: *Demokratieschutz und Rechtsextremismus in Sachsen. Gemeinsamkeiten und Spezifika im Ländervergleich*. In: Uwe Backes/Steffen Kailitz (Hg.): *Sachsen – Eine Hochburg des Rechtsextremismus?* Göttingen 2020, S. 361–374.
- Varoufakis-Fälschung war gefälscht. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://www.dw.com/de/varoufakis-f%C3%A4lschung-war-gef%C3%A4lscht/a-18324408>.
- VERBRAUCHERSCHUTZZENTRALE: *Über uns*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <http://vsz.be/a-propos-de-nous/missions-et-objectifs>.
- Verordnung (EU) 2022/1925 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. September 2022 über bestreithbare und faire Märkte im digitalen Sektor und zur Änderung der Richtlinien (EU) 2019/1937 und (EU) 2020/1828 (Gesetz über digitale Märkte). Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=uriserv:OJ.L_.2022.265.01.0001.01.DEU.
- Verschwörungstheorien*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 35–36 (2021).
- Hans-Erich VIET: *Der letzte Jolly Boy*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://www.derletztejollyboy.de>.
- VIVANT: *Eigenverantwortung stärken* (04.10.2021). Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://vivant-ostbelgien.org/eigenverantwortung-staerken>.
- Hans VORLÄNDER/Maik HEROLD/Steven SCHÄLLER: *PEGIDA and New Right-Wing Populism in Germany*. Cham 2018.
- Sebastian WACHS/Wilfried SCHUBARTH/Norman KRAUSE/Cindy BALLASCHK/Friederike Schulze-REICHEL/Ludwig BILZ: *Hate Speech als Herausforderung für Schule und Lehrkräftebildung*. In: Sebastian Wachs/Barbara Koch-Priewe/Andreas Zick (Hg.): *Hate Speech – Multidisziplinäre Analysen und Handlungsoptionen. Theoretische und empirische Annäherungen an ein interdisziplinäres Phänomen*. Wiesbaden 2021, S. 279–297.
- Wahrheiten*. In: *fluter – Magazin der Bundeszentrale für politische Bildung* 77 (2020).
- Bernd WAGNER: *Rechtsradikalismus in der Spät-DDR. Zur militant-nazistischen Radikalisierung. Wirkungen und Reaktionen in der DDR-Gesellschaft*. Berlin 2014.
- WEGWEISER OSTBELGIEN: *Was ist Wegweiser?* Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://www.wegweiser.be/warum-ist-wegweiser-wichtig.html>.

- WEGWEISER OSTBELGIEN: *Was sind die Aufgaben von Wegweiser?* Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://www.wegweiser.be/aufgaben-wegweiser.html>.
- Tabea WEIHMANN/Fabio LESUISSE/Gaby ZEIMERS/Ramona MAUSEN/Yvonne KEMPER/Anton VERESHCHAGIN: *Mentale Gesundheit – unser interner Schutzschild gegen Fake News und Hate Speech*. In: Sabrina Kirschner/Tomke Lask (Hg.): *Speak Up! – Zum Umgang mit Fake News und Hate Speech*. Ostbelgische Zivilgesellschaft und internationale Wissenschaft im Austausch. Bielefeld 2023, S. 129–132.
- Manès WEISSKIRCHER: *The Importance of Being Eastern German. The Multiple Heartlands of Germany's Far Right*. In: Ninna Mörrer (Hg.): *The Many Faces of the Far Right in the Post-Communist Space A Comparative Study of Far-Right Movements and Identity in the Region*. Stockholm 2022, S. 91–99.
- Lars WIENAND: *Als Sachsen ganz offiziell zur No-Go-Area wurde*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/gesellschaft/id_90938730/rechtsextremismus-in-sachsen-die-cdu-hat-in-30-jahren-wenig-gelernt.html.
- Katharina WILHELM: *Whistleblowerin Haugen: „Facebook verdient Geld mit Hass und Wut“*. 4.10.2021. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://www.tagesschau.de/ausland/amerika/facebook-whistleblowerin-101.html>.
- Vanessa WILLEMS/Charlène COUNSON/Lara MALMENDIER/Saskia HECKTERS/Dirk RIEMANN/Kita BONCHEVA: *Arbeitsgruppe Bildung und Erziehung: Medienkompetenz von Klein auf*. In: Sabrina Kirschner/Tomke Lask (Hg.): *Speak Up! – Zum Umgang mit Fake News und Hate Speech*. Ostbelgische Zivilgesellschaft und internationale Wissenschaft im Austausch. Bielefeld 2023, S. 133–140.
- Christoph WOWTSCHERK: *Was wird, wenn die Zeitbombe hochgeht? Eine sozialgeschichtliche Analyse der fremdenfeindlichen Ausschreitungen in Hoyerswerda im September 1991*. Göttingen 2014.
- ZDF MAGAZIN ROYALE: *Varoufakis and the fake finger #varoufAKE | NEO MAGAZIN ROYALE mit Jan Böhmerrmann – ZDFneo*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://www.youtube.com/watch?v=Vx-1LQu6mAe>.
- ZEIT ONLINE: *Digital Services Act: EU-Parlament stimmt strengeren Regeln für Internetplattformen zu* (05.07.2022). Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://www.zeit.de/politik/ausland/2022-07/digital-services-act-eu-parlament-gesetz-internetplattformen>.
- ZENTRALEN FÜR POLITISCHE BILDUNG: *Positionspapier Politische Medienbildung*. April 2022. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: https://www.politische-bildung.de/fileadmin/pdfs/Positionspapier_politische_Medienbildung.pdf.
- ZENTRUM FÜR POLITISCHE BILDUNG: *Arbeitsblatt Information oder Manipulation?* Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://zpb.lu/wp-content/uploads/2020/11/Information-oder-Manipulation.pdf>.

- ZENTRUM FIR POLITESCH BILDUNG: *Filterbubble.lu*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: https://zpb.lu/zpbmedia_cpt/filterbubble/?lang=de.
- ZENTRUM FIR POLITESCH BILDUNG: *Information oder Manipulation?* Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: https://zpb.lu/wp-content/uploads/2020/07/Projekt_Propaganda_Flyer_DE_BAT_05_ohneSchnittmarken.pdf.
- ZENTRUM FIR POLITESCH BILDUNG: *Information or manipulation?* Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: https://zpb.lu/wp-content/uploads/2020/07/Projekt_Propaganda_Flyer_EN_BAT_05_ohneSchnittmarken.pdf.
- ZENTRUM FIR POLITESCH BILDUNG: *Information ou manipulation?* Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: https://zpb.lu/wp-content/uploads/2020/07/Projekt_Propaganda_Flyer_FR_BAT_05_ohneSchnittmarken.pdf.
- ZENTRUM FIR POLITESCH BILDUNG: *Lösungsvorschläge Information oder Manipulation?* Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://zpb.lu/wp-content/uploads/2020/11/Antwortvorschlag-C3%A4ge-Information-oder-Manipulation.pdf>.
- ZENTRUM FIR POLITESCH BILDUNG: *Propaganda.guide*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: https://zpb.lu/zpbmedia_cpt/information-oder-manipulation/?lang=de.
- ZENTRUM FIR POLITESCH BILDUNG: *Wer wir sind*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://zpb.lu/zpb/equipe/?lang=de>.

Anmerkungen

- 1 Die ursprüngliche Arbeitsgruppe im Heidberg bestand – in alphabetischer Reihenfolge – aus Nicole DE PALMENAER, Andreas EDER, Tom FISCHER, Sabrina KIRSCHNER, Maximilian KRETER, Tomke LASK sowie Nadine STREICHER. Im Nachgang der Tagung haben sich einige der Tagungsteilnehmenden aus verschiedenen Gründen nicht weiter in die Arbeit einbringen können, so dass einige Personen die Arbeitsgruppen gewechselt haben, damit alle Themen weiterhin besetzt wurden. Teils wuchsen Arbeitsgruppen nach der Tagung auch, so konnten wir z. B. Jessica MARON für unsere Arbeitsgruppe gewinnen. Bei allen Tagungsteilnehmenden, die unsere Gruppenarbeit während der Tagung bereichert haben bedanken wir uns ebenso herzlich, wie bei Romain SCHROEDER – für den umfangreichen Input zu den luxemburgischen *best practices* – sowie Mathieu COQUELIN, Nadine STREICHER, Irene VANASCHEN, Mike CORMANN sowie Alain GOOR, die im Nachgang der Tagung nicht am eigentlichen kollektiven Schreibprozess teilnahmen, uns jedoch Input lieferten oder bei Rückfragen mit Rat und Tat zur Seite standen. Nicht zuletzt bedanken wir uns bei Andreas EDER, Sabrina KIRSCHNER und Tomke LASK, dass wir ihre Fotos für unseren Beitrag nutzen dürfen.

- 2 Einführend zur Tagung und den ihr zugrunde liegenden Überlegungen siehe: Sabrina KIRSCHNER: *#SchönerTagen und den Blick über den Tellerrand wagen – ein einleitender Werkstattbericht zur ersten interdisziplinären und internationalen Speak Up! Tagung im ostbelgischen Eupen*. In: Sabrina Kirschner/Tomke Lask (Hg.): *Speak Up! – Zum Umgang mit Fake News und Hate Speech*. Ostbelgische Zivilgesellschaft und internationale Wissenschaft im Austausch. Bielefeld 2023, S. 23–72.
- 3 Über das Weltcafé berichten in diesem Band Mirha MUHAREMOVIC: *Weltcafés und Museumsgang*. In: Sabrina Kirschner/Tomke Lask (Hg.): *Speak Up! – Zum Umgang mit Fake News und Hate Speech*. Ostbelgische Zivilgesellschaft und internationale Wissenschaft im Austausch. Bielefeld 2023, S. 117–122 sowie Sabrina KIRSCHNER: *#SchönerTagen und den Blick über den Tellerrand wagen – ein einleitender Werkstattbericht zur ersten interdisziplinären und internationalen Speak Up! Tagung im ostbelgischen Eupen*. In: Sabrina Kirschner/Tomke Lask (Hg.): *Speak Up! – Zum Umgang mit Fake News und Hate Speech*. Ostbelgische Zivilgesellschaft und internationale Wissenschaft im Austausch. Bielefeld 2023, S. 23–72.
- 4 Wir bedanken uns bei allen Tagungsteilnehmer*innen, die ihre Vorschläge auf der Weltcafé-Tischdecke zur Diskussion gestellt haben. Natürlich wäre es wünschenswert gewesen, wenn wir den gesamten Input hätten verarbeiten können. Dies war jedoch nicht zu leisten, da das Themenspektrum an aufgeworfenen Aspekten sehr breit war. Einige der angeschnittenen Themen waren zwar für die (historisch-)politische Bildung im Allgemeinen relevant, hatten jedoch recht wenige konkrete Bezüge zu Fake News und Hate Speech – hier wäre z. B. der Wunsch nach einem Wahl-o-Mat für Ostbelgien oder die Bündelung der bestehenden ostbelgischen Kataloge zu Demokratie macht Schule und Wirtschaft macht Schule zu nennen – oder konnten durch andere Arbeitsgruppen abgedeckt werden. In diesem Zusammenhang verweisen wir gerne auf Ideen, die in diesem Band aufgegriffen wurden, so zur Konzeption von und Reflexionen über Stadtführungen, die sich mit der Thematik befassen sowie den Beitrag zu. Dazu: Nicole DE PALMENAER: *Fact or Fake? Die Stadtrallye: Lerne (d)eine Stadt durch einen Faktencheck kennen!* In: Sabrina Kirschner/Tomke Lask (Hg.): *Speak Up! – Zum Umgang mit Fake News und Hate Speech*. Ostbelgische Zivilgesellschaft und internationale Wissenschaft im Austausch. Bielefeld 2023, S. 83–89 sowie Nicole DE PALMENAER/Tom FISCHER: *Überlegungen zur Planung der Stadtrallye – Das Interview*. In: Sabrina Kirschner/Tomke Lask (Hg.): *Speak Up! – Zum Umgang mit Fake News und Hate Speech*. Ostbelgische Zivilgesellschaft und internationale Wissenschaft im Austausch. Bielefeld 2023, S. 91–95.
- 5 Dazu auch die Ausführungen in: Sabrina KIRSCHNER: *#SchönerTagen und den Blick über den Tellerrand wagen – ein einleitender Werkstattbericht zur ersten*

interdisziplinären und internationalen Speak Up! Tagung im ostbelgischen Eupen. In: Sabrina Kirschner/Tomke Lask (Hg.): *Speak Up! – Zum Umgang mit Fake News und Hate Speech*. Ostbelgische Zivilgesellschaft und internationale Wissenschaft im Austausch. Bielefeld 2023, S. 29.

- 6 Die Begriffe Verschwörungsmythos und Verschwörungserzählung verwenden wir in diesem Beitrag parallel zueinander und verweisen für eine Definition auf den Beitrag von Sabrina KIRSCHNER: *#SchönerTagen und den Blick über den Tellerrand wagen – ein einleitender Werkstattbericht zur ersten interdisziplinären und internationalen Speak Up! Tagung im ostbelgischen Eupen*. In: Sabrina Kirschner/Tomke Lask (Hg.): *Speak Up! – Zum Umgang mit Fake News und Hate Speech*. Ostbelgische Zivilgesellschaft und internationale Wissenschaft im Austausch. Bielefeld 2023, S. 60, Endnote 1.
- 7 Konkret handelt es sich dabei um den Vortrag von Romain SCHROEDER vom Zentrum für politisch Bildung aus Luxemburg. Vgl. dazu auch: Jente AZOU: *Tagebuch einer Konferenzreporterin*. In: Sabrina Kirschner/Tomke Lask (Hg.): *Speak Up! – Zum Umgang mit Fake News und Hate Speech*. Ostbelgische Zivilgesellschaft und internationale Wissenschaft im Austausch. Bielefeld 2023, S. 73–82.
- 8 Dazu: INSTITUT FÜR DEMOKRATIEPÄDAGOGIK/VERNETZUNGSSTELLE SPEAK UP!: *Tagungsprogramm 2022*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://idp-dg.be/programm-retreat>.
- 9 Ernst FRAENKEL: *Akademische Erziehung und politische Berufe*. In: Ernst Fraenkel (Hg.): *Reformismus und Pluralismus*. Materialien zu einer ungeschriebenen politischen Autobiographie. Hamburg 1973, S. 322.
- 10 Auf ihrer Website schrieb die Vivant-Bewegung: „Vivant lehnt einen totalitären Staat ab, der sich anmaßt, in die intimste Privatsphäre der Bürger einzugreifen und über deren Körper zu verfügen und dies, obwohl die Wirksamkeit der Impfung höchst umstritten ist.“ Dazu: VIVANT: *Eigenverantwortung stärken* (04.10.2021). Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://vivant-ostbelgien.org/eigenverantwortung-staerken>.
- 11 Die Bewegung scheint sich zwischenzeitlich aufgelöst zu haben, die Inhalte ihrer Website lassen sich allerdings noch über die Wayback Machine abrufen, die Internetseiten archiviert: Vgl. dazu: OSTBELGIEN STEHT AUF: *The Great Reset. Der grosse Umbruch. Fragen an die Regierung. Covid-19 – Der grosse Umbruch*. 11. März 2021. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://web.archive.org/web/20210921113118/www.ostbelgien-steht-auf.be/#uber-uns>.
- 12 Die Querdenken-Bewegung entstand im März 2020 als Reaktion auf die Schutzmaßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie in Deutschland, die von der Bundesregierung und den Landesregierungen angeordnet und von den (Ordnungs)Behörden vor Ort umgesetzt wurden. Die Demonstrationen richteten sich gegen Einschränkungen

- des öffentlichen Lebens in Form der vom Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland garantierten Grundrechte. Vgl. Sven REICHARDT (Hg.): *Die Misstrauensgemeinschaft der ‚Querdenker‘: Die Corona-Proteste aus kultur- und sozialwissenschaftlicher Perspektive*. Frankfurt a.M. 2021, Andreas SPEIT: *Verqueres Denken: Gefährliche Weltbilder in alternativen Milieus*. Berlin 2021.
- 13 Boris HOLZER: *Zwischen Protest und Parodie: Strukturen der ‚Querdenken‘-Kommunikation auf Telegram (und anderswo)*. In: Sven Reichardt (Hg.): *Die Misstrauensgemeinschaft der „Querdenker“: Die Corona-Proteste aus kultur- und sozialwissenschaftlicher Perspektive*. Frankfurt a.M. 2021, S. 127.
 - 14 Boris HOLZER: *Zwischen Protest und Parodie: Strukturen der ‚Querdenken‘-Kommunikation auf Telegram (und anderswo)*. In: Sven Reichardt (Hg.): *Die Misstrauensgemeinschaft der „Querdenker“: Die Corona-Proteste aus kultur- und sozialwissenschaftlicher Perspektive*. Frankfurt a.M. 2021, S. 127.
 - 15 Vgl. ZENTRALEN FÜR POLITISCHE BILDUNG: *Positionspapier Politische Medienbildung*. April 2022. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: https://www.politische-bildung.de/fileadmin/pdfs/Positionspapier_politische_Medienbildung.pdf.
 - 16 ZENTRALEN FÜR POLITISCHE BILDUNG: *Positionspapier Politische Medienbildung*. April 2022. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: https://www.politische-bildung.de/fileadmin/pdfs/Positionspapier_politische_Medienbildung.pdf, S. 3.
 - 17 Vgl. Marie-Luisa FRICK: *Zivilisiert streiten. Zur Ethik der politischen Gegnerschaft*. Ditzingen 2017.
 - 18 Jürgen HABERMAS: *Theorie des kommunikativen Handelns*. 2 Bände. Frankfurt a.M. 1981.
 - 19 Diese Regeln sind nach HABERMAS als objektive Wahrheit, normative Richtigkeit, Wahrhaftigkeit und Verständlichkeit zu verstehen. Vgl. dazu: Jürgen HABERMAS: *Theorie des kommunikativen Handelns*. 2 Bände. Frankfurt a.M. 1981. Dies steht in enger Verbindung mit den notwendigen und hinreichenden Bedingungen die für ein demokratisches Gemeinwesen erfüllt sein müssen, bei der die Herstellung, Bewahrung und Nutzung der Öffentlichkeit als Diskursarena – vom Buchdruck bis zu den sozialen Medien – zentrales Element ist. Vgl. Jürgen HABERMAS: *Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft*. Neuwied 1962, Jürgen HABERMAS: *Ein neuer Strukturwandel der Öffentlichkeit und die deliberative Politik*. Berlin 2022.
 - 20 Dazu: Harald MOLLERS: *Pressekonferenz 15. September 2020*. Eupen 2020. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: https://www.grenzecho.net/sites/default/files/mediastore/1600160122_200915_stellungnahme_pk.pdf, bspw. S. 4ff. sowie die Ausführungen bei: Sabrina KIRSCHNER: *#SchönerTagen und den Blick über den Tellerrand wagen – ein einleitender Werkstattbericht zur ersten interdisziplinären und internationalen Speak Up! Tagung im ostbelgischen Eupen*. In: Sabrina Kirschner/

Tomke Lask (Hg.): *Speak Up! – Zum Umgang mit Fake News und Hate Speech*. Ostbelgische Zivilgesellschaft und internationale Wissenschaft im Austausch. Bielefeld 2023, S. 23–72.

- 21 Dazu: GRENZECHO: *Vivant wegen Vertreterin im BRF-Verwaltungsrat unter Druck* (01.06.2021). Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://www.grenzecho.net/56543/artikel/2021-06-01/vivant-wegen-vertreterin-im-brf-verwaltungsrat-unter-druck> und BRF: *„Arbeit macht frei“: Mehrheitsfraktionen fordern Michael Balter auf, sich zu distanzieren* (01.06.2021). Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://brf.be/regional/1492298>.
- 22 Vgl. Julius GEILER: *Sächsische „Querdenker“ überraschen Kretschmer zuhause*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://www.tagesspiegel.de/politik/um-ueber-corona-zu-diskutieren-saechsische-querdenker-ueberraschen-kretschmer-zuhause/26785154.html>.
- 23 Vgl. TAGESSPIEGEL: *„Widerwärtig und unanständig“: Mob zieht mit Fackeln vor Wohnhaus von Sachsens Gesundheitsministerin*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://www.tagesspiegel.de/politik/mob-zieht-mit-fackeln-vor-wohnhaus-von-sachsens-gesundheitsministerin-8515225.html>.
- 24 Vgl. dazu die einschlägige Berichterstattung in den ostbelgischen Medien, so u. a. BRF: *Vandalismus mit Hassbotschaft an Ministerpräsident Paasch*. 21.11.2021. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://brf.be/regional/1548519>, BRF: *Hass auf Hauswänden und im Netz: Wie geht der Ministerpräsident damit um?* 22.11.2021. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://brf.be/regional/1548795>, Christian SCHMITZ: *Hassbotschaft und Brandsatz am Privathaus von Pascal Arimont – Polizei ermittelt*. In: Grenzecho. 04.12.2021. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://www.grenzecho.net/66253/artikel/2021-12-04/hassbotschaft-und-brandsatz-am-privathaus-von-pascal-arimont-polizei-ermittelt> und Christian SCHMITZ: *Eine Grenze ist deutlich überschritten*. In: Grenzecho. 06.12.2021. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://www.grenzecho.net/art/d-20211205-GRADEH> sowie den offenen Brief und die Solidarisierungserklärung auf der Website des Instituts für Demokratiepädagogik: INSTITUT FÜR DEMOKRATIEPÄDAGOGIK: *Offener Brief an Ministerpräsident Oliver Paasch*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://idp-dg.be/2021/11/22/offenerbrief> und INSTITUT FÜR DEMOKRATIEPÄDAGOGIK: *Solidarisierungserklärung | Pascal Arimont*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://idp-dg.be/2021/12/06/erklaerungarimont>.
- 25 Vgl. Konrad LITSCHKO: *Ein verklungener Aufschrei*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://taz.de/Drei-Jahre-Mord-an-Walter-Luebcke/!5855189>, Maria FIEDLER/Alexander FRÖHLICH/Julius GEILER/Frank JANSEN: *Das Netz: Wie Reichsbürger und Rechtsextreme den Umsturz pflanzen*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://www.tagesspiegel.de/politik/das-netz-wie-reichsburger-und-rechtsextreme-den-umsturz-planten-8988709.html>.

- 26 Vgl. Juri SONNENHOLZNER: *Tödlicher Schuss an Tankstelle: Mord aus Hass auf das politische System*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/tankstellenmord-101.html>.
- 27 Ausführlicher mit dem Thema der Intersektionalität befassen sich in diesem Band: Nicole DE PALMENAER/Sarah DEDERICHS/Astrid EICHSTÄDT/Mirha MUHAREMOVIC/Karim SALEH: *Diskriminierung, Intersektionalität und marginalisierte Gruppen*. In: Sabrina Kirschner/Tomke Lask (Hg.): *Speak Up! – Zum Umgang mit Fake News und Hate Speech*. Ostbelgische Zivilgesellschaft und internationale Wissenschaft im Austausch. Bielefeld 2023, S. 141–174.
- 28 Michael BUTTER: *Nichts ist, wie es scheint. Über Verschwörungstheorien*. Berlin 2018, Katharina NOCUN/Pia LAMBERTY: *Fake Facts. Wie Verschwörungstheorien unser Denken bestimmen*. Köln 2020 sowie Katharina NOCUN/Pia LAMBERTY: *True Facts: Was gegen Verschwörungserzählungen wirklich hilft*. Köln 2021.
- 29 Die im Jahr im November 1952 gegründete *Bundeszentrale für politische Bildung* (bpb), die ihren Sitz in der ehemaligen deutschen Hauptstadt Bonn hat, ist die zentrale Bundesdeutsche Einrichtung, die sich für die Stärkung von Demokratie und der Zivilgesellschaft einsetzt. Sie übernimmt somit auf föderal deutscher Ebene ähnliche Aufgaben wie das *Institut für Demokratiepädagogik* in bzw. für Ostbelgien. Die bpb beschreibt ihre Mission auf ihrer Website wie folgt: „Im Zentrum der Arbeit der Bundeszentrale für politische Bildung steht die Förderung des Bewusstseins für Demokratie und politische Partizipation. Aktuelle und historische Themen greift sie mit Veranstaltungen, Printprodukten, audiovisuellen und Online-Produkten auf. Veranstaltungsformate der bpb sind Tagungen, Kongresse, Festivals, Messen, Ausstellungen, Studienreisen, Wettbewerbe, Kinoseminare und Kulturveranstaltungen sowie Events und Journalistenweiterbildungen.“ Dazu: BUNDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG: *Demokratie stärken – Zivilgesellschaft fördern*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://www.bpb.de/e/die-bpb/ueber-uns/auftrag/51743/demokratie-staerken-zivilgesellschaft-foerdern>.
- 30 Dazu zählen u. a. folgende Bücher und Materialien: Zunächst die Monografien und Sammelbände: Julia EBNER: *Radikalisierungsmaschinen. Wie Extremisten die neuen Technologien nutzen und uns manipulieren*. Bonn 2020, Carolin EMCKE: *Gegen den Hass*. Bonn 2017, Patrick GENSING: *Fakten gegen Fake News oder Kampf um die Demokratie*. Bonn 2021, Tanja KÖHLER (Hg.): *Fake News, Framing, Fact Checking: Nachrichten im digitalen Zeitalter. Ein Handbuch*. Bonn 2021, Michael MAY/Gudrun HEINRICH: *Rechtsextremismus pädagogisch begegnen*. Bonn 2021, Thomas NIEHR/Jana REISSEN-KOSCH: *Volkes Stimme? Zur Sprache des Rechtspopulismus*. Bonn 2019, Matthias PÖHLMANN: *Rechte Esoterik. Wenn sich alternatives Denken und Extremismus gefährlich vermischen*. Freiburg i.Br., München, Berlin 2021, Said REZEK: *Bloggen gegen Rassismus*. Hohen

- wir das Netz zurück! Bonn 2021 sowie der Ausbildungskatalog: STIFTUNG KLOSTER DAHLHEIM (Hg.): *Verschwörungstheorien – früher und heute*. Bonn 2020. Ferner Beiträge in Zeitschriften, wie *Verschwörungstheorien*. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 35–36 (2021), *Wahrheiten*. In: fluter – Magazin der Bundeszentrale für politische Bildung 77 (2020), Pia LAMBERTY: *Verschwörungserzählungen*. In: Infoaktuell – Informationen zur Bildung 35 (2020), S. 1–16 sowie Unterrichtsmaterialien: Peter BRANDT/Stefan ELING: *Möhrenverschwörung in Hanisau-Land* (HanisauLand, Comicband 1). Bonn 2009, Andy Alexander HOFMANN: *Hate Speech – Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit*. (Themenblätter im Unterricht 118). Bonn 2018, Rüdiger REINHARDT/Giulia SILBERBERGER: *Alles eine Verschwörung?* In: Spicker Politik 20 (2020) und nicht zuletzt ein Artikel: Johannes HILLJE: *Propaganda 4.0 von Europas Rechtspopulisten*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://www.bpb.de/themen/medien-journalismus/digitale-desinformation/290580/propaganda-4-0-von-europas-rechtspopulisten>.
- 31 CATHRINE KREMER: *Desinformation in der Politik*. Luxemburg 2019. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: https://zpb.lu/wp-content/uploads/2020/08/107_desinformation-in-der-politik-de.pdf.
- 32 Dazu: Sabrina KIRSCHNER: *#SchönerTagen und den Blick über den Tellerrand wagen – ein einleitender Werkstattbericht zur ersten interdisziplinären und internationalen Speak Up! Tagung im ostbelgischen Eupen*. In: Sabrina Kirschner/Tomke Lask (Hg.): *Speak Up! – Zum Umgang mit Fake News und Hate Speech*. Ostbelgische Zivilgesellschaft und internationale Wissenschaft im Austausch. Bielefeld 2023, S. 23–72.
- 33 Gerd SCHNEIDER/Christiane TOYKA-SEID: *Fake News*. In: Das junge Politik-Lexikon. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/das-junge-politik-lexikon/320271/fake-news>.
- 34 Andy Alexander HOFMANN: *Lehrerblatt 01: Hate Speech – Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit im Netz*. April 2018.
- 35 Peter MASSING: *Politische Bildung*. In: Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland. o.O. o.J. Letzter Aufruf am: 31.01.2023 über: <https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/handwoerterbuch-politisches-system/202092/politische-bildung>.
- 36 EUROPARAT: *Kompetenzen für eine demokratische Kultur. Gleichberechtigtes Zusammenleben in kulturell unterschiedlichen demokratischen Gesellschaften. Kurze Zusammenfassung*. Strasbourg 2016.
- 37 An dieser Stelle bedanken wir uns beim Europarat dafür, dass wir dessen Abbildung nutzen dürfen. Sie stammt aus der Publikation EUROPARAT: *Kompetenzen für eine demokratische Kultur. Gleichberechtigtes Zusammenleben in kulturell unterschiedlichen demokratischen Gesellschaften*. Strasbourg 2018, S. 11.

- 38 Innerhalb Ostbelgiens gibt es einen anderen Dienst, der sich direkt mit der Prävention von Radikalisierung und Extremismus beschäftigt. Hierbei handelt es sich um den *Wegweiser Ostbelgien*. Weiterführende Informationen zu seiner Arbeit finden sich auf der Website. Dazu: WEGWEISER OSTBELGIEN: *Was ist Wegweiser?* Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://www.wegweiser.be/warum-ist-wegweiser-wichtig.html> bzw. WEGWEISER OSTBELGIEN: *Was sind die Aufgaben von Wegweiser?* Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://www.wegweiser.be/aufgaben-wegweiser.html>.
- 39 „Im Kritischen Rationalismus wird die Existenz einer außerhalb des menschlichen Bewusstseins existierenden, bestimmten Gesetzmäßigkeiten folgenden Wirklichkeit angenommen, über die der Mensch prinzipiell Erkenntnisse gewinnen kann, wenn auch das Wissen immer unsicher bleibt (kritischer Realismus; ‚critical realism‘).“ Nicola DÖRING/Jürgen BORTZ: *Forschungsmethoden und Evaluation in den Sozial- und Humanwissenschaften*. Berlin 2016, S. 40. Ausführlich dazu im Original: Karl POPPER: *Logik der Forschung*. Tübingen ¹¹2005, Kapitel 2 bis 5.
- 40 Karl POPPER: *Die offene Gesellschaft und ihre Feinde II. Falsche Propheten Hegel, Marx und die Folgen*. Hg.: Hubert Kiesewetter. Tübingen ⁸2003, S. 281.
- 41 Karl POPPER: *Logik der Forschung*. Tübingen ¹¹2005.
- 42 Karl POPPER: *Alles Leben ist Problemlösen*. München 1994.
- 43 Dazu auch die Ausführungen im Beitrag von Nicole DE PALMENAER/Sarah DEDERICHS/Astrid EICHSTÄDT/Mirha MUHAREMOVIC/Karim SALEH: *Diskriminierung, Intersektionalität und marginalisierte Gruppen*. In: Sabrina Kirschner/Tomke Lask (Hg.): *Speak Up! – Zum Umgang mit Fake News und Hate Speech*. Ostbelgische Zivilgesellschaft und internationale Wissenschaft im Austausch. Bielefeld 2023, S. 145f.
- 44 Siehe dazu: Meltem BÜYÜKMAVI: *Rassismus gegen Weiße – gibt es das?* In: *Überblick 3* (2022), S. 3–10. Außerdem Mark TERKESSIDIS: *Unkritisches Weißsein – Die Entwertung der Rassismuserfahrungen von Personen ost- und südosteuropäischer Herkunft*. In: *Überblick Nr 3* (2022), S. 10–14. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: https://www.ida-nrw.de/fileadmin/user_upload/UEberblick_Nr._3_Dezember_2022.pdf.
- 45 Vgl. hierzu auch die Ausführungen in Endnote 1.
- 46 Vgl. hierzu auch Sabrina KIRSCHNER: *#SchönerTagen und den Blick über den Tellerrand wagen – ein einleitender Werkstattbericht zur ersten interdisziplinären und internationalen Speak Up! Tagung im ostbelgischen Eupen*. In: Sabrina Kirschner/Tomke Lask (Hg.): *Speak Up! – Zum Umgang mit Fake News und Hate Speech*. Ostbelgische Zivilgesellschaft und internationale Wissenschaft im Austausch. Bielefeld 2023, S. 23–72.
- 47 Zuletzt: Wolfgang SANDER/Kerstin POHL: *Zur Einführung*. In: Wolfgang Sander/Kerstin Pohl (Hg.): *Handbuch politische Bildung*. Frankfurt a.M. 2022, S. 9–10.

- 48 Vgl. BUNDESAMT FÜR FAMILIE UND ZIVILGESELLSCHAFTLICHE: *Grundsätze der Förderung im Handlungsbereich Land im Rahmen des Bundesprogramms ‚Demokratie leben‘*. Köln 2020, S. 2–3.
- 49 Anja BESAND/David JUGEL: *Zielgruppenspezifische politische Bildung jenseits tradierter Differenzlinien*. In: Christoph Dönges/Wolfram Hilpert/Bettina Zurstrassen (Hg.): *Didaktik der inklusiven politischen Bildung*. Bonn 2015, S. 100.
- 50 Vgl. Klaus-Peter HUFER: *Politische Bildung in der Erwachsenenbildung*. In: Wolfgang Sander/Kerstin Pohl (Hg.): *Handbuch politische Bildung*. Frankfurt a.M. 2022, S. 168–175.
- 51 Vgl. Anja BESAND/David JUGEL: *Zielgruppenspezifische politische Bildung jenseits tradierter Differenzlinien*. In: Christoph Dönges/Wolfram Hilpert/Bettina Zurstrassen (Hg.): *Didaktik der inklusiven politischen Bildung*. Bonn 2015, S. 104–108.
- 52 Vgl. Helle BECKER: *„Zielgruppenorientierte politische Erwachsenenbildung“? Vortrag auf der Veranstaltung: Digitalisierung – eine Chance für zielgruppenorientierte politische Weiterbildung Erwachsener? 3. Fachgespräch ‚Politische Weiterbildung‘ des AK Weiterbildung der KMK und der Koordinierung der Europäischen Agenda für Erwachsenenbildung (NA beim BiBB) am 07.10.2021*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: https://transfer-politische-bildung.de/fileadmin/user_upload/Fotos/Transfermaterial/Material/vortragBecker-KMK-ZielgruppenEB-7-10-2021.pdf.
- 53 Vgl. Julia SCHÜTZ: *Gerechte Bildungschancen in der Krise?* Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://www.bpb.de/lernen/digitale-bildung/werkstatt/342252/gerechte-bildungschancen-in-der-krise>.
- 54 Vgl. Nora GAUPP/Bernd HOLTHUSEN/Björn MILBRADT/Christian LÜDERS/Mike SECKINGER (Hg.): *Jugend ermöglichen – auch unter den Bedingungen des Pandemieschutzes*. Halle 2021, Sebastian WACHS/Wilfried SCHUBARTH/Norman KRAUSE/Cindy BALLASCHK/Friederike Schulze-REICHELT/Ludwig BILZ: *Hate Speech als Herausforderung für Schule und Lehrkräftebildung*. In: Sebastian Wachs/Barbara Koch-Priewe/Andreas Zick (Hg.): *Hate Speech – Multidisziplinäre Analysen und Handlungsoptionen. Theoretische und empirische Annäherungen an ein interdisziplinäres Phänomen*. Wiesbaden 2021, S. 279–297.
- 55 Vgl. Daniel KÖHLER: *Strukturelle Qualitätsstandards in der Interventions- und Präventionsarbeit gegen gewaltbereiten Extremismus*. Stuttgart 2016, S. 12, S. 18–22.
- 56 „Extremismusprävention umfasst Maßnahmen, die der Ablehnung der Werteordnung des Grundgesetzes und des demokratischen Verfassungsstaates vorbeugen und entgegenwirken und in diesem Kontext auch der Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger dienen. Präventive Maßnahmen richten sich an gefährdete Menschen oder Gruppen, ihr Umfeld

und ihre Netzwerke sowie gegebenenfalls auch an potenzielle Täterinnen und Täter, um die Verfestigung problematischer Einstellungsmuster zu verhindern und den Übergang von Einstellungen zu (gewalttätigem) Handeln zu unterbrechen. Prävention umfasst zudem Maßnahmen, die einem erneuten Auftreten manifester Erscheinungen vorbeugen sowie die Wiederholung von Gewalt- und anderen Straftaten verhindern.“ BUNDESMINISTERIUM FÜR FAMILIE, SENIOREN, FRAUEN UND JUGEND/BUNDESMINISTERIUM DES INNERN (Hg.): *Strategie der Bundesregierung zur Extremismusprävention und Demokratieförderung*. Berlin 2016, S. 11.

- 57 „Deradikalisierung meint generell den verhaltensbezogenen und identitären Prozess der Abkehr von extremistischen Handlungen und Weltbildern. [...] Ziel von deradikalisierenden Maßnahmen ist es, radikalisierte Menschen zurück in die Gesellschaft zu holen (Reintegration) und sie vor einem (weiteren) Abgleiten in die Radikalität und den Extremismus zu bewahren. Die vollständige Abwendung von extremistischen Ideologien, die Herauslösung der Person aus dem extremistischen Umfeld und die Person dabei zu unterstützen, einen gewalt- und straffreien Weg zu finden (Disengagement), sind weitere Ziele der Deradikalisierungsarbeit.“ Manjana SOLD: *Radikalisierung und Deradikalisierung*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://www.bpb.de/ler-nen/bewegt-bild-und-politische-bildung/reflect-your-past/313952/radikalisiert-und-deradikalisierung>.
- 58 Mit Akteur*innen sind individuelle und kollektive Akteur*innen gemeint, namentlich Einzelpersonen, Vereine/Zusammenschlüsse von Personen, Organisationen allgemein, aber auch beispielsweise Regierungen und Staaten. Als Akteur werden sozial handlungsfähige beziehungsweise handelnde Entitäten verstanden, deren Handeln sich mittels Akteurs- und Handlungstheorien wie beispielsweise dem methodologischen Individualismus näherungsweise erklären lassen. Vgl. Armin PFAHL-TRAUGHER: *Rechtsextremismus in der Bundesrepublik*. München 2006, S. 21–22, Susanne MANTINO: *Ursachen von Rechtsextremismus. Ein heuristisches Erklärungskonzept*. Baden-Baden 1999, S. 23–25.
- 59 Vgl. Thomas AUERBACH: *Geburt des Rechtsextremismus im Stasi-Elternhaus*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://www.welt.de/debatte/kommentare/artikel13769055/Geburt-des-Rechtsextremismus-im-Stasi-Elternhaus.html>.
- 60 Vgl. Martin MACHOWECZ: *Stadt der Schmerzen*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://www.zeit.de/zeit-magazin/2018/21/dresden-deutschland-pegid-a-uwe-tellkamp>?
- 61 Pogrome sind definiert als „eine nicht oder nur gering organisierte, einseitige und nicht-staatliche Form kollektiver sozialer Kontrolle, als extralegale gewaltsame Selbsthilfe seitens einer im Namen der Mehrheit handelnden Gruppe, die dann einsetzt, wenn diese von Seiten des Staates keine Abhilfe

- gegen eine als Bedrohung empfundene Normverletzung durch eine andere Gruppe erwartet.“ Werner BERGMANN: *Tumulte – Excesse – Progrome. Kollektive Gewalt gegen Juden in Europa 1789–1900*. Göttingen 2020, S. 53.
- 62 Vgl. Christoph WOWTSCHERK: *Was wird, wenn die Zeitbombe hochgeht? Eine sozialgeschichtliche Analyse der fremdenfeindlichen Ausschreitungen in Hoyerswerda im September 1991*. Göttingen 2014.
- 63 Vgl. Bernd WAGNER: *Rechtsradikalismus in der Spät-DDR. Zur militant-nazistischen Radikalisierung. Wirkungen und Reaktionen in der DDR-Gesellschaft*. Berlin 2014.
- 64 Siehe hierzu vor allem: Danny MICHELSEN/Marika PRZYBILLA-VOß/Michael LÜHMANN/Martin GRUND/Hannes KEUNE/Florian FINKBEINER: *Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland im regionalen Kontext. Ursachen – Hintergründe – regionale Kontextfaktoren*. Göttingen 2017, S. 145–192.
- 65 „Die Redewendung ‚jemandem einen Persilschein ausstellen‘ entstand nach dem Zweiten Weltkrieg während der Entnazifizierungsphase. Mutmaßliche Nazi-Verbrecher, die ihre Unschuld nur mithilfe von fragwürdigen Zeugenaussagen beweisen konnten, besaßen den sogenannten Persilschein.“ Vgl. Klaus SCHLOTTAU: *Wie entstand die Redewendung ‚einen Persilschein ausstellen‘?* Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://www.abendblatt.de/ratgeber/wissen/article107754913/Wie-entstand-die-Redewendung-einen-Persilschein-ausstellen.html>.
- 66 Vgl. Eckhard JESSE: *Antifaschismus gestern und heute*. In: *Totalitarismus und Demokratie*, 18 (2021), S. 89–119.
- 67 Entsprechende Studien zu Neonazis, Skinheads und rechtsextremen Einstellungen wurden zwar durchgeführt, aber bis zum Ende der DDR nicht veröffentlicht. Vgl. Carsta LANGNER: *„Affen und Banditen“ – über die historische Rekonstruktion von Rassismus und rechter Gewalt in der späten DDR*. In: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (Hg.): *Wissen schafft Demokratie, Schwerpunkt: Kontinuitäten*, Schriftenreihe des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft, 07/2020. Jena 2020, S. 105–108.
- 68 Hiermit ist die lebensgeschichtlich-individuelle und die gesellschaftlich-kollektive Erfahrung durch die Diktaturen des totalitären Nationalsozialismus im Dritten Reich von 1933 bis 1945 einerseits und dem autoritären Staatssozialismus der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) sowie der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) von 1945 bis 1949 sowie 1949 bis 1989 in Ostdeutschland – westlich der Oder-Neiße-Linie – andererseits gemeint, die zusammen mehr als 56 Jahre konstante Diktaturerfahrung ergeben. Vgl. Michael LÜHMANN: *Die Zukunft der ‚anderen‘ Vergangenheit. Erkundungen im Labor Ostdeutschland*. In: Felix Butzlaff/Stine Harm/Franz Walter (Hg.): *Patt oder Gezeitenwechsel? Deutschland 2009*. Wiesbaden 2009, S. 183–186.

- 69 Vgl. Michael LÜHMANN: *Die Zukunft der ‚anderen‘ Vergangenheit. Erkundungen im Labor Ostdeutschland*. In: Felix Butzlaff/Stine Harm/Franz Walter (Hg.): *Patt oder Gezeitenwechsel? Deutschland 2009*. Wiesbaden 2009, S. 184–185.
- 70 Vgl. Matthias QUENT: *Deutschland rechts außen: Wie die Rechten nach der Macht greifen und wie wir sie stoppen können*. München 2019, S. 231–234.
- 71 Danny MICHELSEN/Marika PRZYBILLA-VOIS/Michael LÜHMANN/Martin GRUND/Hannes KEUNE/Florian FINKBEINER: *Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland im regionalen Kontext. Ursachen – Hintergründe – regionale Kontextfaktoren*. Göttingen 2017, S. 194.
- 72 Vgl. Maximilian KRETER: *Ist Sachsen rechter als der Rest?* Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://www.saechsische.de/sachsen/sachsen-extremismus-deutschland-analyse-rechter-als-der-rest-5302963-plus.html>, Claudia PAWLOWITSCH/Nick WETSCHEL: *Was tun, wenn man nicht zum ‚Volk‘ gehört? – ‘89 und die An-/Abwesenheit von Vertragsarbeiter*innen*. In: Alexander Leistner/Monika Wohlrab-Sahr (Hg.): *Das umstrittene Erbe von 1989. Zur Gegenwart eines Gesellschaftszusammenbruchs*, Köln 2021, S. 195–214.
- 73 Angela FRITZSCH: *‚Punkt 5‘ – Länderreport vom 23. September 1991*. In: Sender Freies Berlin (SFB). Berlin 1991.
- 74 Vgl. Titus SIMON: *Aus der Gewalt Jugendlicher resultierende Konsequenzen für die Praxis offener Jugendarbeit*. In: Holger Schmidt (Hg.), *Empirie der offenen Kinder- und Jugendarbeit*. Wiesbaden 2011, S. 147–157.
- 75 Der Nationalsozialistische Untergrund (NSU) war eine terroristische Vereinigung, die zwischen 1998 und 2011 aktiv war und zwischen 2000 und 2007 neun Migranten und eine Polizistin tötete. Darüber hinaus verübten sie drei Sprengstoffanschläge, 43 Mordversuche und 15 Raubüberfälle. Vgl. Henrik DOSDALL: *Die NSU-Ermittlungen 1998–2011. Eine organisationssoziologische Perspektive*. Wiesbaden 2021, S. 1–4.
- 76 Vgl. Lucia BRUNS: *Der NSU-Komplex und die akzeptierende Jugendarbeit. Perspektiven aus der Sozialen Arbeit*. Oldenburg 2019.
- 77 Hierbei sind vor allem die beiden Ministerpräsidenten Stanislaw TILLICH (2008 bis 2017 MP) und Michael KRETSCHMER seit 2017 MP) gemeint. TILLICH und KRETSCHMER distanzieren sich im Gegensatz zu BIEDENKOPF öffentlich sehr bald jedoch scharf von PEGIDA. Allerdings scheint KRETSCHMER aus dem Dialogangebot an Extremisten nicht viel gelernt zu haben, da er sich auch immer wieder mit Teilnehmern von ‚Querdenken‘-Demos zum Dialog zur Verfügung stellte. Anfang 2021 standen Personen aus diesem Spektrum mit einer aggressiven Aufforderung zum ‚Dialog‘ vor der Haustür des sächsischen Ministerpräsidenten. Vgl. Julius GEILER: *Sächsische ‚Querdenker‘ überraschen Kretschmer zuhause*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://www.tagesspiegel.de/politik/um-ueber-corona-zu-diskutieren-saechsisch-he-querdenker-ueberraschen-kretschmer-zuhause/26785154.html>, Steffen

- KAILITZ: *Rechtsextremismus, Rechtsradikalismus und Rechtspopulismus in Sachsen. Eine (vorläufige) Bilanz*. In: Steffen Kailitz (Hg.), *Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in Sachsen*. Dresden 2021, S. 130–132.
- 78 Vgl. Hans VORLÄNDER/Maik HEROLD/Steven SCHÄLLER: *PEGIDA and New Right-Wing Populism in Germany*. Cham 2018.
- 79 Vgl. Matthias MEISNER: *Die Relativierer. Die Staatspartei CDU unternimmt zu wenig gegen Fremdenhass*. In: Heike Kleffner/Matthias Meisner (Hg.): *Unter Sachsen Zwischen Wut und Willkommen*. Berlin 2017, S. 14–25; Manès WEISSKIRCHER: *The Importance of Being Eastern German. The Multiple Heartlands of Germany's Far Right*. In: Ninna Mörner (Hg.): *The Many Faces of the Far Right in the Post-Communist Space A Comparative Study of Far-Right Movements and Identity in the Region*. Stockholm 2022, S. 94–98.
- 80 „Baseballschlägerjahre [hat sich] als ein Begriff für die Transformationszeit in Ostdeutschland“ entwickelt. Friedemann SCHWENZER: *#baseballschlägerjahre. Ostdeutschland erinnern*. Potsdam 2021, S. 2. Vgl. u. a. Christian BANGEL: *Baseballschlägerjahre*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://www.zeit.de/2019/46/neonazis-jugend-nachwendejahre-ostdeutschland-mauerfall>.
- 81 Heike KLEFFNER/Anna SPANGENBERG (Hg.): *Generation Hoyerswerda. Das Netzwerk militanter Neonazis in Brandenburg*. Berlin 2016. Unter der „Generation Hoyerwerda“ verstehen die Autor*innen jene rechtsextremen Jugendlichen, die mehr oder minder aktiv die ausländerfeindlichen Gewalttaten, den Aufstieg des Rechtsrock zu einer wahrnehmbaren (Jugend-)Subkultur und die Transformation beziehungsweise Integration der Rechtsrockszene in eine Bewegung erlebt oder gar gestaltet hat. Vgl. Heike KLEFFNER/Anna SPANGENBERG: *Vorwort der Herausgeberinnen*. In: Heike Kleffner/Anna Spangenberg (Hg.): *Generation Hoyerswerda. Das Netzwerk militanter Neonazis in Brandenburg*. Berlin 2016, S. 11–12.
- 82 Kurt BIEDENKOPF zitiert nach: Lars WIENAND: *Als Sachsen ganz offiziell zur No-Go-Area wurde*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/gesellschaft/id_90938730/rechtsextremismus-in-sachsen-die-cdu-hat-in-30-jahren-wenig-gelernt.html.
- 83 Die NPD zog 2004 mit 9,2 % und 2009 mit 5,6 % in den Sächsischen Landtag ein (und verpasste den Einzug 2014 mit 4,9 % nur um 824 Stimmen). Die AfD zog 2014 mit 9,7 % und 2019 sogar mit 27,5 % in den Sächsischen Landtag ein. Das letzte Ergebnis bedeutet das stärkste Ergebnis einer rechtsextremen Partei in Deutschland oberhalb der kommunalen Ebene seit 1945. Vgl. Maximilian KRETER: *Die Wähler der NPD in Ostdeutschland 2005–2011*. Baden-Baden 2020, S. 1–4.
- 84 So kooperierte der (damals noch stellvertretende) Bautzner CDU-Landrat WITSCHAS mit dem damaligen NPD-Kreisvorsitzenden WRUCK in ‚Asylfragen‘ und Anfang 2021 stimmte die CDU gemeinsam mit der AfD und der

- rechtsextremen Kleinstpartei ‚III. Weg‘ im Stadtrat der westsächsischen Stadt Plauen gegen die Weiterförderung eines Demokratieprojektes des ‚Bündnis für Demokratie, Toleranz und Zivilcourage‘. Vgl. Antonie RIETZSCHEL: *CDU-Politiker mit gutem Draht zur NPD*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://www.sueddeutsche.de/politik/aerger-in-bautzen-cdu-politiker-mit-gutem-draht-zur-npd-1.3636022>, Marc RÖHLIG: *CDU stimmt mit AfD und Neonazi-Partei gegen Demokratieprojekt*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/plauen-cdu-streicht-geld-fuer-demokratieprojekt-mit-stimmen-von-afd-und-iii-weg-a-1c72fced-a212-4cb6-92f2-6c029c093ad4>. Ausführlicher zu diesen Kooperationen: Matthias MEISNER: *Die Relativierer. Die Staatspartei CDU unternimmt zu wenig gegen Fremdenhass*. In: Heike Kleffner/Matthias Meisner (Hg.): *Unter Sachsen Zwischen Wut und Willkommen*. Berlin 2017, S. 17–22.
- 85 Vgl. Maximilian KRETER: *Ist Sachsen rechter als der Rest?* Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://www.saechsische.de/sachsen/sachsen-extremismus-deutschland-analyse-rechter-als-der-rest-5302963-plus.html>.
- 86 Vgl. Jörg DIEHL/Fidelius SCHMID: *Codewort, Obst‘*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/freital-gsg-9-einsatz-in-sachsen-ist-signal-gegen-fluechtlingsfeinde-a-1088025.html>.
- 87 Robert BONGEN/Thomas DATT/Philipp HENNIG/Johannes JOLMES: *‚Lausbuben‘: Wie man in Freital Terroristen verharmlost*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://daserste.ndr.de/panorama/archiv/2017/Lausbuben-Wie-man-in-Freital-Terroristen-verharmlost,freital112.html>.
- 88 Vgl. Alexandra RÜSCHE: *CDU-Politiker Krauß: Sachsen braucht keine Belehrungen*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://www.mittelstand-nachrichten.de/politik/cdu-politiker-krauss-sachsen-braucht-keine-belehrungen>.
- 89 Sebastian GEMKOW zitiert nach: Michael KRASKE: *Der Riss. Wie die Radikalisierung im Osten unser Zusammenleben zerstört*. Berlin 2020, S. 67.
- 90 Michael KRASKE: *Der Riss. Wie die Radikalisierung im Osten unser Zusammenleben zerstört*. Berlin 2020, S. 67.
- 91 Vgl. Franz ERHARD/Alexander LEISTNER/Alexander MENNICKE: *‚Soldiers for freedom, nation and blood‘. Der Wandel von Anerkennungsordnungen kollektiver Gewaltausübung durch Fußballhooligans im Zuge der _GIDA-Bewegungen*. In: Zeitschrift für Fußball und Gesellschaft, 1 (2019), S. 49–51, KREUZER ONLINE: *‚Game Over‘. #le1101: Die Geschichte des Überfalls auf Connewitz*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://kreuzer-leipzig.de/2018/08/15/connewitz-ueberfall-neonazis-nachrichten>.
- 92 Grit HANNEFORTH: *Vorwort*. In: Kulturbüro Sachsen (Hg.): *News Update Ausgabe 12*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: https://kulturbuero-sachsen.de/wp/wp-content/uploads/2020/12/Newsletter_12_WEB.pdf.

- 93 Es gibt sowohl Landesfördermittel über das Programm ‚Weltoffenes Sachsen‘ (seit 2005) als auch Bundesmittel über das Programm ‚Demokratie Leben‘ und seine Vorläufer, die bis auf das Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt (AgAG) (seit 1992), wobei jedoch gerade die Landesprogramme immer wieder ambivalent evaluiert wurden, da sie zu sehr auf Kinder und Jugendliche fokussierten, indessen der Rechtsextremismus auch oder gerade bei Erwachsenen (weiter) verbreitet und verfestigt ist. Vgl. Tom THIEME: *Demokratienschutz und Rechtsextremismus in Sachsen. Gemeinsamkeiten und Spezifika im Ländervergleich*. In: Uwe Backes/Steffen Kailitz (Hg.): *Sachsen – Eine Hochburg des Rechtsextremismus?* Göttingen 2020, S. 370–373, Maximilian FUHRMANN: *Antixtremismus und wehrhafte Demokratie. Kritik am politischen Selbstverständnis der Bundesrepublik Deutschland*. Baden-Baden 2019, S. 264–267.
- 94 Vgl. SÄCHSISCHER LANDTAG: *Drucksache 7/8658. Gesamtkonzept gegen Rechtsextremismus Stärken – Beraten – Einschreiten*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: https://www.justiz.sachsen.de/smj/download/Gesamtkonzept_gegen_Rechtsextremismus.pdf.
- 95 Vgl. Michael BARTSCH: *Unfähig zur Selbstkritik*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://taz.de/CDU-und-rechte-Gewalt-in-Sachsen/!5407694>, Maximilian KRETER: *Ist Sachsen rechter als der Rest?* Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://www.saechsische.de/sachsen/sachsen-extremismus-deutschland-analyse-rechter-als-der-rest-5302963-plus.html>.
- 96 Michael LÜHMANN zitiert nach: Lars WIENAND: *Als Sachsen ganz offiziell zur No-Go-Area wurde*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/gesellschaft/id_90938730/rechtsextremismus-in-sachsen-die-cdu-hat-in-30-jahren-wenig-gelernt.html.
- 97 Tobias PRÜWER: *So geht sächsisch. Warum die Sachsen so seltsam sind*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://kreuzer-leipzig.de/2022/02/08/so-geht-saechsisch>.
- 98 LEWANDOWSKY und WAGNER zeigen in ihrer Untersuchung, dass die Wähler*innen der AfD für die anderen Parteien selbst unter größten Anstrengungen und Risiken nicht erreichbar bzw. zurückholbar sind, was auf den (noch härteren) Kern der Rechtsextremisten und ihren Bezug zum demokratischen Gemeinwesen mindestens in gleicher Weise zutreffen dürfte. Vgl. Marcel LEWANDOWSKY/Aiko WAGNER: *Fighting for a Lost Cause? Availability of Populist Radical Right Voters for Established Parties. The Case of Germany*. In: *Representation* 46 (2022) 2, S. 1–28.
- 99 Vgl. SÄCHSISCHER LANDTAG: *Drucksache 7/8658. Gesamtkonzept gegen Rechtsextremismus Stärken – Beraten – Einschreiten*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: https://www.justiz.sachsen.de/smj/download/Gesamtkonzept_gegen_Rechtsextremismus.pdf.

- 100 Anja BESAND: *20 Jahre politische Bildung in Sachsen – politisch erwachsen?* In: Sächsische Landeszentrale für politische Bildung (Hg.), *Politische Bildung in Sachsen*, Dresden 2011, S. 79.
- 101 Grit HANNEFORTH/Michael NATTKE: *Wo sich Rassist und Populist Gute Nacht sagen. Rechtsextremismus im ländlichen Raum am Beispiel Sachsens*. In: Uwe Backes/Steffen Kailitz (Hg.): *Sachsen – Eine Hochburg des Rechtsextremismus?* Göttingen 2020, S. 359f.
- 102 Vgl. Romy JASTER/David LANIUS: *Die Wahrheit schafft sich ab*. Ditzingen ³2019, S. 47.
- 103 RHEINGOLD zitiert nach Ingrid BRODNIG: *Hass im Netz. Was wir gegen Hetze, Mobbing und Lügen tun können*. Wien 2016, S. 99.
- 104 Soziale Netzwerke produzieren als digitale Informations- und Kommunikationsplattformen im Gegensatz zu klassischen Medien, „Nachrichten und Informationen nicht selbst. Stattdessen präsentieren sie Inhalte, die von Dritten [...] produziert wurden.“ DEUTSCHE AKADEMIE DER NATURFORSCHER LEOPOLDINA/ACATECH – DEUTSCHE AKADEMIE DER TECHNIKWISSENSCHAFTEN E.V./UNION DER DEUTSCHEN AKADEMIEN DER WISSENSCHAFTEN: *Digitalisierung und Demokratie*. 23.06.2021. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: https://levana.leopoldina.org/receive/leopoldina_mods_00348, S. 16.
- 105 Vgl. Ingrid BRODNIG: *Hass im Netz. Was wir gegen Hetze, Mobbing und Lügen tun können*. Wien 2016, S. 13f.
- 106 Vgl. BUNDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG: *Glossar: Gatekeeper*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://www.bpb.de/themen/medien-journalismus/medienpolitik/500676/gatekeeper>.
- 107 Ein Algorithmus ist eine Handlungsvorgabe, um eine Aufgabe zu lösen. Er verarbeitet also nach einer bestimmten Vorschrift Daten und liefert dann automatisiert ein Ergebnis. Vgl. *Glossar*. In: *Digitalisierung. Informationen zur politischen Bildung* 344 (2020), S. 78.
- 108 Vgl. Jana MÜLLER-BREH/Philipp OTTO/Michael PUNTSCUHL: *Kommunikation, Medien und die öffentliche Debatte*. In: *Digitalisierung. Informationen zur politischen Bildung* 344 (2020), S. 12.
- 109 Die deutsche Medienwissenschaftlerin und Publizistikforscherin Birgit STARK der Universität Mainz verweist darauf, dass die aktuelle Datenlage noch nicht ausreicht. Vgl. Jana MÜLLER-BREH/Philipp OTTO/Michael PUNTSCUHL: *Kommunikation, Medien und die öffentliche Debatte*. In: *Digitalisierung. Informationen zur politischen Bildung* 344 (2020), S. 12.
- 110 Jana MÜLLER-BREH/Philipp OTTO/Michael PUNTSCUHL: *Kommunikation, Medien und die öffentliche Debatte*. In: *Digitalisierung. Informationen zur politischen Bildung* 344 (2020), S. 12.
- 111 Romy JASTER/David LANIUS: *Die Wahrheit schafft sich ab*. Ditzingen ³2019, S. 77f.

- 112 Romy JASTER/David LANIUS: *Die Wahrheit schafft sich ab*. Ditzingen³2019, S. 50ff.
- 113 Vgl. Katharina WILHELM: *Whistleblowerin Haugen: „Facebook verdient Geld mit Hass und Wut“*. 4.10.2021. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://www.tagesschau.de/ausland/amerika/facebook-whistleblowerin-101.html>.
- 114 Vgl. Ingrid BRODNIG: *Einspruch! Verschwörungsmythen und Fake News kontern – in der Familie, im Freundeskreis und online*. Wien²2021, S. 39.
- 115 Ingrid BRODNIG: *Einspruch! Verschwörungsmythen und Fake News kontern – in der Familie, im Freundeskreis und online*. Wien²2021, S. 40.
- 116 Die konkreten Kriterien, nach denen Algorithmen Posts sortieren, ist bisher nur eingeschränkt bekannt. Je mehr Personen einen Post jedoch liken und kommentieren, desto relevanter erscheint er aber wohl für die Plattform. Vgl. Jana MÜLLER-BREH/Philipp OTTO/Michael PUNTSCHUH: *Kommunikation, Medien und die öffentliche Debatte*. In: Digitalisierung. Informationen zur politischen Bildung 344 (2020), S. 11.
- 117 Vgl. Daniel GESCHKE/Anja KLAßEN/Matthias QUENT/Christoph RICHTER: *#Hass im Netz: Der schleichende Angriff auf unsere Demokratie*. Juni 2019. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/_Hass_im_Netz_-_Der_schleichende_Angriff.pdf, S. 29.
- 118 Der Digitalreport ist ein Projekt, das das Wissen über digitale Themen fördern soll. Gestartet hat es Ingrid Brodnig als Digital Champion Österreichs. Der Digitalreport liefert eine Datenanalyse, Fachbeiträge und Unterrichtsmaterialien für Lehrerinnen und Lehrer. Vgl. DIGITALREPORT: *Über das Projekt*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://www.digitalreport.at/ueber-das-projekt>.
- 119 Vgl. Ingrid BRODNIG (Hg.): *Digitalreport. Die politische Debatte auf Facebook*. 17.07.2018. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: https://www.digitalreport.at/wp-content/uploads/2018/07/Digitalreport_1.pdf, S. 12.
- 120 Vgl. Daniel GESCHKE/Anja KLAßEN/Matthias QUENT/Christoph RICHTER: *#Hass im Netz: Der schleichende Angriff auf unsere Demokratie*. Juni 2019. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/_Hass_im_Netz_-_Der_schleichende_Angriff.pdf, S. 29.
- 121 Vgl. Daniel GESCHKE/Anja KLAßEN/Matthias QUENT/Christoph RICHTER: *#Hass im Netz: Der schleichende Angriff auf unsere Demokratie*. Juni 2019. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/_Hass_im_Netz_-_Der_schleichende_Angriff.pdf, S. 28.
- 122 Im Rahmen der Tagung thematisierte dies die Gruppe (Mentale) Gesundheit, vgl. hierzu: Tabea WEIHMANN/Fabio LESUISSE/Gaby ZEIMERS/Ramona MAUSEN/Yvonne KEMPER/Anton VERESHCHAGIN: *Mentale Gesundheit – unser interner Schutzschild gegen Fake News und Hate Speech*. In: Sabrina Kirschner/Tomke Lask (Hg.): *Speak Up! – Zum Umgang mit Fake News und Hate Speech*.

- Ostbelgische Zivilgesellschaft und internationale Wissenschaft im Austausch. Bielefeld 2023, S. 129–132.
- 123 Dazu: Daniel GESCHKE/Anja KLABEN/Matthias QUENT/Christoph RICHTER: *#Hass im Netz: Der schleichende Angriff auf unsere Demokratie*. Juni 2019. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/_Hass_im_Netz_-_Der_schleichende_Angriff.pdf, S. 27.
- 124 Vgl. Romy JASTER/David LANIUS: *Die Wahrheit schafft sich ab*. Ditzingen ³2019, S. 14–17.
- 125 Die East StratCom Task Force des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD) wurde daher beispielsweise bereits 2015 von den Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union (EU) ins Leben gerufen, um Russlands zahlreichen Desinformationskampagnen entgegenzuwirken. Vgl. DIE BUNDESREGIERUNG: *Analysen zu russischer Desinformation: Desinformation als Waffe*. 10.08.2022. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://www.bundesregierung.de/breg-d-e/themen/umgang-mit-desinformation/eu-gegen-desinformation-2007442>.
- 126 Romy JASTER/David LANIUS: *Die Wahrheit schafft sich ab*. Ditzingen ³2019, S. 9.
- 127 Maik FIELITZ/Holger MARCKS: *Digitaler Faschismus. Die sozialen Medien als Motor des Rechtsextremismus*. Berlin 2020, S. 28.
- 128 Als Trolle bezeichnet man Personen, die in Diskussionen gezielt provozieren, um eine sachliche Auseinandersetzung zu verhindern. Vgl. Patrick GENSING: *Fakten gegen Fake News*. Bonn 2020, S. 26ff.
- 129 Vgl. Patrick GENSING: *Fakten gegen Fake News*. Bonn 2020, S. 31ff.
- 130 Fake News nutzen den Vertrauensverlust demokratischer Institutionen gezielt aus und befördern ihn zugleich. Vgl. Matthias KOHRING/Fabian ZIMMERMANN: *Fake News als aktuelle Desinformation*. 02.05.2019. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://www.bpb.de/themen/medien-journalismus/digitale-desinformation/290561/fake-news-als-aktuelle-desinformation>.
- 131 Mittels Online-Interviews wurden bundesweit 4.194 Internetnutzer*innen ab 18 Jahren befragt und getestet. Der Test ging mit Testfragen und -aufgaben auf das breite Spektrum der Nachrichtenkompetenz ein: von der Navigation in digitalen Nachrichtenumgebungen, der Beurteilung und Prüfung von Informationen bis hin zur Diskursfähigkeit. Vgl. Anna-Katharina MEßMER/Alexander SÄNGERLAUB/Leonie SCHULZ: *Quelle: Internet? Digitale Nachrichten- und Informationskompetenzen der deutschen Bevölkerung im Test*. März 2019. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: https://www.stiftung-nv.de/sites/default/files/studie_quelleinternet.pdf, S. 3f.
- 132 Vgl. Anna-Katharina MEßMER/Alexander SÄNGERLAUB/Leonie SCHULZ: *Quelle: Internet? Digitale Nachrichten- und Informationskompetenzen der deutschen Bevölkerung im Test*. März 2019. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: https://www.stiftung-nv.de/sites/default/files/studie_quelleinternet.pdf, S. 3f., S. 31.

- 133 Anna-Katharina MEßMER/Alexander SÄNGERLAUB/Leonie SCHULZ: *„Quelle: Internet? Digitale Nachrichten- und Informationskompetenzen der deutschen Bevölkerung im Test.“* März 2019. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: https://www.stiftung-nv.de/sites/default/files/studie_quelleinternet.pdf, S. 31.
- 134 Vgl. ZENTRALEN FÜR POLITISCHE BILDUNG: *Positionspapier Politische Medienbildung.* April 2022. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: https://www.politische-bildung.de/fileadmin/pdfs/Positionspapier_politische_Medienbildung.pdf, S. 3.
- 135 Unter Datafizierung versteht man die Erfassung, Speicherung und Auswertung von Daten. Vgl. GESELLSCHAFT FÜR MEDIEN UND KOMMUNIKATIONSKULTUR (GMK): *Digitale Datenerhebung und -verwertung als Herausforderung für Medienbildung und Gesellschaft. Ein medienpädagogisches Diskussionspapier zu Big Data und Data Analytics.* 17.6.2016. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: https://www.gmk-net.de/wp-content/t3archiv/fileadmin/pdf/bigdata_diskussionspapier_gmk_kbom.pdf, S. 1.
- 136 ZENTRALEN FÜR POLITISCHE BILDUNG: *Positionspapier Politische Medienbildung.* April 2022. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: https://www.politische-bildung.de/fileadmin/pdfs/Positionspapier_politische_Medienbildung.pdf, S. 3.
- 137 Monika OBERLE: *„Politisches Handeln auch im digitalen Raum ermöglichen und fördern.“* 22.02.2021. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://www.bpb.de/lernen/digitale-bildung/politische-bildung-in-einer-digitalen-welt/326494/politisches-handeln-auch-im-digitalen-raum-ermoeneglichen-und-foerdern>.
- 138 Vgl. ZENTRALEN FÜR POLITISCHE BILDUNG: *Positionspapier Politische Medienbildung.* April 2022. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: https://www.politische-bildung.de/fileadmin/pdfs/Positionspapier_politische_Medienbildung.pdf, S. 3–5.
- 139 BUNDESMINISTERIUM FÜR FAMILIE, SENIOREN, FRAUEN UND JUGEND (Hg.): *16. Kinder und Jugendbericht. Förderung demokratischer Bildung im Kinder und Jugendalter. Deutscher Bundestag 2020.* Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/162232/27ac76c3f5ca10boe914700ee54060b2/16-kinder-und-jugendbericht-bundestagsdrucksache-data.pdf>, S. 10.
- 140 Zum Programm der Tagung vgl. GESELLSCHAFT FÜR MEDIENPÄDAGOGIK UND KOMMUNIKATIONSKULTUR (GMK): *Fachtagung „Politische Medienbildung? Perspektiven für politische Bildung und Medienpädagogik.“* Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://www.gmk-net.de/veranstaltungen/fachtagung-politische-medienbildung-perspektiven-fuer-politische-bildung-und-medienpaedagogik>.
- 141 Zur kompletten Dokumentation der Tagung: SÄCHSISCHE LANDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG: *Ein kritisches Vertrauen in Wissenschaft und Medien (Teil 1 und 2).* Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://www.slpb.de/blog/ein-kritisches-vertrauen-in-wissenschaft-und-medien-teil-1> sowie

- SÄCHSISCHE LANDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG: *Ein kritisches Vertrauen in Wissenschaft und Medien (Teil 2)*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://www.slpb.de/blog/ein-kritisches-vertrauen-in-wissenschaft-und-medien-teil-2>.
- 142 Einen Überblick über die im Jahr 2021 durchgeführten Angebote – aufgrund der Pandemie etwas eingeschränkt – findet sich im Jahresbericht des Instituts für Demokratiepädagogik. Hierzu: INSTITUT FÜR DEMOKRATIEPÄDAGOGIK: *Institut für Demokratiepädagogik. Tätigkeitsbericht für das Jahr 2021*. Eupen 2022. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: https://idp-dg.be/wp-content/uploads/2022/02/Taetigkeitsbericht_IDP2021.pdf.
- 143 Die Arbeitsgruppe politische Bildung in der Großregion wurde am 28. März 2019 gegründet. „Sie arbeitet überparteilich und unabhängig und steht unter der Schirmherrschaft des interregionalen Parlamentarierrates der Grossregion“. Zur Arbeitsgruppe zählen neben dem Eupener *Institut für Demokratiepädagogik* (Belgien) die *Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz* (Deutschland), das *Centre Européen Robert-Schuman* (CERS), *Région Grand Est* (Frankreich) und nicht zuletzt das *Zentrum für politisches Bildung, Luxembourg* (Luxemburg). Vgl. dazu: ARBEITSGRUPPE POLITISCHE BILDUNG IN DER GROSSREGION. *Fact Sheet 1. Dezember 2022*. Eupen 2022.
- 144 Auf der Webseite liefert das *Zentrum für politisches Bildung* einen Einblick in die eigene Mission: ZENTRUM FÜR POLITISCH BILDUNG: *Wer wir sind*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://zpb.lu/zpb/equipe/?lang=de>. „Wir sind eine Stiftung und haben zum Ziel, das bürgerschaftliche Engagement zu fördern, indem wir zu einem besseren Verständnis von Politik und Demokratie sowie der aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen beitragen. Wir möchten vor allem junge Menschen stärken und dazu ermutigen, sich am politischen Leben und am öffentlichen Diskurs zu beteiligen. Wir sind eine von partei- und weltanschaulich gebundenen Organisationen unabhängige Stiftung. Unsere Tätigkeitsfelder umfassen drei Schwerpunkte: Lernen: Wir erarbeiten pädagogisches Material zu politischen und gesellschaftlichen Themen. Wir richten uns dabei an Lehrer*innen der Grund- und Sekundarschulen sowie an Erzieher*innen. Darüber hinaus bieten wir Weiterbildungen zu aktuellen politischen Themen, aber auch zur Methodik und Didaktik der politischen Bildung an. Verstehen: Wir informieren und sensibilisieren. Dies geschieht durch Workshops, Debatten und Konferenzen. Wir geben Publikationen heraus und stellen Bücher in einer Fachbibliothek zur Verfügung. Teilhaben: Wir organisieren Wettbewerbe und andere Projekte, um das Interesse vor allem junger Menschen an der Politik zu steigern. Um deren Partizipationsmöglichkeiten im Alltag zu verbessern, begleiten wir Schulen und andere Einrichtungen bei der Stärkung demokratischer Strukturen.“

- 145 Nach eigenen Angaben ist das *Europazentrum Robert Schuman* (CERS) „ein unabhängiger, gemeinnütziger Verein, der am 9. Mai 2000 gegründet wurde. Das CERS entwickelt und verbreitet pädagogische Arbeits- und Bildungsmaterialien, die es ermöglichen, die europäische Bürgerschaft über die Geschichte der europäischen Integration, die Errungenschaften der Europäischen Union, deren Herausforderungen und Schwierigkeiten sowie über die Zukunft Europas zu informieren.“ CENTRE EUROPÉEN ROBERT SCHUMAN: *Europa Zentrum Robert Schuman Frankreich*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: www.centre-robert-schuman.org/europazentrum-robert-schuman-cers/wer-sind-wir?langue=de.
- 146 Die *Landeszentrale für politische Bildung (LpB) Rheinland-Pfalz* blickt auf eine lange Geschichte zurück. 2024 feiert sie ihr 50-jähriges Bestehen. Seit 1993 dem heutigen Ministerium für Wissenschaft und Gesundheit zugeordnet, ist sie eine unparteiische und überparteiliche Einrichtung der rheinland-pfälzischen Landesregierung. Die LpB dient der Information der Bürger*innen über Grundlagen und aktuelle Entwicklungen der Politik sowie der Ausbildung eines demokratischen Bewusstseins. Bereits Schüler*innen lernen das politische System ihres Landes sowie dessen Geschichte zu verstehen und ihre Möglichkeiten der Mitgestaltung zu erkennen. Hierzu bekommen sie die Chance, etwa über die Landtagsseminare, mit den Jugendwettbewerben und bei Besuchen der KZ-Gedenkstätten Osthofen und Hinzert mit deren umfangreichem pädagogischem Angebot. Mit der Landeskoordination des bundesweiten Präventionsprojekts *Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage* unterstützt die LpB darüber hinaus das Engagement von Schulgemeinschaften gegen jede Form von Diskriminierung und für eine vielfältige Demokratie. Außerdem bietet sie Eigen- wie Fremdveröffentlichungen und Veranstaltungen verschiedenster Themenschwerpunkte der politischen Bildung an. Die Bibliothek der LpB mit Büchern und Heften von Politik bis Landeskunde steht allen Bürgerinnen und Bürgern aus Rheinland-Pfalz kostenlos als Präsenz- und Leihbibliothek zur Verfügung. Dazu: LANDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG RHEINLAND-PFALZ: *Unser Auftrag*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://www.lpb.rlp.de/wir-ueber-uns/unser-auftrag>.
- 147 Die *Landeszentrale für politische Bildung des Saarlandes* wurde im Jahr 1957 gegründet. Nach eigenen Angaben fördert sie „die Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit“ dem „freiheitlich-demokratischen Wertesystem und unterstützt diese dabei, politische und gesellschaftliche Situationen unter Berücksichtigung der eigenen Interessenlage und Einstellungen zu analysieren und sich mündig, aktiv und kritisch an der Ausgestaltung des politischen und gesellschaftlichen Lebens zu beteiligen. Die Landeszentrale stärkt die Fähigkeiten der Bürgerinnen und Bürger zur Meinungsbildung

- und zum Handeln, indem sie diese beim Erwerb verschiedener Kompetenzen wie zum Beispiel der Sachkompetenz, der sozialen und kommunikativen Kompetenz oder der interkulturellen und interreligiösen Kompetenz unterstützt.“ Dazu: LANDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG DES SAARLANDES: *Leitbild*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://www.saarland.de/lpb/DE/LpB/Leitbild/leitbild.html>.
- 148 Eine Übersicht der Mitglieder der Vernetzungsstelle, die regelmäßig aktualisiert wird, findet sich unter: INSTITUT FÜR DEMOKRATIEPÄDAGOGIK/ VERNETZUNGSSTELLE SPEAK UP!: *Netzwerk*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://idp-dg.be/netzwerk>.
- 149 *Jugendinfo* gehört zum europäischen Dachverband ERYICA, der Jugendlichen Informationen zu allen Bereichen des Lebens zur Verfügung stellt, aber auch berät und unterstützt. Es ist ein unabhängiger und gemeinnütziger Verein. Mehr Informationen gibt es unter bei JUGENDINFO: *Jugendinfo*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://www.jugendinfo.be>.
- 150 Über die Uraufführung berichtete auch das Grenzecho: Christian SCHMITZ: *„Machen wir jetzt einfach“* (16.04.2022). Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://www.grenzecho.net/art/d-20220415-GUNAO5>.
- 151 Siehe dazu: INSTITUT FÜR DEMOKRATIEPÄDAGOGIK: *Konsensverschiebung*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://idp-dg.be/unser-angebot/projekte/konsensverschiebung>.
- 152 Hierzu u. a. die Berichterstattung zur ersten Gedenkkulturwoche: BRF: *Gedenkkultur: Ausblick auf Themenwoche des Instituts für Demokratiepädagogik*. (01.12.2022). Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://brf.be/kultur/1668583> sowie Kurt POTHEN: *Gedenken als Akt lebendiger, demokratischer Kultur* (08.12.2022). Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://www.grenzecho.net/83294/artikel/2022-12-08/gedenken-als-akt-lebendiger-demokratischer-kultur>.
- 153 Allerdings ist es von entscheidender Bedeutung zu betonen, dass ein bloßer Zuwachs und die ritualisierte Begehung von Gedenktagen auch genau das Gegenteil auslösen können: „Die Wette, die westdeutsche Geschichtspolitik-Innovator:innen und ostdeutsche Aufarbeiter:innen gemeinsam anboten, lautete: Umfassende Aufklärung über Diktaturen erzeugt, wird sie nur gründlich genug betrieben, demokratische Einstellungen und damit auch die Stabilität der demokratischen Ordnung. [...] Die Geschichte der Ermächtigungsgesetze, Judensterne und auch des Widerstands gegen NS- und SED-Diktatur werden in der Mehrheit der Doku-Formate im Fernsehen und in den Online-Video-Kanälen gleichförmig, repetitiv und auf erwartbare Weise erzählt. Sie gerinnen dort zu Versatzstücken eines alltäglichen Histotainment-Patchworks. Warum sich dieser Stoff-Fetzen nicht auch auf der Protestbühne wie eines Cosplay-Accessoires bedienen, wenn

es darauf ankommt, die unversöhnliche Ablehnung der amtlichen Corona-Maßnahmen als Widerstand zu performen? [...] Woran es mangelt, ist – gerade in Ostdeutschland, aber keineswegs nur dort – Aufklärung über Demokratie in zweierlei Hinsicht: 1) Demokratie ist nicht nur dem Wortsinn nach, sondern in der Substanz auch Herrschaft, folglich ist Demokratiegeschichte immer auch Herrschaftsgeschichte. 2) Diese Herrschaftsgeschichte von Demokratien funktioniert nicht ohne Konfliktgeschichte, und zwar Konflikte, in denen um Wesentliches gerungen wurde und deren offener Ausgang für die Beteiligten von existenzieller Bedeutung ist. Daher gehören zur Demokratie die erbitterte Widerrede und das Aushalten der Unvereinbarkeit von Standpunkten, und zwar diesseits der Grenze zum Carl Schmitt'schen Verständnis einer auf unbedingten Freund-Feind-Verhältnissen gegründeten Politik. Es ist genau jene Grenze, die die neurechten Querfrontstrategien mit allen Mitteln einzureißen versuchen. Vgl. dazu: Thomas LINDENBERGER: *Der Verschleiß der öffentlichen Geschichte. Ein Versuch über die Grenzen der Diktaturaufarbeitung*. In: Frank Bösch/Stefanie Eisenhuth/Hanno Hochmuth/Irmgard Zündorf (Hg.): *Public Historians: zeithistorische Interventionen nach 1945*. Göttingen 2021, S. 67, S. 72f.

- 154 Hans-Erich VIET: *Der letzte Jolly Boy*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://www.derletztejollyboy.de>.
- 155 Vgl. dazu im Faktenfinder der Tagesschau vom 9.11.2019: Patrick GENSING: *Antisemitismus. Brandgefährliche Verschwörungslegenden*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://www.tagesschau.de/faktenfinder/verschwörung-antisemitismus-101.html>.
- 156 Weiterführend zu *Speak Up!* in diesem Band: Sabrina KIRSCHNER: *#SchönerTagen und den Blick über den Tellerrand wagen – ein einleitender Werkstattbericht zur ersten interdisziplinären und internationalen Speak Up! Tagung im ostbelgischen Eupen*. In: Sabrina Kirschner/Tomke Lask (Hg.): *Speak Up! – Zum Umgang mit Fake News und Hate Speech. Ostbelgische Zivilgesellschaft und internationale Wissenschaft im Austausch*. Bielefeld 2023, S. 23–72 sowie Sabrina KIRSCHNER: *Speak Up! Zwischen #SchönerTagen und #SchönerScheitern: Ein vorläufiges Fazit zur ersten interdisziplinären und internationalen Speak Up! Tagung im ostbelgischen Eupen*. In: Sabrina Kirschner/Tomke Lask (Hg.): *Speak Up! – Zum Umgang mit Fake News und Hate Speech. Ostbelgische Zivilgesellschaft und internationale Wissenschaft im Austausch*. Bielefeld 2023, S. 319–370.
- 157 Mehr Informationen zur VSZ in Eupen: VERBRAUCHERSCHUTTZENTRALE: *Über uns*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://vsz.be/a-propos-de-nous/mis-sions-et-objectifs>.

- 158 Das Naturzentrum *Haus Ternell* ist für Umweltbildung und Nachhaltigkeit im Naturschutz zuständig. Dazu: HAUS TERNELL: *Unser Auftrag*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://www.ternell.be>.
- 159 Mehr Informationen zu diesem ostbelgischen Verein, der sich den ökologischen Aspekten organisierter Mitfahrgelegenheiten widmet: FAHR MIT: *Über uns*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://fahrmit.be>.
- 160 Siehe dazu INSTITUT FÜR DEMOKRATIEPÄDAGOGIK: *Fest der Nachhaltigkeit*: Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://idp-dg.be/unser-angebot/projekte/fest-der-nachhaltigkeit/sowie> INSTITUT FÜR DEMOKRATIEPÄDAGOGIK: *Workshops für Jugendliche*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://idp-dg.be/unser-angebot/weiterbildungen/fuer-sus>.
- 161 Sabrina KIRSCHNER: (e-)Partizipation in der Region der kurzen Wege: Die Corona-Pandemie in Ostbelgien als Chance und Herausforderung. In: Diskurs Nr. 35 – Digitale Beteiligung (2021), S. 9.
- 162 Für die Oberstufenklassen der Grundschule, sprich Schüler*innen zwischen 10 und 12 Jahren, steht das Democracy-Rollenspiel zur Verfügung, bei dem es um konkrete Problemlösung geht. Die Kinder schlüpfen dabei in die Rolle von Abgeordneten und simulieren parlamentarische Verhandlungen: PARLAMENT DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT: *Democracy*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: https://pdg.be/PortalData/34/Resourcen/dokumente/broschueren/Modul_2_Sekundarschule_-_Democracy_Rollenspiel_fuer_Jugendliche_Mitmachenstattmotzen.pdf.
- 163 Mehr dazu: KÖNIG BAUDOUIN STIFTUNG: *Über uns*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://kbs-frb.be/de>.
- 164 Weiteres dazu: PARLAMENT DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT BELGIENS: *Die Demokratiefabrik*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://pdg.be//desktopdefault.aspx/tabid-5513>.
- 165 Dazu bspw.: INSTITUT FÜR DEMOKRATIEPÄDAGOGIK: *Lokal Europa in St. Vith*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://idp-dg.be/2022/03/30/lokal-europa>, RAT DER DEUTSCHSPRACHIGEN JUGEND: *Lokal Europa – Wie geht denn Politik?* Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://www.rdj.be/mitgestalten/lokal-europa-wie-geht-denn-politik>, RAT DER DEUTSCHSPRACHIGEN JUGEND: *Podiumsdiskussionen in ‚Leichter Sprache‘*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://www.rdj.be/mitgestalten/podiumsdiskussionen-in-leichter-sprache>, RAT DER DEUTSCHSPRACHIGEN JUGEND: *Podiumsdiskussion ‚Wie geht Politik?‘* Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://www.rdj.be/mitgestalten/podiumsdiskussion-wie-geht-politik>, RAT DER DEUTSCHSPRACHIGEN JUGEND: *Virtuelle Podiumsdiskussion: ‚Wie geht denn Politik, besonders in Krisenzeiten?‘* Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://www.rdj.be/mitgestalten/virtuelle-podiumsdiskussion>.

- 166 Der *Rat der deutschsprachigen Jugend* (RDJ) setzt sich aus Jugendorganisationen, Trägern der offenen und mobilen Jugendarbeit, Jugendinfozentren, Jugendparteien und Jugendlichen zusammen. Der RDJ vertritt die Jugendlichen in verschiedenen Gremien und ist ihr Sprachrohr gegenüber der Politik. Über die Arbeit und das Angebot des RDJ gibt es unter diesem Link mehr Informationen: <https://www.rdj.be>.
- 167 *Alteo* ist ein gemeinnütziger Verein der Erwachsenenbildung für Menschen mit und ohne Beeinträchtigung. Alteo hat sich u. a. auf Leichte Sprache spezialisiert. Unter diesem Link gibt es mehr Informationen über diese Sozialbewegung: ALTEO: *Leitbild*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://www.alteo-dg.be/ueber-uns/leitbild-ls>.
- 168 *Ocarina* ist der Dienst für Jugendliche der Christlichen Krankenkasse Belgiens. Mehr Informationen dazu hier: OCARINA: *Ocarina*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://ocarina.be/de/wir-sind-ocarina>.
- 169 BRACHLAND-ENSEMBLE: *Lokal Europa*, 2021–21. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://brachland-ensemble.de/arts/lokaleuropa>.
- 170 Die Kompetenzen der *Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens* werden in folgender Broschüre, die *Alteo* herausgegeben hat, erklärt. ALTEO: *Belgien leicht erklärt*. Eupen 2020. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://static.alteo-dg.be/wp-content/uploads/broschuere-belgien-verstehenpasswortansicht.pdf>.
- 171 Hierzu: INSTITUT FÜR DEMOKRATIEPÄDAGOGIK: *Zug der Demokratie*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://idp-dg.be/2022/03/21/zug-der-demokratie-2> sowie PARLAMENT DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT: *Zug der Demokratie*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: https://pdg.be/fr/PortalData/34/Resources/dokumente/broschueren/Grundschule_5_-_Zug_der_Demokratie.pdf.
- 172 Auch die deutschsprachige ostbelgische Tageszeitung ‚Grenzecho‘ berichtete dazu: Christian SCHMITZ: *„Zug der Demokratie“ hatte ein Nachspiel im Parlament*. (19.03.2022). Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://www.grenzecho.net/71083/artikel/2022-03-19/zug-der-demokratie-hatte-ein-nachspiel-im-parlament> und Christian SCHMITZ: *Von der Yogastunde bis zu den Kräuterbeeten*. (11.03.2022). Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://www.grenzecho.net/70744/artikel/2022-03-11/von-der-yogastunde-bis-zu-den-kruterbeeten>.
- 173 Die Webseite mit den detaillierten Informationen zum ostbelgischen Jugendparlaments ist folgende: JUGENDPARLAMENT: *Jugendparlament*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://www.jugendparlament.be>.
- 174 Weitere Infos zum Bürgerdialog: PARLAMENT DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT BELGIENS: *Bürgerdialog*, 2022. Letzter Zugriff 31.01.2023 über: <https://www.buergerdialog.be/hintergrund/erkluerfilm> sowie Sabrina KIRSCHNER: *(e-)Partizipation in der Region der kurzen Wege: Die Corona-Pandemie*

- in Ostbelgien als Chance und Herausforderung. In: Diskurs Nr. 35 – Digitale Beteiligung (2021), S. 9.
- 175 Vgl. dazu die entsprechenden Kernlehrpläne: MINISTERIUM FÜR SCHULE UND WEITERBILDUNG DES LANDES NORDRHEIN-WESTFALEN: *Kernlehrplan für das Abendgymnasium und Kolleg in Nordrhein-Westfalen Geschichte/Sozialwissenschaft*. Düsseldorf 2015. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: https://www.schulentwicklung.nrw.de/lehrplaene/lehrplan/191/KLP_WbK_GESO.pdf, MINISTERIUM FÜR SCHULE UND BILDUNG DES LANDES NORDRHEIN-WESTFALEN (HG.): *Kernlehrplan für die Sekundarstufe I Gesamtschule/Sekundarschule in Nordrhein-Westfalen Gesellschaftslehre*. Düsseldorf 2020. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: https://www.schulentwicklung.nrw.de/lehrplaene/lehrplan/237/gesk_gl_klp_3120_2020_07_01.pdf, MINISTERIUM FÜR SCHULE UND BILDUNG DES LANDES NORDRHEIN-WESTFALEN (HG.): *Kernlehrplan für die Sekundarstufe I Gymnasium in Nordrhein-Westfalen Wirtschaft-Politik*. Düsseldorf 2019. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: https://www.schulentwicklung.nrw.de/lehrplaene/lehrplan/215/g9_wipo_klp_%203429_2019_06_23.pdf, MINISTERIUM FÜR SCHULE UND BILDUNG DES LANDES NORDRHEIN-WESTFALEN (HG.): *Kernlehrplan für die Sekundarstufe I Hauptschule in Nordrhein-Westfalen. Gesellschaftslehre Erdkunde, Geschichte, Politik*. Düsseldorf 2022. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: https://www.schulentwicklung.nrw.de/lehrplaene/lehrplan/301/hs_gl_klp_3202_2022_03_15.pdf, MINISTERIUM FÜR SCHULE UND BILDUNG DES LANDES NORDRHEIN-WESTFALEN (HG.): *Kernlehrplan für die Sekundarstufe I Realschule in Nordrhein-Westfalen Politik*. Düsseldorf 2020. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: https://www.schulentwicklung.nrw.de/lehrplaene/lehrplan/234/rs_pl_klp_3323_2020_07_01.pdf, MINISTERIUM FÜR SCHULE UND BILDUNG DES LANDES NORDRHEIN-WESTFALEN (HG.): *Kernlehrplan für die Sekundarstufe I Realschule in Nordrhein-Westfalen Wahlpflichtfach Sozialwissenschaften*. Düsseldorf 2022. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: https://www.schulentwicklung.nrw.de/lehrplaene/lehrplan/306/rs_wpsw_klp_3311_2022_06_24.pdf, MINISTERIUM FÜR SCHULE UND BILDUNG DES LANDES NORDRHEIN-WESTFALEN (HG.): *Kernlehrplan für die Sekundarstufe II Gymnasium/Gesamtschule in Nordrhein-Westfalen Sozialwissenschaften und Sozialwissenschaften/Wirtschaft*. Düsseldorf 2014. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: https://www.schulentwicklung.nrw.de/lehrplaene/lehrplan/194/KLP_GOST_SoWi.pdf.
- 176 Der Bildungsserver Rheinland-Pfalz informiert dazu auf folgender Webseite: BILDUNGSSERVER RHEINLAND-PFALZ: *Unterrichtsfächer und Fachbereiche der IGS in Rheinland-Pfalz*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://igs.bildung-rp.de/faecher-lehrplaene-profile.html>.
- 177 SÄCHSISCHES STAATSMINISTERIUM FÜR KULTUS: *Lehrplan Gymnasium. Gemeinschaftskunde/Rechtserziehung/Wirtschaft* 2019. Letzter Zugriff am:

- 31.01.2023 über: <https://www.schulportal.sachsen.de/lplandb/index.php?lplanid=76&lplansc=1IrLTgST5OTPa55GLt6b&token=c8845e9f5230aa66doe4d0oe d6304ab2>.
- 178 SÄCHSISCHES STAATSMINISTERIUM FÜR KULTUS: *Lehrplan Oberschule. Gemeinschaftskunde/Rechtserziehung* 2019. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://www.schulportal.sachsen.de/lplandb/index.php?lplanid=70&lplansc=PDGWdwQlvRN8L7e9LeCq&token=844bee444721996e4a18do8co4aob433>.
- 179 MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT: *Rahmenplanorientierter Leitfaden für die politisch-demokratische Bildung. Fachübergreifendes und fächerverbindendes politisch-demokratisches Lernen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens*. Eupen 2019. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: https://ostbelgienbildung.be/PortalData/21/Resources/downloads/schule_ausbildung/schulische_ausbildung/politische_bildung/190705_Anhang_1_LeitfadenPB_Deutschsprachige_Gemeinschaft.pdf.
- 180 BILDUNGSSERVER OSTBELGIEN: *Suchmaske*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://ostbelgienbildung.be/desktopdefault.aspx/tabid-6207>.
- 181 Mehr Informationen zu dieser Vereinigung: MUED: *Unsere Ziele*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://www.mued.de/mued>.
- 182 MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT: *Rahmenplanorientierter Leitfaden für die politisch-demokratische Bildung. Fachübergreifendes und fächerverbindendes politisch-demokratisches Lernen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens*. Eupen 2019. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: https://ostbelgienbildung.be/PortalData/21/Resources/downloads/schule_ausbildung/schulische_ausbildung/politische_bildung/190705_Anhang_1_LeitfadenPB_Deutschsprachige_Gemeinschaft.pdf sowie MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT: *Rahmenplanorientierter Leitfaden zur Entwicklung von Informations- und Medienkompetenz*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: https://ostbelgienbildung.be/desktopdefault.aspx/tabid-3969/7117_read-41353, PARLAMENT DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT BELGIENS: *Dekret über den Auftrag an die Schulträger und das Schulpersonal sowie über die allgemeinen pädagogischen und organisatorischen Bestimmungen für die [Regel und Förderschulen]*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://pdg.be/portaldata/4/resources/downloads/koord ek/1998-08-31.pdf>.
- 183 Eine Beschreibung der Funktion und Arbeitsaufgabe der *Externen Evaluation*, die als Dienst an der *Autonomen Hochschule Ostbelgien* angeschlossen ist, findet sich hier: AUTONOME HOCHSCHULE OSTBELGIEN: *Externe Evaluation*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://www.ahs-ostbelgien.be/hochschule/forschung-und-entwicklung/externe-evaluation>.

- 184 PARLAMENT DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT BELGIENS: *Dekret über den Auftrag an die Schulträger und das Schulpersonal sowie über die allgemeinen pädagogischen und organisatorischen Bestimmungen für die [Regel und Förderschulen]*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://pdg.be/portaldata/4/resources/downloads/koordek/1998-08-31.pdf>.
- 185 BILDUNGSPORTAL OSTBELGIEN: *Pädagogischer Rat*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: https://ostbelgienbildung.be/desktopdefault.aspx/tabid-2284/4288_read-31617.
- 186 EXTERNE EVALUATION AN DER AUTONOMEN HOCHSCHULE OSTBELGIEN: (Hg.): *Externe Evaluation – Jahresbericht 1/2016 – 1/2021: Impulse für die Weiterentwicklung von Schule*. Eupen 2021.
- 187 Die Leitfäden lassen sich hier einsehen: MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT: *Rahmenplanorientierter Leitfaden für die politisch-demokratische Bildung. Fachübergreifendes und fächerverbindendes politisch-demokratisches Lernen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens*. Eupen 2019. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: https://ostbelgienbildung.be/PortalData/21/Resources/downloads/schule_ausbildung/schulische_ausbildung/politische_bildung/190705_Anhang_1_LeitfadenPB_Deutschsprachige_Gemeinschaft.pdf und MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT: *Rahmenplanorientierter Leitfaden zur Entwicklung von Informations- und Medienkompetenz*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: https://ostbelgienbildung.be/desktopdefault.aspx/tabid-3969/7117_read-41353.
- 188 Dazu: AUTONOME HOCHSCHULE OSTBELGIEN: *Lehramt Kindergarten. Akademisches Jahr 2021–2022*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://static.ahs-ostbelgien.be/wp-content/uploads/kursbeschreibung-lk-2021-2022.pdf> sowie AUTONOME HOCHSCHULE OSTBELGIEN: *Lehramt Primarschule. Akademisches Jahr 2021–2022*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://static.ahs-ostbelgien.be/wp-content/uploads/kursbeschreibung-lp-2021-2022.pdf>. Ziel des Moduls für angehende Primarschullehrkräfte ist es laut Modulhandbuch: „Die Studentinnen und Studenten vertiefen ihr Wissen über politische Grundbegriffe, den Aufbau und die Funktion des belgischen Staates sowie die Geschichte Belgiens und der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Thematisiert werden auch die europäischen Institutionen, sowie das Konzept der Nachhaltigen Entwicklung. Einerseits erwerben sie Hintergrundwissen, andererseits üben sie sich in die didaktische Umsetzung dieser Themen für die Arbeit in den Primarschulen ein“.
- 189 Dazu: AUTONOME HOCHSCHULE OSTBELGIEN: *Pädagogischer Befähigungsnachweis (CAP)*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://www.ahs-ostbelgien.be/weiterbildungen/zusatzausbildungen/paedagogischer-befahigungsnachweis-cap>.

- 190 Dazu: AUTONOME HOCHSCHULE OSTBELGIEN: *Lehrbefähigung Pädagogik (CAP+)*.
Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://www.ahs-ostbelgien.be/weiterbilden/uzusatzausbildungen/lehrbefeahigung-paedagogik-cap>.
- 191 Siehe dazu die entsprechenden Curricula: AUTONOME HOCHSCHULE OSTBELGIEN: *Kursübersicht Pädagogik Lehrbefähigung 2020–2022*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://static.ahs-ostbelgien.be/wp-content/uploads/2020-2022-kursbeschreibung-cap-1.pdf> sowie AUTONOME HOCHSCHULE OSTBELGIEN: *Kursübersicht Pädagogischer Befähigungsnachweis 2020–2022*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://static.ahs-ostbelgien.be/wp-content/uploads/2020-2022-kursbeschreibung-cap.pdf>.
- 192 Dazu: AUTONOME HOCHSCHULE OSTBELGIEN (Hg.) *Weiterbildungen für das Bildungspersonal in Ostbelgien. 2021–2022*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://static.ahs-ostbelgien.be/wp-content/uploads/weiterbildungskatalog-2021-2022.pdf>.
- 193 Dazu: AUTONOME HOCHSCHULE OSTBELGIEN (Hg.) *Weiterbildungen für das Bildungspersonal in Ostbelgien. 2021–2022*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://static.ahs-ostbelgien.be/wp-content/uploads/weiterbildungskatalog-2021-2022.pdf>.
- 194 Die Gründe für die Absage der Fortbildungen wurden den jeweiligen Anbieter*innen jedoch nicht mitgeteilt, so dass es unklar blieb, ob es mangelndes Interesse, die Coronapandemie und ihre Folgen oder eine fehlende Freistellung durch die Schule – die beispielsweise dafür sorgte, dass interessierte Lehrpersonen nicht an der ersten Speak Up! Tagung teilnehmen konnten – waren. Aus der Absage von derartigen Fortbildungen jedoch herzuleiten, dass es keinen Bedarf an derartigen Fortbildungen gibt, wäre ein Trugschluss.
- 195 Anderenfalls hätte es Bestandteil des Bildungswissenschaftlichen Studiums sein müssen, das alle Lehramtsstudierenden durchlaufen. Dazu: RWTH AACHEN UNIVERSITY: *Modulhandbuch für Bildungswissenschaftliches Studium LABGyGeBWS. SPO-Version 2011. Revision 01.04.2022 | 10:11:06*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: [https://online.rwth-aachen.de/RWTHonline/pl/ui/\\$ctx/wbModhbReport.downloadPublicMHBVersion?pOrgNr=14002&pStpStpNr=302&pDocNr=7713787](https://online.rwth-aachen.de/RWTHonline/pl/ui/$ctx/wbModhbReport.downloadPublicMHBVersion?pOrgNr=14002&pStpStpNr=302&pDocNr=7713787).
- 196 Vgl. MINISTERIUM FÜR BILDUNG RHEINLAND-PFALZ: *Demokratiebildung im Vorbereitungsdienst. Staatliche Studienseminare für die Lehrämter an Schulen*. Januar 2021. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: https://studienseminar.rlp.de/fileadmin/user_upload/studienseminar.rlp.de/gs-sim/service_download/HP_2020/Demokratiebildung_finale_Fassung_Januar_2021_docx.pdf, S. 1–5.
- 197 Vgl. MINISTERIUM FÜR BILDUNG RHEINLAND-PFALZ: *Demokratiebildung im Vorbereitungsdienst. Staatliche Studienseminare für die Lehrämter an Schulen*. Januar 2021. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: https://studienseminar.rlp.de/fileadmin/user_upload/studienseminar.rlp.de/gs-sim/service_download/HP_2020/Demokratiebildung_finale_Fassung_Januar_2021_docx.pdf.

- dmin/user_upload/studienseminar.rlp.de/gs-sim/service_download/HP_2020/Demokratiebildung_finale_Fassung_Januar_2021_docx.pdf, S. 6.
- 198 Dazu: ZDF MAGAZIN ROYALE: *Varoufakis and the fake finger #varoufake* | NEO MAGAZIN ROYALE mit Jan Böhmermann – ZDFneo. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://www.youtube.com/watch?v=Vx-1LQu6mAE> und *Varoufakis-Fälschung war gefälscht*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://www.dw.com/de/varoufakis-f%C3%A4lschung-war-gef%C3%A4lscht/a-18324408>.
- 199 MEDIENZENTRUM OSTBELGIEN: *Ostbelgien Kanal*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://ostbelgienkanal.be>.
- 200 Dazu: AUTONOME HOCHSCHULE OSTBELGIEN: *Fachberatung Medien*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://www.ahs-ostbelgien.be/weiterbildungen/fachberatungen/fachberatung-medien>.
- 201 MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT: *Rahmenplanorientierter Leitfaden zur Entwicklung von Informations- und Medienkompetenz*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: https://ostbelgienbildung.be/desktopdefault.aspx/tabid-3969/7117_read-41353.
- 202 AUTONOME HOCHSCHULE OSTBELGIEN: *Fachberatung Medien. Newsletter, November 2022*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://www.medien-fachberatung.be/newsletter>.
- 203 AUTONOME HOCHSCHULE OSTBELGIEN: *Fachberatung Medien. Klassenlektüren zum Umgang mit Medien*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://www.medien-fachberatung.be/buchtipps/medienkompetenz/klassenlekt%C3%BCren-zum-umgang-mit-medien>.
- 204 Dieses Tool kann auf der Webseite des ZpB genauer betrachtet und ausprobiert werden: ZENTRUM FIR POLITESCH BILDUNG: *Filterbubble.lu*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: https://zpb.lu/zpbmedia_cpt/filterbubble/?lang=de.
- 205 Dieses Tool kann auf der Webseite des ZpB genauer betrachtet und ausprobiert werden: ZENTRUM FIR POLITESCH BILDUNG: *Propaganda.guide*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: https://zpb.lu/zpbmedia_cpt/information-oder-manipulation/?lang=de.
- 206 Die Poster können ebenso wie verschiedene didaktische Begleitmaterialien in deutscher, englischer und französischer Sprache auf den Seiten des *Zentrum fir politesch Bildung* abgerufen werden: ZENTRUM FIR POLITESCH BILDUNG: *Information oder Manipulation?* Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: https://zpb.lu/wp-content/uploads/2020/07/Projekt_Propaganda_Flyer_DE_BAT_05_ohneSchnittmarken.pdf, ZENTRUM FIR POLITESCH BILDUNG: *Information ou manipulation?* Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: https://zpb.lu/wp-content/uploads/2020/07/Projekt_Propaganda_Flyer_FR_BAT_05_ohneSchnittmarke n.pdf, ZENTRUM FIR POLITESCH BILDUNG: *Information or manipulation?* Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: https://zpb.lu/wp-content/uploads/2020/07/Projekt_Propaganda_Flyer_EN_BAT_05_ohneSchnittmarken.pdf, ZENTRUM FIR

- POLITESCH BILDUNG: *Arbeitsblatt Information oder Manipulation?* Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://zpb.lu/wp-content/uploads/2020/11/Information-oder-Manipulation.pdf>, ZENTRUM FIR POLITESCH BILDUNG: *Lösungsvorschläge Information oder Manipulation?* Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://zpb.lu/wp-content/uploads/2020/11/Antwortvorschlag%3A4ge-Information-oder-Manipulation.pdf>.
- 207 Dazu: LÉTZEBUERG CITY MUSEUM: *Gleef dat net!* Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://citymuseum.lu/de/exhibition/gleef-dat-net>. Die Ausstellung basiert auf einer deutschen Ausstellung und wurde für Luxemburg adaptiert. Weitere Informationen zur ursprünglichen Ausstellung: STIFTUNG KLOSTER DAHLHEIM (Hg.): *Verschwörungstheorien – früher und heute*. Bonn 2020.
- 208 LANDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG RHEINLAND-PFALZ: *Workshop-Angebote*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://www.lpb.rlp.de/themen/diskriminierung>.
- 209 Vgl. BÜCHEREIZENTRALE SCHLESWIG-HOLSTEIN: *Projekt FakeHunter*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: www.diefakehunter.de.
- 210 Jessica MARON von der Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz stellte das Projekt auf der ersten Speak Up! Tagung 2021 vor. Bei der zweiten Speak Up! Tagung 2022 gab Anne LOHE von der Stadtbibliothek Aachen einen vertieften Einblick in das Projekt. Vgl. INSTITUT FÜR DEMOKRATIEPÄDAGOGIK/VERNETZUNGSSTELLE SPEAK UP!: *Tagungsprogramm 2021*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://idp-dg.be/tagungsprogramm> und INSTITUT FÜR DEMOKRATIEPÄDAGOGIK/VERNETZUNGSSTELLE SPEAK UP!: *Tagungsprogramm 2022*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://idp-dg.be/programm-retreat>.
- 211 Betroffen sind vor allem Bevölkerungsgruppen, die zu den Feindbildern von Rechtsextremen zählen, wie die Studie #Hass im Netz offenlegt. Dazu zählen z. B. Menschen mit Migrationshintergrund, transsexuelle Menschen, Personen anderer Religion, Frauen etc. Vgl. Daniel GESCHKE/Anja KLAßEN/Matthias QUENT/Christoph RICHTER: *#Hass im Netz: Der schleichende Angriff auf unsere Demokratie*. Juni 2019. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/_Hass_im_Netz_-_Der_schleichende_Angriff.pdf, S. 11.
- 212 Vgl. AMADEU ANTONIO STIFTUNG: *„Geh sterben!“ Umgang mit Hate Speech und Kommentaren im Internet*. 23.08.2022. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/hatespeech.pdf>, S. 22.
- 213 Vgl. HATEAID: *Hassrede im Netz kontern: So geht Counterspeech*. 24.06.2022. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://hateaid.org/counterspeech>.
- 214 Ingrid BRODNIG: *Hass im Netz. Was wir gegen Hetze, Mobbing und Lügen tun können*. Wien 2016, S. 90.

- 215 Dazu auch: Jente AZOU: *Tagebuch einer Konferenzreporterin*. In: Sabrina Kirschner/Tomke Lask (Hg.): *Speak Up! – Zum Umgang mit Fake News und Hate Speech*. Ostbelgische Zivilgesellschaft und internationale Wissenschaft im Austausch. Bielefeld 2023, S. 77, die kurz den Vortrag von Günter BRESSAU zusammenfasst.
- 216 Weiterführend hierzu die entsprechende Projektseite: JUGENDAGENTUR: *One Step Beyond*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://jugendagentur.de/erasmus-projekt-one-step-beyond>.
- 217 Dazu: INSTITUT FÜR DEMOKRATIEPÄDAGOGIK: *Netzwerk*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://idp-dg.be/netzwerk>. Weiterführend zu den benannten Mitgliedern der Vernetzungsstelle *Speak Up!*: LANDESMEDIENANSTALT SAARLAND: ‚*Courage im Netz – Gemeinsam gegen Hass und Hetze*‘. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://www.lmsaar.de/courage> sowie: JUGENDSTIFTUNG BADEN-WÜRTTEMBERG: *REspect! Gegen Hetze im Netz*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://meldestelle-respect.de>.
- 218 Ausgehend von einer Erasmus+ Veranstaltung in Prag laufen am IDP dazu bereits erste Überlegungen. Dazu: INSTITUT FÜR DEMOKRATIEPÄDAGOGIK: *Ahoj Praha*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://idp-dg.be/2022/10/07/ahoj-praha>.
- 219 EUROPEAN COMMISSION: *SElfieFor Teachers*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://educators-go-digital.jrc.ec.europa.eu>.
- 220 DER NEWSTEST: *Mach den digitalen Nachrichtentest!* Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://der-newstest.de>.
- 221 Anna-Katharina MEßMER/Alexander SÄNGERLAUB/Leonie SCHULZ: ‚*Quelle: Internet?*‘ *Digitale Nachrichten- und Informationskompetenzen der deutschen Bevölkerung im Test*. März 2019. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: https://www.stiftung-nv.de/sites/default/files/studie_quelleinternet.pdf.
- 222 EUROPARAT: *Digital Citizenship Education*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://www.coe.int/en/web/digital-citizenship-education/home>.
- 223 Vgl. Alexander SÄNGERLAUB: *Im Zeitalter von Fake News. Warum sich der (Nachrichten-)Journalismus neu erfinden muss*. In: Tanja Köhler (Hg.): *Fake News, Framing, Fact-Checking. Nachrichten im digitalen Zeitalter*. Bielefeld 2020, S. 99ff.
- 224 Vgl. KOHRING/ZIMMERMANN: *Fake News als aktuelle Desinformation*. 02.05.2019. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://www.bpb.de/themen/medien-journalismus/digitale-desinformation/290561/fake-news-als-aktuelle-desinformation>.
- 225 Stephan RUSS-MOHL: *Von der Aufmerksamkeits-Ökonomie zur desinformierten Gesellschaft?* 02.05.2019. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://www.bpb.de/themen/medien-journalismus/digitale-desinformation/290484/von-der-aufmerksamkeits-oekonomie-zur-desinformierten-gesellschaft>.

- 226 Vgl. Bernhard PÖRKSEN: *Die große Gereiztheit*. München 2018, S. 208–212.
- 227 Vgl. DEUTSCHE AKADEMIE DER NATURFORSCHER LEOPOLDINA/ACATECH – DEUTSCHE AKADEMIE DER TECHNIKWISSENSCHAFTEN E.V./UNION DER DEUTSCHEN AKADEMIEN DER WISSENSCHAFTEN: *Digitalisierung und Demokratie*. 23.06.2021. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: https://levana.leopoldina.org/receive/leopoldina_mods_00348, S. 16.
- 228 DEUTSCHE AKADEMIE DER NATURFORSCHER LEOPOLDINA/ACATECH – DEUTSCHE AKADEMIE DER TECHNIKWISSENSCHAFTEN E.V./UNION DER DEUTSCHEN AKADEMIEN DER WISSENSCHAFTEN: *Digitalisierung und Demokratie*. 23.06.2021. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: https://levana.leopoldina.org/receive/leopoldina_mods_00348, S. 17.
- 229 Vgl. Sascha HÖLIG/Julia BEHRE/Wolfgang SCHULZ: *Reuters Institute Digital News Report 2022 – Ergebnisse für Deutschland. Hamburg 2022 (Arbeitspapiere des Hans-Bredow-Instituts | Projektergebnisse Nr. 63)*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: https://leibniz-hbi.de/uploads/media/Publikationen/cms/media/k3u8e8z_AP63_RIDNR22_Deutschland.pdf, S. 20.
- 230 Der Wert einer Plattform steigt mit der Anzahl der Nutzerinnen und Nutzer. Denn soziale Netzwerke sind natürlich besonders attraktiv, je mehr der eigenen Freunde und Bekannten auch auf dem Netzwerk vertreten sind. Dies führt aber dazu, dass der Markteintritt für neue Anbieter*innen erschwert wird und bestehende Anbieter*innen immer größer werden. Vgl. DEUTSCHE AKADEMIE DER NATURFORSCHER LEOPOLDINA/ACATECH – DEUTSCHE AKADEMIE DER TECHNIKWISSENSCHAFTEN E.V./UNION DER DEUTSCHEN AKADEMIEN DER WISSENSCHAFTEN: *Digitalisierung und Demokratie*. 23.06.2021. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: https://levana.leopoldina.org/receive/leopoldina_mods_00348, S. 19f.
- 231 Vgl. DEUTSCHE AKADEMIE DER NATURFORSCHER LEOPOLDINA/ACATECH – DEUTSCHE AKADEMIE DER TECHNIKWISSENSCHAFTEN E.V./UNION DER DEUTSCHEN AKADEMIEN DER WISSENSCHAFTEN: *Digitalisierung und Demokratie*. 23.06.2021. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: https://levana.leopoldina.org/receive/leopoldina_mods_00348, S. 20.
- 232 Vgl. BUNDESMINISTERIUM DER JUSTIZ: *Regeln gegen Hass im Netz – das Netzwerkdurchsetzungsgesetz*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: https://www.bmj.de/DE/Themen/FokusThemen/NetzDG/NetzDG_node.html.
- 233 In der Folge wurde daher ein sogenanntes Gegenvorstellungsverfahren geschaffen, das es Nutzer*innen erleichtert, Beschwerden gegen ihrer Meinung nach ungerechtfertigte Löschungen einzureichen. Vgl. DEUTSCHE AKADEMIE DER NATURFORSCHER LEOPOLDINA/ACATECH – DEUTSCHE AKADEMIE DER TECHNIKWISSENSCHAFTEN E.V./UNION DER DEUTSCHEN AKADEMIEN DER WISSENSCHAFTEN: *Digitalisierung und Demokratie*. 23.06.2021.

- Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: https://levana.leopoldina.org/receive/leopoldina_mods_00348, S. 22.
- 234 Vgl. DEUTSCHE AKADEMIE DER NATURFORSCHER LEOPOLDINA/ACATECH – DEUTSCHE AKADEMIE DER TECHNIKWISSENSCHAFTEN E. V./UNION DER DEUTSCHEN AKADEMIEN DER WISSENSCHAFTEN: *Digitalisierung und Demokratie*. 23.06.2021. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: https://levana.leopoldina.org/receive/leopoldina_mods_00348, S. 22.
- 235 Vgl. *Regulation (EU) 2022/2065 of the European Parliament and of the Council of 19 October 2022 on a Single Market For Digital Services and amending Directive 2000/31/EC (Digital Services Act)*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=CELEX%3A32022R2065&qid=1666857835014>.
- 236 Vgl. *Verordnung (EU) 2022/1925 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. September 2022 über bestreitbare und faire Märkte im digitalen Sektor und zur Änderung der Richtlinien (EU) 2019/1937 und (EU) 2020/1828 (Gesetz über digitale Märkte)*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=uriserv:OJ.L_.2022.265.01.0001.01.DEU.
- 237 Vgl. ZEIT ONLINE: *Digital Services Act: EU-Parlament stimmt strengeren Regeln für Internetplattformen zu* (05.07.2022). Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://www.zeit.de/politik/ausland/2022-07/digital-services-act-eu-parlament-gesetz-internetplattformen>.
- 238 Vgl. Ottfried JARREN: *Digitalgesetze der EU: Die große Mogelpackung*. 16.08.2022. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/m Medien/digitalgesetze-der-eu-die-grosse-mogelpackung-18246363.html?premi um>.
- 239 Vgl. DEUTSCHE AKADEMIE DER NATURFORSCHER LEOPOLDINA/ACATECH – DEUTSCHE AKADEMIE DER TECHNIKWISSENSCHAFTEN E. V./UNION DER DEUTSCHEN AKADEMIEN DER WISSENSCHAFTEN: *Digitalisierung und Demokratie*. 23.06.2021. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: https://levana.leopoldina.org/receive/leopoldina_mods_00348, S. 6.
- 240 Vgl. PÖRKSEN: *Die große Gereiztheit*. München 2018, S. 214f.
- 241 Vgl. EUROPÄISCHE KOMMISSION: *Gesetz über digitale Dienste: mehr Sicherheit und Verantwortung im Online-Umfeld*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/priorities-2019-2024/europe-fit-digital-age/digital-services-act-ensuring-safe-and-accountable-online-environment_de.
- 242 Vgl. DEUTSCHE AKADEMIE DER NATURFORSCHER LEOPOLDINA/ACATECH – DEUTSCHE AKADEMIE DER TECHNIKWISSENSCHAFTEN E. V./UNION DER DEUTSCHEN AKADEMIEN DER WISSENSCHAFTEN: *Digitalisierung und Demokratie*. 23.06.2021. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: https://levana.leopoldina.org/receive/leopoldina_mods_00348, S. 6.

- 243 Vgl. DEUTSCHE AKADEMIE DER NATURFORSCHER LEOPOLDINA/ACATECH – DEUTSCHE AKADEMIE DER TECHNIKWISSENSCHAFTEN E.V./UNION DER DEUTSCHEN AKADEMIEN DER WISSENSCHAFTEN: *Digitalisierung und Demokratie*. 23.06.2021. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: https://levana.leopoldina.org/receive/leopoldina_mods_00348, S. 7.
- 244 Vgl. EUROPÄISCHE KOMMISSION: *Gesetz über digitale Dienste: mehr Sicherheit und Verantwortung im Online-Umfeld*. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/priorities-2019-2024/europe-fit-digital-age/digital-services-act-ensuring-safe-and-accountable-online-environment_de.
- 245 Vgl. DEUTSCHE AKADEMIE DER NATURFORSCHER LEOPOLDINA/ACATECH – DEUTSCHE AKADEMIE DER TECHNIKWISSENSCHAFTEN E.V./UNION DER DEUTSCHEN AKADEMIEN DER WISSENSCHAFTEN: *Digitalisierung und Demokratie*. 23.06.2021. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: https://levana.leopoldina.org/receive/leopoldina_mods_00348, S. 25.
- 246 Bisher sind die Nutzer*innenzahlen im Vergleich zu den kommerziellen Plattformen gering. Doch mit der Anzahl der Nutzer*innen steigt natürlich auch die Attraktivität. So konnte Mastodon, die Fediverse-Alternative zu Twitter, nachdem Musk seine Übernahmepläne für Twitter verkündet hatte, einen deutlichen Zuwachs an User*innen verzeichnen. Allerdings flaute dieser Effekt schon Ende des Jahres wieder ab. Vgl. DER SPIEGEL: *Musk-Effekt bei Mastodon flaut ab* (02.12.2022). Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: <https://www.spiegel.de/wirtschaft/musk-effekt-bei-mastodon-flaut-ab-a-c8e7c3f6-ec69-4194-8c14-c978083e492e>.
- 247 Dazu ausführlicher: Sabrina KIRSCHNER: *#SchönerTagen und den Blick über den Tellerrand wagen – ein einleitender Werkstattbericht zur ersten interdisziplinären und internationalen Speak Up! Tagung im ostbelgischen Eupen*. In: Sabrina Kirschner/Tomke Lask (Hg.): *Speak Up! – Zum Umgang mit Fake News und Hate Speech*. Ostbelgische Zivilgesellschaft und internationale Wissenschaft im Austausch. Bielefeld 2023, S. 28f. sowie Tomke LASK: *Echolot*. In: Sabrina Kirschner/Tomke Lask (Hg.): *Speak Up! – Zum Umgang mit Fake News und Hate Speech*. Ostbelgische Zivilgesellschaft und internationale Wissenschaft im Austausch. Bielefeld 2023, S. 19.
- 248 Gemeint ist: 1. Kapital gegen Arbeit; 2. Kirche gegen Staat; 3. Stadt gegen Land; 4. Zentrum gegen Peripherie; 5. Ökonomie gegen Ökologie; 6. Kosmopolitismus gegen Kommunitarismus. Vgl. Seymour Martin LIPSET/Stein ROKKAN: *Cleavage Structure, Party Systems, and Voter Alignments. An Introduction*. In: Seymour Martin Lipset/Stein Rokkan (Hg.): *Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives*. New York 1967, S. 1–64, Wolfgang MERKEL/Michael ZÜRN: *Kosmopolitismus, Kommunitarismus und die Demokratie*. In: Julian Nida-Rümelin/Detlef von Daniels/Nicole Wloka (Hg.):

- Internationale Gerechtigkeit und institutionelle Verantwortung, Berlin 2019, S. 67–101.
- 249 Vgl. Alexander SÄNGERLAUB: *Im Zeitalter von Fake News. Warum sich der (Nachrichten-)Journalismus neu erfinden muss*. In: Tanja Köhler (Hg.): *Fake News, Framing, Fact-Checking. Nachrichten im digitalen Zeitalter*. Bielefeld 2020, S. 99.
- 250 ZENTRALEN FÜR POLITISCHE BILDUNG: *Positionspapier Politische Medienbildung*. April 2022. Letzter Zugriff am: 31.01.2023 über: https://www.politische-bildung.de/fileadmin/pdfs/Positionspapier_politische_Medienbildung.pdf, S. 1.
- 251 Hierzu die Ergebnisse der Arbeitsgruppen: Nicole DE PALMENAER/Sarah DEDERICH/ Astrid EICHSTÄDT/Mirha MUHAREMOVIC/Karim SALEH: *Diskriminierung, Intersektionalität und marginalisierte Gruppen*. In: Sabrina Kirschner/Tomke Lask (Hg.): *Speak Up! – Zum Umgang mit Fake News und Hate Speech*. Ostbelgische Zivilgesellschaft und internationale Wissenschaft im Austausch. Bielefeld 2023, S. 141–174, Maximilian KRETER/Sabrina KIRSCHNER/Tomke LASK/Jessica MARON: *Im Auftrag der Demokratie: Was kann und soll politische Bildung im Umgang mit Fake News und Hate Speech leisten?* In: Sabrina Kirschner/Tomke Lask (Hg.): *Speak Up! – Zum Umgang mit Fake News und Hate Speech*. Ostbelgische Zivilgesellschaft und internationale Wissenschaft im Austausch. Bielefeld 2023, S. 175–286, Tabea WEIHMANN/Fabio LESUISSE/Gaby ZEIMERS/Ramona MAUSEN/Yvonne KEMPER/Anton VERESHCHAGIN: *Mentale Gesundheit – unser interner Schutzschild gegen Fake News und Hate Speech*. In: Sabrina Kirschner/Tomke Lask (Hg.): *Speak Up! – Zum Umgang mit Fake News und Hate Speech*. Ostbelgische Zivilgesellschaft und internationale Wissenschaft im Austausch. Bielefeld 2023, S. 129–132 sowie Vanessa WILLEMS/Charlène COUNSON/Lara MALMENDIER/Saskia HECKTERS/Dirk RIEMANN/Kita BONCHEVA: *Arbeitsgruppe Bildung und Erziehung: Medienkompetenz von Klein auf*. In: Sabrina Kirschner/Tomke Lask (Hg.): *Speak Up! – Zum Umgang mit Fake News und Hate Speech*. Ostbelgische Zivilgesellschaft und internationale Wissenschaft im Austausch. Bielefeld 2023, S. 133–140.
- 252 Vgl. dazu in diesem Band die folgenden Beiträge: Sabrina KIRSCHNER: *Speak Up! Zwischen #SchönerTagen und #SchönerScheitern: Ein vorläufiges Fazit zur ersten interdisziplinären und internationalen Speak Up! Tagung im ostbelgischen Eupen*. In: Sabrina Kirschner/Tomke Lask (Hg.): *Speak Up! – Zum Umgang mit Fake News und Hate Speech*. Ostbelgische Zivilgesellschaft und internationale Wissenschaft im Austausch. Bielefeld 2023, S. 319–370, Tomke LASK/Lara LIEBERTZ/Nicole KEUTGEN/Ramona MAUSEN/Charlène COUNSON/Stien VERGAUWEN: *Kurz nachgefragt bei Jugendinfo: Speak Up! und die ostbelgische Zivilgesellschaft*. In: Sabrina Kirschner/Tomke Lask (Hg.): *Speak Up! – Zum Umgang mit Fake News und Hate Speech*. Ostbelgische Zivilgesellschaft

und internationale Wissenschaft im Austausch. Bielefeld 2023, S. 297–309, Tomke LASK/Gaby ZEIMERS: *Kurz nachgefragt im Medienzentrum: Speak Up! und die ostbelgische Zivilgesellschaft*. In: Sabrina Kirschner/Tomke Lask (Hg.): *Speak Up! – Zum Umgang mit Fake News und Hate Speech*. Ostbelgische Zivilgesellschaft und internationale Wissenschaft im Austausch. Bielefeld 2023, S. 311–317.